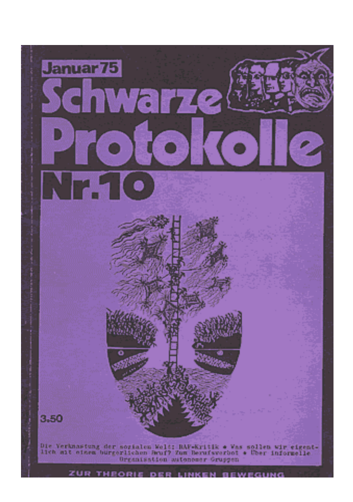
Schwarze Protokolle Nr. 10



INHALT

Die Schwarzen Protokolle erscheinen unregelmäßig.
Nr. 10 Januar 1975

Preis des Einzelhefte: 3.50 DM (Bei Einzelbestellungen an uns plus 1.- DM Porto = 4.50 DM)

Anschrift der Redaktion: Peter Ober 1 Berlin 30 Welserstr.3 Tel.030/24 22 06
PSK Berlin-W. Nr. 33 25 25-104

Das Abo kostet für 4 Hefte plus Porto 15.- DM. Wir bitten um Vorauszahlung

Presserechtlich verantwortlich für diese Nummer: Peter Ober

Eigendruck im Selbstverlag

Hinweis: Die angekündigte DDR-Nummer wird im Mai als Nr.11 erscheinen!

Die Verknastung der sozialen Welt

FÜNF VERSUCHE ÜBER DIE RAF

von Barbara (Red.)

I. Verkehrsform Hungerstreik

1.

Der Hungerstreik des Gefangenen enthält immer einen Gestus des Triumphes: der Hungernde scheint sich dem Zugriff allgegenwärtiger und übermächtigen Herrschaft zu entziehen.

In den Knästen, insbesondere unter den politischen Gefangenen, zielt Herrschaft auf totale Kontrolle: sie will jede Lebensäußerung dessen, der ihr überantwortet ist, regeln, will prüfen, ob eine Lebensäußerung sein darf oder ob nicht. [1] Und wenn sie sein darf, gibt die kontrollierende Instanz Ort, Termin, Dauer, Qualität, Quantität und Form vor: nicht einmal elementare Lebensfunktionen wie Schlaf, Nahrungsaufnahme, körperliche Bewegung oder sinnliche Wahrnehmung sind ausgenommen.

Körperliche Bewegung außerhalb der Zelle: Im Hof (Ort), mittags (Termin), 30 Minuten (Dauer), unter strenger Aufsicht (Qualität), kein Laufen, Springen, Hüpfen gestattet (Quantität der motorischen Abfuhr), schweigend im Kreis gehend (Form). In der Zelle schränken Bau und Größe des Raumes, Ausstattung usw. Qualität,Quantität und Form der Bewegung in quälender Weise ein.

Sinnliche Wahrnehmung: sie kann durch Dauerbeleuchtung ohne Zutritt von Tageslicht, durch Sichtblenden vor den Fenstern, durch monotone Farbgleichheit der Zellenwände, Gegenstände etc. kontrolliert werden, durch akustische "Blenden", Zensur der Geräusche, die den Gefangenen erreichen dürfen. Ähnlich lassen sich Art und Dauer von Schlaf, Nahrungsaufnahme, selbst Ausscheidungsfunktionen reglementieren. Der Strafvollzug kennt drastische Instrumente solch tendenziell totaler Kontrolle: z.B. die Fesselung. Er kontrolliert auch durch den Entzug von Instrumenten, z.B. durch die Wegnahme von Messer und Gabel,so daß eine bestimmte (infantile) Art der Nahrungsaufnahme vorgegeben wird (Hand, Löffel).

Aber in die Einsamkeit und vollständige Passivität des Hungerns, der gewaltlosen Verweigerung, kann, so scheint es, Herrschaft dem Gefangenen nicht mehr folgen, jetzt liegt die Kontrolle seines Lebens (dessen, was davon geblieben ist) wieder bei ihm. Herrschaft hatte ihm fast jede Entscheidungskompetenz genommen (und nennt dies den Beginn der Resozialisierung), aber jetzt entscheidet nur noch der Gefangene über sich, entzieht sich der erzwungenen Regression auf Infantilität - denn was anderes ist der Entzug von Kompetenzen, eigene elementare Lebensäußerungen betreffend? Die totale Kontrolle seiner Lebensäußerungen hat die Initiative des Gefangenen negiert, damit seinen Anspruch, Subjekt zu sein - negiert seine Initiative nun nicht den Anspruch von Herrschaft auf totale Kontrolle?

Treibt der Hungernde, scheinbar hilflos in seiner Schwäche, nicht jetzt ein Moment der Hilflosigkeit an der herrschenden Macht hervor?

Unterwirft nicht der hungernde Gefangene seine Existenz wieder ausschließlich seinem eigenen Entschluß?

Aber dieser Gestus des Triumphes geht zugleich auf tönernen Füßen: aus der Verfilzung mit den Konfliktmethoden der Staatssicherheit führt dieser Weg nicht mehr heraus. Die Fürsorgepflicht des Staates muß - jedenfalls nach der heute noch geltenden Interpretation - noch den gewaltlosen Widerstand gewaltsam brechen: durch Zwangsernährung. Die Exekutive folgt dem Gefangenen in seine Einsamkeit und vollständige Passivität. Mit Strafvollzugsbeamten, Mund- bzw. Kiefersperren, Schläuchen, Sonden, Handschellen errichtet sie erneut ihre Kontrolle über Ort, Termin, Dauer, Qualität, Quantität und Form von Lebensäußerungen. Der Gestus des Triumphs, in dem der Gefangene sich wieder als Subjekt setzt, indem er mit einer zentralen Lebensäußerung, der Nahrungsaufnahme, die herrschende Kontrolle abweist, wird von der Herrschaft prompt mit einem Gestus der Unterwerfung beantwortet, der das Subjekt des Hungernden erneut negiert: Zwangsernährung ist ja nur "objektiv", nach dem Wortlaut von Gesetzen, Verfügungen etc. Fürsorge, konkret wird sie als je nach den Umständen gereizte, quälerische, ungeduldige, kalte, „technische" Überwältigung des Hungernden wirklich. [2] Endlich: der Gefangene wird gefüttert - d.h. die erzwungene Infantilisierung, gegen die der Hungernde als subjektiver Widerstand sich gerade gewendet hatte, erreicht in der (Zwangs-)Fütterung und den sie begleitenden Maßnahmen einen zweiten Höhepunkt.

Der Gefangene muß nun seine Subjektivität, die er doch durch passiven Widerstand, d.h. durch Verweigerung wiederzugewinnen versucht hatte, reaktivieren: sein Widerstand wird wieder gewaltsam, er muß auf den Schlauch beißen, ihn u.U. zerbeißen, muß sich wehren, wenn er den einmal eingeschlagenen Weg der Resubjektivierung weitergehen, wenn er in diesem Sinn „Selbstunterdrückung" [3], Unterbrechung seines Weges der Subjektwerdung vermeiden, die triumphale Selbstkonstitution, die mit dem Hungerstreik begann, durchhalten will. Auf sein Sträuben antwortet die Herrschaft mit physischer Gewalt - und ist dort wieder die Stärkere. Der "Gestus des Triumphs" zerschellt an der Fürsorgegewalt des Staates, die Konstituierung des Gefangenen als "Selbst" wird brachial gebrochen.

2.

So zeigt sich der Hungerstreik als Widerstandsform, als „gewaltloser" Akt wird er jedoch zugleich in die Sphäre jener Gewaltsamkeit gezwungen, die in der Grauzone des Strafvollzuges herrscht (vgl. Pig muß putt, S.36); als zunächst „passive" Verweigerung wird er doch durch die Kontrollfunktion des „fürsorge"pflichtigen Staates aktivistisch entstellt. Der militante, schließlich mit der Waffe zu entscheidende Kampf gegen den "Apparat" des Systems, war das Prinzip, nach dem sich die "Metropolen-Guerilla" konstituiert hat. Der Hungerstreik, in Reaktion auf die Eingriffe des Vollzugs, selbst wieder in eine Form von Militanz verwandelt, ist für die RAF-Gefangenen eine Fortsetzung ihres aktiven (wenn auch nicht mehr bewaffneten) Widerstandes gegen das „System". Insofern ist der Hungerstreik eine

Verkehrsform, die diesen Konstitutionsprozeß der Gruppe unter den Bedingungen der Haft zu erneuern bzw. fortzusetzen vermag.

So wäre der Hungerstreik eine besondere Produktionsweise von (Gruppen-)Identität.[4] Die Staatsgewalt setzt den Gefangenen spezifische Bedingungen, von denen sie annehmen oder voraussetzen kann, daß sie eine Gruppenidentität wie die der RAF mit der Zeit zersetzen, den Gefangenen gegen seine „kriminelle Bezugsgruppe“ isolieren, diese Gruppe selbst auflösen, auf daß der Gefangene hinfort in der Trennung von ihr und in der Integration unter Konformitätsmuster (die allerdings Kriminalität wieder nicht ausschließen, s.u.) ein neues Dasein finde - das gehört zur Resozialisierung. Die Gruppe wird getrennt, Kommunikation untersagt oder wenigstens erschwert und nach Qualität , Quantität, Termin geregelt. Die Einzelhaft läßt jedoch eine neue Identitätsfindung in (Gefängnis-)Gruppen zunächst nicht zu - das Bedürfnis nach Kontakt soll so stark werden, daß der Gefangene eines Tages von sich aus dazu kommt, die Verankerung in "seine“ Gruppe zugunsten neuer, gefängnisinterner Beziehungen aufzugeben. Mit Sicherheit ist das Prinzip, welches diese Vorgehensweise der Staatsgewalt regelt, ein Prinzip der Normenkontrolle: Identität, damit die Frage der Handlungsalternativen, Werte, Vermeidungs- und Angriffsstrategien des Individuums, stellt sich immer über soziale Zusammenhänge, über Bezugsgruppen her. (Die Frage, welche Normen die Bezugsgruppen im Gefängnis regeln, stellt der Staat sich lieber nicht: allein die hohen Rückfallquoten in deutschen Gefängnissen, bis zu 80%, verweisen auf den Sttafvollzug selbst als eine wesentliche Bedingung von Kriminalität.)

Insofern Identität, die der Gruppe wie des einzelnen, bei Gruppen wie der RAF zugleich ein politisches Programm umschließt, eine besondere Auffassung von persönlicher Autonomie bedeutet: der Vorstellung, daß Freiheit, Würde, Selbstverwirklichung nur im konsequenten „antiimperialistischen Kampf“ möglich ist - muß die Gruppe den Versuch, ihren Gruppenzusammenhang in der Haft aufzulösen, zugleich als den Versuch zur Vernichtung einer politischen Strategie erleben. Über das Kommunikationsnetz hinaus, das die Anwälte zweifellos bilden oder ermöglichen, produziert der gemeinsame Hungerstreik diese kollektive Identität und Strategie, das politische Programm, jeweils neu. [5] Daß die für den Strafvollzug zuständigen Behörden bereits mehrfach einen "Zusammenschluß" von RAFHäftlingen zugelassen haben, zeigt die Wirksamkeit dieser besonderen Widerstandsform unter diesem Aspekt. [6]

Der Hungerstreik als Produktionsweise von Gruppenidentität hat freilich noch diese andere, ausschließende, Seite: Unter dem Aspekt der Normenkontrolle impliziert das Bestehen auf der Gruppenidentität die Weigerung, sich den Regeln des Sozialsystems „Haftanstalt“ zu beugen, was wohl die Voraussetzung für Kontakte mit den "nicht-politischen" Häftlingen wäre. Wie sehr also sucht die RAF solche Kontakte wirklich? Ihre Erklärungen zum Hungerstreik erschweren es in ihrer brutalen Offenheit [7] der Staatsgewalt, die Isolierung der RAF-Häftlinge vom normalen Strafvollzug aufzuheben, zweitens: die "nicht-politischen“, Häftlinge haben ihre eigenen Formen (und damit Normen) zwischenmenschlichem Verkehrs, die kennenzulernen eine wichtige Voraussetzung der politischen Arbeit mit ihnen, der "revolutionären Gefangenenorganisation“ wäre, die die RAF anstrebt.

Die (Neu-)Produktion von Gruppen-Identität, der Hungerstreik als Fortführung des RAF-Kampfes mit anderen Mitteln und unter anderen Bedingungen hat auch diesen

Aspekt: sie ist das Nicht-zur-Kenntnis-Nehmen des Gefängnisses als (politisches) Abstellgleis, die Weigerung, einzugestehen, daß das Im-Knast-Sitzen für einen politischen Untergrundkämpfer eine Form des Scheiterns darstellt, daß es bedeutet: er hat die Partie für's erste verloren (eine Einsicht, die für die historischen Illegalen und Widerstandsgruppen ganz selbstverständlich war. Die konnten sich dann, weil sie den Sachverhalt überhaupt erst mal zugaben, fragen: warum sind wir gescheitert? Die Zeit im Knast nutzen, eine Antwort darauf zu finden). Was sagte doch Ulrike Meinhof sinngemäß 1970: Daß sie uns nicht kriegen, gehört sozusagen zur Stimmigkeit unseres Konzepts .... Hier hat heute bei der RAF ein Erfahrungsverlust eingesetzt: sie kann nicht realisieren, daß die Inhaftierung vieler RAF-Mitglieder als praktische Kritik an deren politischer Strategie gelesen werden muß. Die Vorstellung, daß das Draußen-Sein, weiter noch: das Am-Leben-Sein Voraussetzung ist für's Denken und Kämpfen wurde der Idee geopfert: der puren und falschen Bewußtseins-Tatsache, außerhalb der RAF gäbe es nur Kollaboration. Man muß allerdings bedenken, daß Lernen Identität auch voraussetzt, daß Erfahrung Kommunikation zur Bedingung hat, und daß insofern nun wieder Staatsgewalt und Strafvollzug für die Gefangenen der RAF Bedingungen stiften, die, weil sie Identität und Kommunikation nur um den Preis einer ebenso rigiden wie totalen Normenkontrolle zulassen wollen, ihnen die Chance des Lernens, Erfahrens, Sich-Veränderns auch im Sinne von Einsicht ins eigene Scheitern, vorenthalten oder erschweren.

3.

Unter halbkolonialen, sozialen Zuständen, wo offene Machtwillkür und grausame Entrechtung der Beherrschten an der Tagesordnung, wo psychische Lähmung, Apathie und Angst im Volk dazu beitragen, sozialen Wandel aufzuhalten - da hatte (und hat) der Hungerstreik einzelner als gewaltloser Widerstand wie als Symbol der Verweigerung eine bedeutende appellative Funktion, selbst oder gerade in Ländern, in denen endemisch Hunger herrscht: Gandhi in Indien. Angesichts des allgegenwärtigen Unrechts symbolisiert der Hungerstreik als Verkehrsform die unzerstörbare Hoffnung darauf, daß die Idee des Guten, des Gerechten eines Tages über die scheinbar so kompakten materiellen Bedingungen siegen wird - so wie der Gerechte zugleich über die Bedürfnisse seines Körpers und über die Waffe der Gewalthaber siegt. Gandhi im Hungerstreik: da sollte nicht nur strukturelles Unrecht denunziert, es sollte zugleich die Herrschaft eines sich institutionalisierenden Menschentypus gebrochen werden, von dem Gandhi annahm, er ruiniere alles, was er berühre - der Typus des von der westlichen Kultur der eigenen Tradition Entfremdeten, der über Handel und Industrialisierung eingedrungen war und nun, indem er zu Kollaboration und europäisiertem Genuß verleitete, die Tugend der Askese und des Spinnrades verleugnete.

Als Hungernde umarmte der Gefangene oder sonst machtlose Sozialrebell symbolisch alle Menschen seines Volkes, die unter institutionalisiertem Unrecht litten. Leiden ist ja immer Entzug, auch wenn es nicht nur der von ausreichender Nahrung sein muß: hierin, in der Solidarität mit allen Leidenden (Passiven) liegt die eine appellative Funktion der Verkehrsform Hungerstreik. Als Hungernder appelliert(e) der Gefangene oder Entmachtete zweitens an eine mehr oder weniger genau beschreibbare „Öffentlichkeit", deren Aufmerksamkeit geweckt, deren Unruhe

verstärkt, deren Beistand gefunden werden muß, auch wenn sie selbst nicht leidet. Der Hungerstreik soll die Bevölkerung, die von ihm erfährt, ihn beobachtet, auch wo sie nicht zu denen gehört, mit denen der Hungerstreikende sich solidarisiert, polarisieren in diejenigen, deren Betroffenheit Umkehr einleiten könnte und in die anderen, die das Unrecht nicht sehen wollen. Schließlich enthält der Hungerstreik auch einen Appell an die Gewalthaber: daran, daß sich der Gefangene ihrem Zugriff entzieht, soll ihnen die Begrenzung ihrer Herrschaft sinnfällig werden, Hungerstreik als allgemeine Rekonstruktion von Menschenwürde, die letztlich unantastbar bleibt. (Diese Begrenzung soll gerade durch die Gewaltlosigkeit des Widerstandes, vor dem die Waffe der Gewalthaber nutzlos, unbrauchbar, obsolet werden, signalisiert werden. Im Fall RAF wird durch Gesetzesbestimmungen dieser Zusammenhang zerstört.)

Es ist kein Zweifel, daß der Hungerstreik der RAF auch diese appellativen Funktionen haben soll. Er soll polarisieren: und zwar wohl nicht zuletzt die Linke in der BRD - in jene Typen, von der die RAF voraussetzt, sie ruinierten alles, was sie anfaßten, die Scheißliberalen und Opportunistenschweine und jene anderen, aus deren Mitte die RAF ihre Mitstreiter oder Nachfolger für den "antiimperialistischen Kampf",so wie sie ihn versteht, (vgl. Denkformen, S.10) zu rekrutieren hofft, aus deren Mitte sie einige zur Solidarisierung und damit in die Nähe ihrer, der RAF, spezifischen Form von Radikalität bringen will. Die gewaltlose Form des Widerstandes, der Hungerstreik, erwiese sich so eher als ein Aufruf zur Gewalt, als ein Substitut für die Waffe, über die der Gefangene nicht mehr verfügt.

Von diesem Symbol der Verweigerung wird erwartet, daß es die Verhältnisse, in denen wir leben, als indische denunziert, als kolonialistische. Es ist aber zweierlei: offene Gewalt- und Fremdherrschaft im Medium des Hungerstreiks zu visualisieren und bürgerlich-kapitalistische Verhältnisse, die, wie unterdrückend immer, doch von hoher Integrationskraft sind, als kolonialistische zu definieren; es ist zweierlei: sich mit um ihre nackte Existenz fürchtenden Massen symbolisch zu verbrüdern oder (symbolisch und wirklich) Furcht (vor Faschismus, Krieg, Anschlägen, Bomben) verbreiten zu wollen. Durch Hungerstreik anzukündigen, daß eines Tages die Idee über die materielle Gewalt triumphieren wird, kraft ihres moralischen Engagements, ist eine Sache; eine ganz andere Sache ist es, kraft moralischen Engagements im Hungerstreik die eigene Idee - als wäre sie selbst materielle Gewalt - über alle anderen zu setzen, sie absolut zu setzen.

Wo die RAF recht hat, zu appellieren, zum Protest aufzufordern: wo es um Formen eines Strafvollzuges geht, die in der Tat ebensowohl unmenschlich als auch in vielem illegal, d.h. gesetzlich nicht legitimierbar sind, da ist zu fragen, ob der Hungerstreik ein adäquates Mittel ist, ob nicht seine anderen (oben dargestellten) Funktionen diese mögliche Funktion überlagern. Daß die Behauptung der RAF über den wirklichen Zustand der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie eben nicht bloß schlichte Erfindung oder Produkte von Verfolgungswahn sind, daß sie einen rationalen Kern haben, zeigt die Staatsgewalt selbst im Umgang mit der RAF - aber zeigt sie es nicht bloß denen, die es schon wußten?

4.

Hungerstreik als Verkehrsform: stellen wir uns den einzelnen RAF-Genossen vor, der jener eingangs skizzierten totalen Kontrolle aller seiner Lebensäußerungen

unterworfen werden soll. Das Schicksal des politischen Gefangenen, dessen Bruch mit der bürgerlichen Gesellschaft für ihn einen Bruch mit den herrschenden Formen bürgerlichen Verkehrs impliziert, der "im Untergrund“ seiner heutigen Abschneidung von Studium, Familie, Kneipe schon voraus war, der von einer Vielfalt menschlicher Bedürfnisse und Beziehungen schon abstrahiert hatte, ehe ihn das Gefängnis aus seinem konspirativen Lebenszusammenhang abstrahierte; dessen Leben und Identität außerhalb seiner konspirativ-militanten Gruppe schon nicht mehr zu denken war, ehe der Strafvollzug die Probe auf's Exempel mit ihm anstellte: das Schicksal des politischen Gefangenen ist mehr als „hart“. Vielleicht stellt der Hungerstreik für ihn die einzige aktive Form dar, in der er – im nachahmenden, reduplizierenden Gestus - den Entzug so vieler Quellen der Befriedigung seiner Bedürfnisse ausdrücken kann, indem er den Entzug auf die Spitze treibt, diesen verschärften Entzug in eigene Regie nimmt - ob nun mit (auf die Zwangsernährung reagierender) Gewalt oder nicht. Vielleicht erreicht er in dieser Form der Aneignung des Verlusts von Befriedigung einen geringen Rest von Freiheit, der ihn an jene in Wirklichkeit ganz abstrakt gewordene Freiheit erinnert, die er nach vollzogenem Bruch mit den Formen bürgerlichen Verkehrs und der eigenen Vergangenheit erlebt hatte.

Ehe ihn der Strafvollzug als der reale Knast mit seiner Hypothese von der Verknastung der sozialen Welt [8] konfrontiert, ehe ihn die Einsamkeit des Strafvollzugs wieder an seine Vorvergangenheit anknüpft, die ihm in der Zelle in Form von Phantasie und Erinnerung begegnen wird, steigt der politische Gefangene, als Hungernder, noch einmal aus. Ehe ihm nichts mehr schmeckt [9], nimmt er nichts mehr zu sich. (Es ist dieser Prozeß der Abstraktion, den die Zwangsernährung eines Tages unterbricht: die Agenten der bürgerlichen Gesellschaft, die der Gefangene in sich selbst abzuwehren wußte, dringen von außen in ihn ein.)

Das Grundgesetz der BRD bestimmt in Artikel 104, Absatz 1: „Festgehaltene Personen dürfen weder seelisch noch körperlich mißhandelt werden.“ Nach unserer Verfassung gilt die Würde des Menschen als unantastbar. Politischen Tätern von der Art der RAF-Inhaftierten schiene einzig ein Institut angemessen zu sein, daß es freilich nicht mehr gibt: die Festungshaft. So werden sie die Bedingungen des allgemeinen Strafvollzugs teilen müssen.

Wir sagen: Bedingungen des allgemeinen Strafvollzugs. Nun soll ja der Kampf der RAF-Häftlinge gerade darum gehen, daß ihnen diese Bedingungen zugestanden werden. Das von Gesetzgeber und Administration seit jeher sorgfältig gepflegte Dämmerlicht über U-Haft (prinzipiell Einzelhaft, und das u.U. für Jahre) und Strafvollzug wich den grellen Scheinwerfern der "Anti-Folter-Komitees“: was die als Sonderbehandlung der RAF-Inhaftierten anprangern, ist aber sicher zu Anteilen die kaum vorstellbare Brutalität der üblichen, "normalen" Vollzugsmodalitäten in der BRD. [10] Es gibt allerdings genügend Belege für zusätzliche erschwerende Maßnahmen bei den politischen Gefangenen, deren Illegitimität und Irrationalität nicht dadurch beseitigt wird, daß sich allemal ein Richter findet, der für sie Begründungen aussinnt. Vergeltung, Abschreckung, Terror treffen hier eine Gruppe, die den üblichen Weg der Erlösung von der U-Haft nicht geht: das Ablegen eines Geständnisses.

Anm. 1) z.B.: Darf der politische Gefangene der über den Flur geführt wird, den Gruß eines ihm unbekannten Mithäftlings erwidern?

Anm. 2) Vgl. Hoimar von Ditfurth: Zweifel an der Zwangsernährung, in: Der Spiegel Nr. 53, S.78 ff, von 30.12.74

Anm. 3) „Ein einziges Würgen-Erbrechen begleitet von Wellen von Verkrampfungen - das läßt sich nur vermeiden oder wieder abmildern, wenn man selbst sehr gelöst, relaxed ist und ruhig, lang und gleichmäßig durchatmen kann. Unter diesen Umständen und bei Widerstand völlig unmöglich - und auch sonst nur bei ruhiger Konzentration und Selbstbeherrschung, was unter den Bedingungen des unmittelbaren Zwangs immer heißt: Selbstunterdrückung und Selbstdisziplinierung.-“ (Unterstreichungen von uns)
Holger Meins über die Zwangsernährung, Flugblatt.

Anm. 4) „Der Hungerstreik ist in der Isolation unsere einzige Möglichkeit, zu kollektivem Widerstand gegen die Counterstrategie des Imperialismus, gefangene Revolutionäre und Gefangene, die im Gefängnis angefangen haben, sich organisiert zu wehren, psychisch und physisch, d.h. .... politisch zu vernichten. Entwaffnet, gefangen, isoliert ist er unsere einzige Möglichkeit, unsere physischen und geistigen Kräfte, unsere Identität als Menschen einzusetzen, um den Stein, den der Staat der herrschenden Klassen gegen uns aufgehoben hat, ihm auf seine eigenen Füße fallen zu lassen.“
in: Der Kampf gegen die Vernichtungshaft, hrsgg. von den Anti-Folterkomitees, 1974, S. 15f.

Anm. 5) Jede RAF-Hungerstreikerklärung beginnt mit einer Gesellschaftsanalyse una endet mit einer Kampfansage wie: Sieg im Volkskrieg!

Anm. 6) Es ist möglich, daß Appelle „von außen“ (Amnesty International, liberale Zeitungen, internationale Vermittler, Satre u.a.) zu dieser Erleichterung der Haftbedingungen beigetragen haben.

Anm. 7) In ihrer Hungerstreikerklärung vom September 74 fordern die Gefangenen aus der RAF offen Bedingungen, die es ihnen gestatten, eine revolutionäre Gefangenenorganisation aufzubauen. Warum sprechen sie das aus? - vielleicht damit ihre Isolation nicht aufgehoben wird? Wo bleibt die List?
„Beim Kampf der isolierten politischen Gefangenen gegen Isolation, die Isolation von draußen, d.h. von Genossen draußen und von drinnen, geht es darum, einer

revolutionären Gefängnisbewegung eine für sie lebensnotwendige Bedingung zu erkämpfen. Denn solange die Schweine jeden Kämpfer, jeden, der anfängt, den Kampf zu organisieren, der die Fresse aufkriegt und nicht nur für sich, sondern für die Selbstorganisation der Gefangenen arbeitet - isolieren können, wird es schwer sein, Kontinuität in der Arbeit zu entwickeln, zu Selbstorganisation und kollektiver Gegenmacht in den Gefängnissen zu kommen." in: Der Kampf gegen die Vernichtungshaft, S.19/20. (Hervorhebungen von uns).
Es wird schwer sein, zu kollektiver Gegenmacht zu kommen, vor allem, solange die unentbehrlichen Organisatoren als "lebensnotwendige Bedingung" den Klassenfeind öffentlich von jedem Schritt unterrichten, den sie zu gehen beabsichtigen.

Anm. 8) Für die RAF ist die ganze Gesellschaft, die ganze Welt, ein einziger Knast, bzw. ein jede Lebensäußerung bedrohender Terrorzusammenhang. "Wem sich die Verhältnisse des verdeckten Krieges - Bourgeoisie gegen Volk - nicht als Naturtatsache aufdrängen ... ab in die Mühlen des offenen Zwang die Gefangenenlager des Systems." (HS-Erklärung 73)

Anm. 9) Die Hungerstreikerklärung der RAF vom Jahre 73 beginnt (nach kurzer Einleitung) mit den Worten:
"Friß Vogel oder stirb! ist das Gesetz des Systems. ... Entweder zu den Bedingungen des Kapitals malochen ... oder verhungern, verlumpen, 'Selbst'mord. Wer diese Alternative nicht frißt ... wird kriminalisiert oder ist eben verrückt.“ (Herausgegeben in einer Broschüre der Antifolterkomitees Hamburg, 73, mit dem Titel: Folter in den Gefängnissen der BRD? (Hervorhebungen von uns)).

Anm. 10) Vgl. den Brief von Hans-Jürgen Fuchs an den SPIEGEL „Ist Einzelhaft Vernichtungshaft?“ (Nr.53/74, S.10/11)

II. Die Verknastung der sozialen Welt

ÜBER DENKFIGUREN IN RAF-TEXTEN

I. Vorrede: Verschränkung von Sozialismus und Antiimperialismus

Der Vietnamkrieg hat in den 6oer Jahren die Studenten in Bewegung gesetzt - nicht nur in der BRD. Vorher hatten die kubanische Revolution und der Algerienkrieg die

Intellektuellen in den Metropolen mobilisiert. Sartre schrieb das Vorwort zu Frantz Fanons: Die Verdammten dieser Erde, Europas Studenten trauerten um Guevara, Rudi Dutschke wurde bekannt gemeinsam mit einer Demonstrationsparole, die er zu skandieren pflegte: der Name eines nordvietnamesischen Führers, Symbol für die Erhebung der 3. Welt ebenso wie für die Studentenrebellion: Ho Chi Minh. APO und Antiimperialismus schienen untrennbar. [1]

Welche waren die Voraussetzungen für diese Verschränkung? Auf unserer Seite gab es die große Hoffnung, der Sozialismus, dem Europa zwei Weltkriege vorgezogen hatte, könnte nun von den sich befreienden Kolonien aus zu den Stätten seiner theoretischen Herkunft zurückfinden.

Aus Lateinamerika von Guevara und aus Nordafrika von Fanon erreichte uns der Entwurf einer alternativen Subjektivität: der in der "universalen Kampfbewegung" (Castro) geborene neue Mensch sollte aufstehen zur Wiederaneignung der Revolution als Prozeß, der von Menschen: bestimmender sozialer Produktivkraft, gestaltet wird - nicht von Technik, Maschinerie, objektivierten Verhältnissen. Was sprach denn für die Siegeszuversicht des armen vietnamesischen Reisbauern oder kolumbianischen Hirten - wenn nicht sein Selbstbewußtsein als Mensch, der sein soziales Schicksal in die eigenen Hände nehmen wollte!

Vietnam bewies die Grenzen der US-imperialistischen Strategie; in der chinesischen Kulturrevolution triumphierte ein politisches Programm über den (scheinbaren) Sachzwang der Ökonomie. Zugleich glich die Entwicklung in China die Enttäuschung über den Stalinismus in der SU aus.

Die Rebellion der armen Völker, da, wo sie auf Selbstorganisation, Aneignung und kollektive Verwaltung der Produktion zielte (oder zu zielen schien) stellte die altmarxistische These von der entscheidenden Rolle hochentwickelter Produktivkräfte für eine sozialistische Revolution infrage. Die bestausgerüstete Militärmacht der Welt wurde von einem Bauernvolk geschlagen - und China zeigte: Bürokratisierung war nicht notwendige Konsequenz verstaatlichter Ökonomie. Drei mächtige Aktivposten der Konterrevolution erwiesen sich mit einem Mal als Fälschung: Subjektivität nahm sich wieder der Revolution an, die gewaltigste Kriegsmaschine der Geschichte paßte in die Silhouette eines Papiertigers, der blutige Mißkredit, der durch die russische Entwicklung auf dem Sozialismus lastete, löste sich auf unter den Siegesrufen von Maos Roten Garden. Die Weltrevolution hatte ihre Glaubwürdigkeit zurückgewonnen - dank der Initiative von Revolutionären aus der 3.Welt.

In dem Maße in dem sie schließlich als doch trennbar erlebt wurden, veränderten beide, die Opposition der Studenten und Jugendlichen in der 1. und 2. Welt und die Revolution in den ehemaligen Kolonien, ihr Gesicht, (oder zeigten es so, wie es geworden war): der Antiimperialismus wurde keine Massenbewegung in den Zentren, am wenigsten in der BRD, selbst unter den politisierten Jugendlichen geriet er zur Phrase. Es fehlte ihm die Vermittlung über die "Klassenkämpfe im eigenen Land“, die sich nur zögernd anließen, und selbst da, wo sie entschlossene Form annahmen, sich selten auf den Befreiungskampf der Völker bezogen. Daß es zu dieser Bezugnahme so selten kam, liegt aber auch wieder an diesem Kampf: Die Diktaturen auf Kuba, in Nordkorea und in anderen Volksrepubliken, in befreiten afrikanischen Kolonien, die chinesische Unterstützung der Konterrevolution in Ceylon und

OstPakistan, kurz die innere und äußere Realpolitik des antiimperialistischen Kampfes, die, selbst nachdem der Sieg errungen worden war, genauso Massen verheizte und Propagandalügen verbreitete wie der imperialistische Aggressor - das machte Erwartungen zunichte oder schränkte sie ein, der Sozialismus könne uns neu geschenkt werden aus der Dekolonisation.

Der Niedergang der Protestbewegung [2] traf sich so mit einer Desillusionierung über den Charakter der 3.-Welt-Revolution. Diese Revolution hatte offenbar andere Sorgen, als der alten Welt zu ihrem Sozialismus zu verhelfen. Ihre Autarkie, ihr Patriotismus machte den Internationalismus der Protestbewegung wurzellos, ihr Führerkult verhöhnte den Antiautoritarismus. Die Weltrevolution gab auf. Ihr Erbe traten in den Kolonien nationale Befreiung und Industrialisierung an, in den Zentren sektiererische Bündelei, Reformpolitik und Gegenkultur.

Durch die Vermittlung von Sozialismus und Antiimperialismus hatte die Neue Linke für eine kurze Zeit, wenn auch nur theoretisch - „emphatisch“, die gedankliche und strategische Reichweite des klassischen Kommunismus zurückgewonnen. [3] Der Bedeutungsschwund, den die Linke in den darauffolgenden Jahren erlitten hat, diskreditiert ihre Vorstellung, ihre Idee von einer Vermittlung von Sozialismus und Antiimperialismus nicht, er zeigt höchstens an, daß eine richtige Vorstellung allein keine soziale Bedeutung garantiert. Die politische Wirklichkeit in der 3.Welt drängt sich heute nicht mehr zu den sozialistischen Gedanken der Intelligenz in den Metropolen, und auch diese selbst drängt mit ihren politischen Gedanken eher weg von dem, was in den ehemaligen Kolonien Sozialismus genannt wird. Die Entschränkung von Sozialismus und Antiimperialismus kann Realität werden, obgleich es richtig bleibt, daß beide einander, um weltrevolutionär zu wirken, durchdringen müßten. Aber, auch vom Antiimperialismus losgelöst, kann der Sozialismus als Gegenkultur und Kulturrevolution zu sich selbst kommen, darin zugleich neue Impulse sammeln für einen späteren erneuten Aufbruch zu weltweiter Wirkung. Wie auch der antiimperialistische Kampf, verbürgerlicht im sturen Aufbaueifer, doch den endemischen Hunger besiegt hat und dadurch ja auch Voraussetzungen schafft für eine mögliche spätere sozialistische Transformation.

D.h. auch, wo Sozialismus und Antiimperialismus sich real entschränkt und damit ihre Qualität verändert haben: der Sozialismus seine Militanz eingebüßt, seine internationale Perspektive verloren, dafür aber eine kulturrevolutionäre Dimension „im eigenen Land“ gewonnen hat; wo der antiimperialistische Befreiungskampf seinen Kontakt zum Sozialismus verloren, dafür aber die Fähigkeit gewonnen hat, stabile (Über-) Lebensverhältnisse für sein Volk (seine Völker) herzustellen - da besteht ja umso eher die Möglichkeit erneuter Verschränkung und in der „Zwischenzeit“ die Notwendigkeit für die Beteiligten, die Bedingungen für die Entschränkung zu analysieren. Der Verlust des Internationalismus war für die politisierten Studenten und Jugendlichen ein ähnlich harter Schlag wie die mangelnde Bereitschaft der Arbeiter, den „Politisierungsvorsprung“ der Studenten unverzüglich aufzuholen. Man kann das ablesen an den Rationalisierungen, Beschwörungen und Selbsttäuschungen, die die Linke zu beiden Komplexen produziert hat: die „kämpfende Arbeiterklasse“, die auf ihre „Bündnispartner“ nur so wartet, tauchte etwa zur selben Zeit stereotyp in den Spalten der linken Presse auf, als auch die „unterjochten Völker" und ihre „heldenhaften Kämpfe" zu fixen Floskeln geronnen ware. Sobald klar geworden war, daß es schwierig, vielleicht in naher Zukunft unmöglich sein würde, Seite an Seite mit der Arbeiterklasse in „die

Revolution" zu gehen und dabei in den Kämpfen unterdrückter Völker die eigenen wiederzuerkennen - genau da versteinerten beide: "das kämpfende Proletariat" und die „heldenhaften Völker" zu kahlen Gemeinplätzen. Was die Wirklichkeit nicht hergab, wurde in der Magie der Propagandaparole gesucht. Der Zulauf zu den Revis, mit ihrem institutionalisierten "Internationalismus“, die Gründung chimärischer chinesischer Partisanenparteien auf dem Boden der BRD gehören mit zu den Bewältigungsversuchen des Verlusts an Internationalismus. [4]

Außerhalb von Parteitheorie, die die zentralen Widersprüche und Ambivalenzen der Vorkriegs-KP's und der Komintern inbezug auf Sozialismus und Internationalismus. (nämlich die Unmöglichkeit, als nationale Organisation oder Agentur nationaler Interessen und mit einer nationalen Aufassung von Sozialismus einen wirklichen Internationalismus zu praktizieren) reproduzieren dürften, sind in der Neuen Linken seit der Studentenbewegung zwei gegensätzliche radikale Versionen inbezug auf die Verschränkung von Sozialismus und Antiimperialismus lebendig geblieben: Die eine stammt von Gruppen, die sich auf Links- und Rätekommunisten beziehen, für Arbeiterselbstverwaltung eintreten, z.B. in Holland Cajo Brendel und seine Gruppe [5], in den USA Paul Mattick [6], in England die Group Solidarity [7]. Diese Gruppen lösen das Problem so, daß sie den 3.Welt-Völkern kurzerhand jegliche sozialistische Perspektive absprechen, das Heil von einer genuin „proletarischen“ Revolution in den kapitalistischen Zentren erwarten, Solidarität mit Vietnam, Chile, Angola als Unterstützung zukünftiger nationaler Militärregimes oder bestenfalls bürgerlicher Demokratien ablehnen. Solange die sozialistische Revolution in der 1. und 2. Welt nicht geschieht, ist ihre mangelnde Möglichkeit in der 3.Welt zugleich ihre mangelnde Notwendigkeit in den Zentren.

D.h., diese Genossen lösen das „Verschränkungstheorem“ zugunsten einer „Führungsrolle“ des Proletariats der Metropolen auf, der Imperialismus wird - als Widerspruch – hintangestellt. [8]

Die zweite - gegensätzliche - Position hat in der BRD die RAF bezogen. „Das Konzept Stadtguerilla" löst das Problem so, daß sie die Arbeiter in den Zentren als revolutionäres Subjekt zunächst mal aufgibt, den 3.Welt-Völkern in den imperialistisch bedrohten und okkupierten Ländern die einzige revolutionäre Initiative zuschreibt, [9] die europäischen und amerikanischen Metropolen für revolutionierbar hält höchstens als Reaktion auf die Befreiungskämpfe der Kolonisierten. D.h. die RAF löst das „Verschränkungstheorem“ zugunsten einer „Führungsrolle“ der 3.Welt-Völker auf. Der Imperialismus wird – als Widerspruch - verabsolutiert.

Mattick hat völlig recht, differenzierend darauf hinzuweisen, daß der Antiimperialismus positiv zu nationalstaatlichen und kapitalistischen Programmen führen kann und dann nicht seine Sache sei (nicht einverstanden sind wir allerdings mit Matticks Meinung, dies müsse sein, solange der Sozialismus in den Zentren nicht gesiegt habe). Wir können auch die RAF verstehen, wenn sie versucht, den Internationalismus der Studentenbewegung, ihren globalen Radius, zu erhalten oder zu erneuern (wenn wir auch mit ihrem "Führungsanspruch der Völker der 3.Weltn nichts anfangen können). Obwohl nun beide Konzepte komplementäre Verkürzungen aufweisen, setzen vielleicht doch die Zeitläufe (wenn schon nicht die Logik) die Skepsis der Linkskommunisten heute eher ins Recht als die Emphase der RAF.

Die RAF schrieb 1972:

„Kleinbürgerliche Ungeduld war es, nach einem knappen Jahr Studentenbewegung ihre antiimperialistischen Inhalte aufzugeben, weil sie in der kurzen Zeit vom Proletariat nicht aufgegriffen werden konnten und Springer so schnell und kurzerhand nicht zu enteignen ist.“ (a.a.O., S.17)

Wie richtig ist diese Kritik?Was wird aus den „antiimperialistischen Inhalten“, wenn sie beibehalten werden, ohne daß ihnen eine wirkliche weltweite Bewegung entspricht? Die Revolution in einen weltweiten Zusammenhang zu stellen, wo sie selbst nicht weltweit zutagetritt, die Weltweite selbst herstellt, verführt zur Konstruktion.

Zur Zeit der Studentenbewegung war die Weltrevolution als solche zwar auch nur als Proklamation, als Entwurf, als große Idee wirklich (praktisch partiell, in Teilen der Welt, wirksam, wenn man dieses Paradox gelten lassen will) - aber immerhin, als solche wurde sie tatsächlich von allen Kontinenten formuliert (Guevara, Cesaire, Fanon, Ho-Chi-Minh, Mao-Tse-Tung u.a.). Was sich in den letzten Jahren bedrückend gezeigt hat: es gibt auch einen weltweiten Zusammenhang von Nicht-Revolution, Stagnation, status quo, Repression und Ungleichzeitigkeit, dessen Analyse zu Zeiten der praktischen Auflösung der Verschränkung von Sozialismus und Antiimperialismus (der Entschränkung von ...) dringlich wird, um zu verstehen, wie es dazu kam.

Das Bedürfnis der RAF-Genossen, die Weltrevolution als Kategorie und als praktischen Zusammenhang gegenwärtig zu halten, ist aus der Tradition der Studentenbewegung verstehbar und irgendwie ehrenvoll. Aber bedenkt man, daß "die Revolution" in keiner Gestalt (theoretisch wie praktisch) so flüchtig ist wie als globale - so muß man sich fragen: um welchen Preis hat die RAF sie immer wiederaktualisiert?

II.

> „... die Aufrufe von 'Radio Europa' und Gerüchte haben den französischen Genossen genügt, die Abstraktion 'Weltimperialismus' als Grundlage der ungarischen Ereignisse 'anzusetzen'. Die totalisierende Untersuchung ist einer Scholastik der Totalität gewichen. Das heuristische Prinzip, 'das Ganze vermittels der Teile zu suchen', ist zu dem terroristischen Verfahren geworden, die 'Besonderheiten zu liquidieren'." Sartre
>
> Fußnote bei Sartre zu „terroristisch“: "Dieser intellektuellen Gewaltherrschaft entsprach zeitweise die 'physische Liquidation' der Diversanten.“
>
> (Marxismus und Existenzialismus, S.25/26, Hamburg 64)

Wir versuchen im folgenden, für die RAF und ihr Verständnis von Internationalismus typische Denkfiguren darzustellen und zu interpretieren. [10] Eine Analyse dieser

Denkfiguren wäre zugleich im Ansatz eine kritische Darlegung der RAF-Strategie und ihrer Konsequenzen für die Linke.

RAF-Flugschriften sind nicht gezeichnet. Sprachduktus, Satzbau und Wortwahl deuten bei vielen auf Ulrike Meinhof als Autorin hin. Wir beziehen uns im folgenden auf drei solcher Texte: "Den antiimperialistischen Kampf führen! Die Rote Armee aufbauen! Die Aktion des Schwarzen September in München - Zur Strategie des antiimperialistischen Kampfes", 1972 (Dok.1);

„Hungerstreikerklärungen der politischen Gefangenen“ vom Mai 1973 und vom September 1974 (Dok.2 und 3). Erstere HS-Erklärung ist erschienen in einer Flugschrift des Hamburger Anti-Folter-Komitees: "Folter in den Gefängnissen der BRD?“, 1973, letztere in "Der Kampf gegen die Vernichtungshaft“. Hrsgg. von den Komitees gegen die Folter, 1974, S.14 ff. Wir haben noch einen Text von Horst Mahler aus der Zeit, in der er noch zur RAF gehörte, hinzugezogen:

„Erklärungen zum Prozeß am 9.10. 72“ in: Rote-Hilfe-Dokumentation, Hamburg 1972; (Dok.4).

Wir stießen bei der Untersuchung von RAF-Publikationen immer wieder auf Abstraktionen, auf ein bestimmtes Umgehen mit Abstraktionen, ein Verabsolutieren von Abstraktionen, d.h. auf Versuche, mit einer Abstraktion wie mit einer konkreten Bestimmung zu verfahren. Was heißt das? Ist gegen Abstraktionen etwas einzuwenden, und wenn ja, in welchem Zusammenhang?

Mit dem Breiterwerden der Spontibewegung sind ja Abstraktionen überhaupt in Mißkredit geraten, alles nicht mit Händen zu Greifende oder unmittelbar Gegebene wurde verpönt. Bloß: ein empirisches Faktum, da wo es außerhalb eines in sich vermittelten und vermittelbaren Zusammenhangs bleibt, das wüste Detail sozusagen, ist genauso abstrakt wie die der Empirie nicht rückvermittelte allgemeine Kategorie.

So ist die stereotype, vermeintlich konkrete Forderung der Spontigruppen nach der Konkretheit als solcher, nach Lust, Sinnlichkeit und eigenen Erfahrungen oft ganz genauso abstrakt wie das Operieren von Dogmatikern mit Kapitalbegriff und Arbeiterklasse.

Es kommt allemal darauf an, theoretische und praktische Brücken zu finden, die Lust und Kapitalbegriff in einen nachvollziehbaren Erfahrungszusammenhang des einzelnen mit seiner sozialen Umwelt überführen.

Wir wollen uns also hüten, das Wort "abstrakt" als Schimpfwort zu benutzen. In den Schwarzen Protokollen Nr.3, S.4 f. haben wir etwas gesagt über die Notwendigkeit des Abstrahierens, um denkend einen Zusammenhang herzustellen. Nachdem durch Abstraktion das "Wesen" zutage gefördert ' muß nun aber in der Folge, (um die gute, alte Marx'sche Methode zu paraphrasieren) der Rückweg an die "Oberfläche", in die "Welt der Erscheinungen" angetreten, d.h. die empirische Wirklichkeit eingeholt werden im Zusammenhang mit dem erkannten "Wesen". Erst das "Steckenbleiben" in der Abstraktion (dem allerdings ein „Realabstraktion“ entsprechen kann) macht die Abstraktion zur Qual des nach Erkenntnis Strebenden und zur Hemmung von Erkenntnis. Die Weigerung der Rückvermittlung zur Empirie, der Versuch, mit der Abstraktion in der konkreten Realität herumzupflügen, führt zu Praxisverlust,

Isolation, Wahnsystemen. Das „Wesen" als solches ist unvermittelt nicht praktikabel und auch nicht konkretisierbar. Wer versucht, mit ihm zu leben, wird Monstren zeugen und sich zwischen diesen isolieren. Es sind immer nur die vermittelnden und vermittelten Aktionen und Gedanken, die sich massenhaft durchsetzen und verändernd wirken können.

Die Texte der RAF, ihre strategischen Skizzen, zeichnen sich aus durch den Versuch, die Abstraktion aus ihrer subsidiären Funktion im Denkprozeß zu lösen und sie zum konkreten Medium radikaler Veränderung in der Realität zu machen.

Im Niemandsland

Der"antiimperialistische Kampf“ in den Metropolen, d.h. die direkte praktische Parteinahme für die Völker der 3.Welt unter Verzicht auf die vorgängige Verknüpfung solcher Parteinahme mit dem "Klassenkampf im eigenen Land“ [11] beraubt die Militanten eines wirklich vorhandenen, mit Füßen zu betretenden Schlachtfeldes. Zwar sind sie mit wirklichen Waffen versehen, von echten Haß beseelt - aber ihre Gegner: der Polizist, das „Justizschwein“, der Politiker werden immer nur als "Agenten des Imperialismus“, des "Schweinesystems", also in nur über viele Vermittlungen verstehbaren Aspekten ihrer Funktion angegriffen. [12] Diese Vermittlungen bleiben aber aus (sie sind auch manchmal gar nicht herstellbar!), theoretisch wie praktisch kümmert sich die RAF nicht um sie, im Gegenteil, sie fürchtet diese Vermittlungen als Bornierung (s.u.), und das heißt: Polizist, "Justizschwein“ etc. werden auf einer abstrakten (im Sinne von nicht-gegenständlichen, fiktiven) Ebene angegriffen, dann aber manchmal als wirkliche Menschen getroffen.

Ebenso schwer zu vergegenständlichen oder zu personalisieren wie "der Imperialismus“ ist das „Volk aus der 3.Welt", an dessen Befreiungskampf die RAF teilnehmen will. Die Leute, die die RAF hier auf der Straße trifft, sind kein solches Volk aus der 3.Welt. Die "Massen", die die RAF sinnlich erfährt, kämpfen kaum, sind politisch eher desinteressiert und lehnen die RAF ab. Das Volk (die Völker), mit denen die RAF angeblich gegen den Imperialismus zu Felde zieht, ist kämpferisch - aber es ist hier nicht sinnlich erfahrbar, es weiß nichts oder wenig von der RAF, und es ist die Frage, ob es, wenn es von ihr weiß, einverstanden ist mit ihr, bzw. irgendeinen wie immer gearteten Vorteil von der Existenz der Stadtguerilla hat.

Die Vermittlungsschritte, die nötig wären, die 3.Welt-Völker in einer verstehbaren Weise anwesend zu machen in den sozialen Auseinandersetzungen hier, werden von der RAF nicht gegangen wie auch umgekehrt es zweifelhaft ist, ob die RAF-Genossen irgendetwas getan haben, den Revolutionären in der 3.Welt die hiesigen sozialen Konflikte zu vermitteln (zweifelhaft ist ferner, ob eine Gruppe wie die RAF sowas könnte oder sollte), so daß auch die Solidarität der RAF mit den „unterdrückten Völkern" sich nicht weniger deklamatorisch gestaltet als die der K-Gruppen. [13]

So entsteht ein im schlechten Sinn abstrakter, blinder Kampf, der nicht nur „der Bevölkerung" unverständlich bleibt, sondern auch die Linke lähmt und durch Solidarisierungszwänge terrorisiert. Wie das Rationale an den Analysen der RAF,

ihre richtige Einsicht, daß der Imperialismus mörderisch ist und bekämpft werden muß etc. blockiert wird vom Irrationalismus ihrer Aktionen (der sich natürlich auch in den Analysen auffinden läßt), vom Versuch, den Imperialismus in der BRD zu personalisieren, zu konkretisieren und z.B. in der Person von Drenkmanns zu erschießen, so blockiert die spontane Identifikation der übrigen Linken mit den rationalen Aspekten der RAF-Analysen, die gemeinsame Erinnerung an den Internationalismus der Studentenbewegung und das Mitgefühl mit den Märtyrern in den Knästen eine „unsolidarische" sprich entschiedene RAF-Kritik (die schon damit begänne, sich dem Thema zu verweigern, d.h. sich gegen jene zu wehren, die jeden Anlaß, der Linke zusammenführt, nutzen, um eine Diskussion des Hungerstreiks o.ä. zu oktroyieren - in diesem Sinn ist unsere RAF-Kritik noch solidarisch).

„Nicht mit wohlfeilen Worten, sondern durch die Tat haben wir uns auf die Seite der überwiegenden Mehrheit des Volkes gestellt, das heute überall auf der Erde die Waffen ergreift, um sich von imperialistischer Unterdrückung und jeglicher Ausbeutung zu befreien." (Dok. 4, S.3)

Durch die Konstruktion eines Weltvolks rettet sich Mahler hier aus dem Widersinn, der darin liegt, inmitten einer relativ befriedeten Bevölkerung, die nicht „die Waffen ergreift, um sich ... zu befreien" der Sache aller Völker der Welt mit den Mitteln tatsächlich kämpfender Völker dienen zu wollen, die aber weit entfernt unter schwer vergleichbaren Bedingungen existieren und die von ihren Partisanen in den Großstädten wohl wenig mehr wissen wollen als die dort lebende Bevölkerung. Wo die ganze Erde mit ihren so ungleich, ja gegensätzlich gestalteten Kontinenten zu einem einzigen überschaubaren Areal zusammenrückt, auf dem ein Weltvolk sich im Weltkrieg gegen den Weltimperialismus befindet: "Schon heute beginnt der revolutionäre Volkskrieg das in zahlreiche Nationalitäten, religiöse Gruppen ... zertrennte Volk, die arbeitenden Massen aller Länder und Erdteile, zu einen im Widerstand gegen den Imperialismus." (Dok. 4, S.3) - da ist die Frage: „Was tun?" oder "Wo tun?" ein für allemal gegenstandslos.

Gegenüber der Dekolonisation, dem Imperialismus, der Weltrevolution als Einheit müssen wir auf ihrer Unterschiedenheit in sich bestehen. Das Bild von der überschaubaren Welt ist eine gefährliche Illusion. Statt der nationalistischen Verkürzung, die den Parteimarxismus trotz Internationalismus-Phrase kennzeichnete, haben wir es bei der RAF mit einer internationalistischen Verkürzung zu tun - trotz des Hinweises, auch die 'eigene' sei motiviert zum Widerstand. [14]

„Heute hätte man die Geschichte imperialistischer Investitionstätigkeit zu schreiben und ihre Analyse zu leisten, die zu nichts anderem 'ins Leben tritt' als zur Niederschlagung der Befreiungsbewegungen in der 3.Welt." (Dok. 1, S.5; im Original ist der ganze Satz hervorgehoben.)

„Statt die revolutionäre Situation als eine globale zu begreifen, verstellt die aus der nationalstaatlichen Phase des Kapitalismus herrührende begriffliche Beschränktheit den Blick und den praktischen Zugriff auf die weltweiten Zusammenhänge. Die neue Dimension des transnationalen Imperialismus ist bisher nicht auf den Begriff gebracht." (Dok. 4, S.4)

"Das imperialistische System bildet in sich eine die nationalen Grenzen Überschreitende weltweite Einheit. ... Ausbeutung und Unterdrückung sind global

organisiert. Demgegenüber ist die nationale Beschränkung der Klassenkämpfe von unten nur Ausdruck der strukturellen Schwäche des Proletariats. Es gilt die globale Gestalt des Imperialismus als die bestimmende Bedingung der proletarischen Revolution zu erkennen. ...“ (Dok. 4, S.7)

„Den Klassenkampf im eigenen Lande führen“, um die Befreiungsbewegungen zu unterstützen, wie Ho-Chi-Minh es gefordert hatte, ist nicht möglich. weil es kein eigenes Land mehr gibt. Der transnationale oder internationale Kampf findet im „trans“ oder „inter“ statt, im Niemandsland der Globalität, die sich immer selbst aufzuheben scheint, sobald der Revolutionär einen realen Boden betritt.

"Sie (die Opportunisten, d.V.) müssen diejenigen ausschließen, die unter dem Volk dienen' nicht verstehen, dem vom Imperialismus beherrschten Volk in den Arsch zu kriechen (das hieße: den Klassenkampf im eigenen Land führen, d.V.) sondern den Imperialismus bekämpfen. der das Volk beherrscht." (Dok. 1, S:10)

"Kleinbürgerlich ist die nationalstaatliche Borniertheit der opportunistischen Linken, die nicht erkennt und nicht anerkennt, daß die Avantgarde der antiimperialistischen Revolution die Völker der 3.Welt sind und daß der Kampf in den Metropolen der Kampf der internationalen Brigaden ist für den Sieg im Volkskrieg von Quang Tri und Hué, Palästina, Libanon, Angola, Mozambique, Türkei oder überhaupt nicht stattfindet." (Dok. 1, S.17)

In der BRD ist der soziale Kampf mit nationalen oder sonst spezifischen Elementen versetzt, verunreinigt, also nicht global, also nicht antiimperialistisch, also nicht radikal - bis die RAF kommt und mit ihren Attacken auf die Agenturen des Imperialismus den globalen Horizont der Unterdrückung gegen den nationalen Himmel zeichnet. Aber dieser globale Horizont ist im schlechten Sinn ein bloßer Begriff (und so auch kein wirklicher Begriff mehr). Der Versuch der RAF, Globalität, Antiimperialismus zu praktizieren ist einher gegangen mit der Zerstörung sämtlicher Differenzierungen, spezifischer Widersprüche, d.h. Unterschiedenheit (des Imperialismus) in sich, deren Zurkenntnisnahme, Analyse und Veränderung überhaupt erst eine Ahnung von der „globalen Gestalt des Imperialismus“ als von konkreten Beziehungen bestimmt und in ihnen funktionierend hätte aufkommen lassen können. Erschien es der Stadtguerilla offenbar zunächst unnötig, die Globalität mit der Lokalität zu vermitteln, [15] so ist es ihr nun, nachdem sie eine großartige Globalität aus dem Nichts erzeugt hat gar nicht mehr möglich: wäre nicht das Bestehen auf lokalen Konfliktquellen [16] ein Ausdruck "struktureller Schwäche“ des Proletariats und damit eine Vernebelung des Konzepts von Globalität, leugnet nicht der in einer nationalen Grenze sich abspielende Lohnkampf die „weltweite Einheit“ des "imperialistischen Systems", ist nicht jede lokale Unruhe ein Hohn auf die Gestalt des Imperialismus, die ja doch global ist? So geraten die wirklichen sozialen Auseinandersetzungen im Spiegel der RAF-Theorie plötzlich in den bestürzenden Bann der Banalität, der Uninteressantheit, ja Überflüssigkeit: sie, über die die Globalität imperialistischer Politik allein vermittelbar wäre, werden als Leugnung von Globalität diskreditiert. Im nämlichen gedanklichen Prozeß erweist sich aber auch die Globalität, die weltweite Einheit, wie die RAF sie vorführt, als Papiertiger. Wo die Fäden, durch die Globalität mit lokalen, irdischen Zwistigkeiten zu einer im sozialen Prozeß verwurzelten, lebendigen übergreifenden Kategorie hätte verbunden sein können, durchschnitten bzw. gar nicht erst gezogen werden, weil es die "reine“ Globalität sein soll, die Weltrevolution tout court ohne störende

Nebensachen und regionale Schrullen - da bleibt von der Globalität nur noch die pompöse Parole, ein Symbol ohne reales Gegenstück, ein viersilbiges Wort, etwas Unverständliches.

Es ist letztlich dieses pompös Unverständliche, Ausgehöhlte, Unwahre, was die RAF herstellen, bzw. - als Imperialismus - bekämpfen will. Aber die Schwerkraft des vulgären, lokalen Daseins schließt auch die RAF in ihre freundliche Diesseitigkeit ein. Was die Guerilla auch ins Werk setzen mag, um den globalen Raum zu entdecken, um ihren Kampf dort zu entfalten, sie kann der Tatsache nicht entgehen, daß jeder Kampf lokal ist, auch der antiimperialistische. Die Anschläge der RAF auf US-Institutionen in der BRD, die Doppeldeutigkeit der nationalen Definition, die scheinbare Supra-Lokalität einer Einrichtung wie einer Botschaft oder eines militärischen Stützpunktes, kann dazu beigetragen haben, den Realitätssinn der RAF-Genossen in diesem Punkt zu trüben. Wer im globalen Niemandsland der Transnationalität den globalen Terrorzusammenhang des Weltimperialismus unmittelbar angreifen will, wer in solcher Absicht tatsächlich losschlägt, findet sich dann doch irgendwann auf einem von lokalen Bedingungen bestimmten, in nationale Schranken etc. gegrenzten Boden wieder, er entdeckt die eigene Abhängigkeit von diesen Bedingungen und die Tatsache, daß er auf sie einwirkt Wenn er dann immer noch glaubt, es sei die Globalität, die er am Wickel hat, sozusagen in komischer Verkleidung, dann beginnt das Wahnsystem.

Die RAF hat von der Spitze der Abstraktion aus selbst die Leiter weggetreten, vermittels derer sie die Spitze erklimmen konnte.[17] Und jetzt prahlt sie mit ihrer Schwindelfreiheit. Aber mit der ist es nicht weit her. Denn wie es geht mit Hochsitzen, denen man Leiter und Gerüst weggebrochen hat: sie fallen zur Erde, mögen sich dabei auch die Struktur des Hochsitzes, Brüstung und Fernglas, erhalten. Aber die Brüstung ist nicht mehr funktional, das Fernglas zeigt überdimensionales Unterholz, nicht das, was hinter dem Wald ist. Der Phrase des Internationalismus entspricht die tatsächliche Nicht-Integration und Isoliertheit der RAF. Der transnationale Raum ist schließlich die Provinzialität des kommunikationsarmen Untergrunds oder des Gefängnisses.

Auf der Geisterbahn

Die revolutionäre Dritte Welt ist nicht hier - was hier ist, ist nicht (unmittelbar) revolutionär. Die RAF kann beides nicht zugestehen. Eine zusammengerückte Welt läßt Vietnamesen, Palästinenser und Black Panthers vor unserer Haustür um ihr Überleben kämpfen, macht uns zu teilnahmslosen Monstren, sofern wir nicht eingreifen, helfen, selbst das Gewehr in die Hand nehmen.[18] Aber, abgesehen von der Solidarität, hätten wir sogar ähnliche Gründe wie Palästinenser und Neger, uns zum Aufstand zu sammeln. Sind wir nicht auch vom Imperialismus von multinationalen Konzernen, internationalen Militärbündnissen umstellt, kolonisiert, [19] requirieren nicht amerikanische (und einheimische!) Konzernherren als Besatzer unseren Lebensraum? (Das Befreiungsziel wird durch das Kolonialmodell bezeichnenderweise implizit wieder national). So wie die RAF auf die Dritte Welt durch die Brille ihrer in der Studentenbewegung erworbenen Hoffnungen und Erfahrungen blickt, in den (ehemaligen Kolonien Sozialismus und Freiheit in einem Verständnis sich entwickeln sieht, wie die Antiautoritären es sich einmal erträumt und

wie Marx und Engels es sich für das entwickelte Europa vorgestellt hatten - so projiziert die RAF den imperialistischen Aggressor, den Kolonisator, als Klassenfeind und Angriffsobjekt in die Metropolen. Sie kann dann die relative

Ruhe und Angepaßtheit der Bevölkerung hier nicht mehr verstehen und nur noch unter großen Schwierigkeiten, mit Widersprüchen, erklären.

Das „System" selbst, das die in ihm Lebenden angeblich total unterwirft und versklavt:

„Mit der Einführung des 8-Std.-Tages hat der 24-Std.-Tag der Herrschaft des Systems über den Arbeiter seinen Siegeszug angetreten - mit der Schaffung von Massenkaufkraft und 'Einkommensspitze' hat das System den Siegeszug über die Pläne. Bedürfnisse, Alternativen. Fantasie, Spontaneität, kurz: den ganzen Menschen angetreten!" (Dok. 1, S.14: Im Original ist der ganze Satz hervorgehoben.)

entwickelt gleichzeitig eine gleisnerische Attraktivität, die die Massen in einem verführt und schändet:

„Das System hat es in den Metropolen geschafft, die Massen so tief in seinen eigenen Dreck zu ziehen, daß sie das Gefühl für ihre Lage als Ausgebeutete und Unterdrückte, als Objekt des imperialistischen Systems weitgehend verloren zu haben scheinen, so daß sie für Auto, ein paar Plünnen, 'ne Lebensversicherung und nen Bausparvertrag jedes Verbrechen des Systems billigend in Kauf nehmen." (Dok. 1, S.14/15)

Diese moderne Version der Lenin'schen Arbeiteraristokratiethese lehnt sich explizit an die klassische These an (so Dok. 1. S.10 und 14 und in Dok.4, S.4 und 5), variiert sie, insofern jetzt die gesamte Bevölkerung (und nicht mehr nur wie bei Lenin eine Oberschicht) als - vor dem Hintergrund des Elends der 3.-Welt-Völker - bestochen dargestellt wird. Auch Mahler bezieht sich auf diese Umarmungsstrategie des Systems:

„In den entwickelten Industriegesellschaften des imperialistischen Systems bilden die lohnabhängigen Massen insgesamt eine Arbeiteraristokratie, deren relativ höherer Lebensstandard die Verelendung von Milliarden Menschen in den unterentwickelt gehaltenen Gebieten zur notwendigen Voraussetzung hat." (Dok.4, S.5) [20]

Aber die Bestochenen sind zugleich Verführte, und als Verführte sind sie Geschändete: sie werden ihres Lebens nicht froh. Der Flitter, von dem sie sich blenden ließen, hat zwar ihren Kampfesmut zerstört, ihr Elend auf die Dauer aber nicht zudecken können.

"Das Problem in den Metropolen ist, daß, obwohl das System politisch und ökonomisch reif ist, abgeschafft zu werden, die revolutionären Kräfte im Volk noch zu schwach sind - es mehr Resignation, Lethargie, Depression, Agonie, mehr Kranke und Selbstmörder, mehr Leute gibt, die sich hinlegen und sterben, weil man in diesem System nicht mehr leben kann, als aufstehen und kämpfen." (Dok. 3, S.17)

Das System ist „reif, abgeschafft zu werden", aber es ist dennoch zum Überleben zu gut gerüstet und die, die es abschaffen könnten, sind "noch zu schwach". Das

System ist perfide genug, gerade seine potentiellen Abschaffer zuerst mit Scheinbefriedigung zu verlocken und dann in Resignation und Agonie zu stoßen. Darin besteht seine Bösartigkeit, daraus speist sich die Erbitterung der Revolutionäre. Mit nichts als öder, stumpfer Lethargie vor sich und um sich herum, sucht das Volk lieber Bett oder Sarg als die Kanone: "weil man in diesem System", das folgende Alternative diktiert, „nicht mehr leben kann":

„Friß, Vogel oder stirb! ist das Gesetz des Systems. Nach ihm wird Profit gemacht. Jedes Kind, jede Frau, jeder Mann bedroht, eingeschüchtert, gelähmt, zur Sau gemacht, läuft jede Alternative im System auf die Schweinerei raus: entweder zu den Bedingungen des Kapitals malochen - ... oder verhungern, verlumpen, 'Selbst'mord." (Dok. 2, S.1)

Der Vogel, der frißt, lebt, aber als Sau, zu der er gemacht wird. Er lebt als Gelähmter, als gelähmte Sau. Das System kennt nicht nur Zuckerbrot, ("Konsumscheiße", Dok. 1,S.7), besser noch geht es mit der Peitsche um. Mit ihr jagt und zwingt es letztlich seine Sklaven unter sein Gesetz. Wer fliehen will, wird fertiggemacht:

„Den schnappen sich - seit Uropas Zeiten, den Anfängen der bürgerlichen Gesellschaft: Arbeitshaus, Armenanstalt, Knast, Erziehungsheim, Klapsmühle ..." (Dok. 2, S.2)

So also hetzt das System seine Geschöpfe über eine Geisterbahn von Versuchung, Enttäuschung, Maloche, Krankheit und Knast in den Tod.

Aber es ist nicht allein das System und seine raffinierte Befriedungsmaschine, das die Massen am Boden hält - auch diejenigen, die dazu berufen gewesen wären, den Massen die Augen zu öffnen, tragen Schuld, denn sie haben sich kaufen lassen, obwohl sie es hätten besser wissen müssen: die Linken außerhalb der RAF und ihres Umkreises. Diese „opportunistischen" Linken bilden jetzt selbst einen integrierten Bestandteil der Unterdrückungsmaschinerie, halten das System mit am Laufen, zählen mit zu den "Schweinen", zu den "Falschen":

"(Die einzige Anklage, die ich gegen uns selbst gelten lasse, ist die) daß wir zuviel geredet und zuwenig gehandelt haben; daß wir zu lange versucht haben die Falschen vom Richtigen zu überzeugen, anstatt das Richtige selbst zu tun." (Dok. 4, S.2)

Wer sind hier „die Falschen"? Meint Mahler die Imperialisten höchstpersönlich? Weder er noch ein anderer RAF-Militant dürfte je versucht haben, Flick, Quandt, Springer (Dok. 4, S.2) oder so jemanden "vom Richtigen" zu überzeugen. „Die Falschen", das sind in Dok.1 die schadenfrohen Opportunisten, die mit den Faschisten unter einer Decke stecken. die "Marx-Bibel-Forscher", alle-Linken, die die RAF kritisieren oder die Einsicht, daß „die Völker der 3.Welt die Avantgarden sind" nicht teilen.

Opportunistisch wurde die westdeutsche (und wohl auch sonst die europäische) Linke in dem Moment, in dem sie sich auf die Klassenkämpfe im eigenen Land besann und d.h. auch: auf sich selbst, ihre eigene Lage an der Hochschule, im Beruf, in den zwischenmenschlichen Beziehungen (und damit letztlich sich, ob sie das nun

wußte oder wollte, um Vermittlung und somit Konstitution einer Bewegung bemühte, die man möglicherweise - auch - als Weltrevolution fassen kann).

„... d i e o p p o r t u n i s t i s c h e L i n k e i n d e n M e t r o p o l e n ... sitzt im Arsch jenes Teils der Massen, der als Arbeiteraristokratie des Imperialismus (Lenin) in den Klauen des Systems ist - die gehen auf die Straße, wenn's ihnen mal stinkt, wenn der Krieg (!) eskaliert, wenn geschossen wird ... wenn das System ihnen mal kommt, wie den Völkern der 3.Welt permanent, dann haben sie die Schnauze voll, laufen zur Polizei (???), laufen dem Rattenfänger McGovern nach, einem Posten im Betriebsrat, schreiben wieder Gedichte gegen den Krieg.“ (Dok. 1, S.4) [21]

Gerade das Nicht-Vermittelte, das "Schicksal der Völker der 3.Welt“, soll mobilisieren, während der konkrete Konflikt, das, was mich selbst betrifft, was ich selbst machen, in die Hand nehmen, ändern kann, sei es ein Posten im Betriebsrat, ein Schuß, ein Gedicht (die „Lokalität“, s.o.) mich bloß dem Opportunismus in die Arme treibt. Zum Engagement führt die zusammenfassende Bestimmung: Imperialismus, die „Einheit des Systems" [22], die "Revolution in der 3.Welt" (seltener ist übrigens von der Revolution wenigstens in einem Land der 3.Welt: Vietnam, Angola, Palästina, die Rede!) - zur Lethargie oder zum Opportunismus führt: die Maloche, das Arbeiten, Eingeschüchtertwerden, Zur-Sau-gemacht-Werden hier bzw. die Parteinahme für die, die hier in den schlimmsten Mühlen stecken sowie der Widerstand gegen die je eigene Mühle.

Als politische Gruppe, die zwar explizit keinen Führungsanspruch für sich als Gruppe stellt, aber doch immerhin den der Richtigen, der unterdrückten Völker, "anerkennt" (und so wohl auch in der Metropole vertreten will) kann die RAF es sich nun aber doch nicht mit der gesamten empirischen Bevölkerung, mit dem potentiellen Objekt der Führung, verderben - sie muß das rechtsliegengelassene Proletariat der Metropolen irgendwann stillschweigend wieder aufsammeln, muß sogar der (opportunistischen) Linken Gnade vor Recht ergehen lassen - wann immer sie an den Punkt gelangt, da sie praktisch Solidarität braucht oder theoretisch mit ihrer Analyse beim letzten Gefecht angelangt ist.

So appellieren die Gefangenen der RAF in ihrer Hungerstreikerklärung vom September 73 an eine liberale Öffentlichkeit, an „antifaschistische Bürger", von denen man wirklich nicht weiß, wo sie herkommen sollen, wenn schon die Linke (außerhalb der RAF) mit dem Faschismus unter einer Decke steckt.

So soll die Arbeiterklasse dann doch wieder revolutionsfähig sein, ohne daß explizit die Befreiung der 3.Welt zuvor vollendet oder zumindest beträchtlich fortgeschritten sei - ein eklatanter Widerspruch in der Schrift von Mahler, dessen schmucklose, formelhafte, dürre Sprache Widersprüchlichkeiten weniger gut verdeckt als das sprudelnde Wortvarieté der vermutlich von Ulrike Meinhof stammenden Texte. Nachdem Mahler das Industrieproletariat auf S.5 (Dok. 4) insgesamt als integriert abgefertigt hatte (dabei die Gleichsetzung von "revolutionär“ und „proletarisch“ durch die Konstruktion der „proletarischen Völker" rettend), läßt er es auf S.13 in eine „privilegierte“ und in "benachteiligte und entrechtete Schichten" (insbesondere die Jugend gehört zu dieser) auseinandertreten, zeichnet dann letzteren Teil als potentes revolutionäres Subjekt, das in Wohnviertel und Fabrik das Unterste zuoberst kehrt, bis schließlich „die fortschreitende Revolutionierung der Jugend ... die

Bundeswehr (unterminiert) und den ... Revolutionären deren Depots und Arsenale (öffnet).“ (Dok. 4, S.14)

Auch in Dok. 1 stoßen wir gegen Ende der Ausführungen zum Opportunismus auf diesen (bezeichnenderweise sehr unbestimmt und allgemein gehaltenen) versöhnlichen Passus:

„Daraus ergibt sich, daß wir den 24-Std.-Tag des imperialistischen Systems zu analysieren haben. Daß wir für alle Lebens- und Arbeitsbereiche dieser Gesellschaft nachzuweisen haben, wie sich das Mehrwertaussaugen in ihnen abspielt, wie es sich zur Ausbeutung im Betrieb verhält, was jeweils genau der Punkt ist. Mit dem Postulat: das revolutionäre Subjekt in den Metropolen ist der Mensch, dessen Tag der 24-Std.-Tag unter dem Diktat, der Bevormundung des Systems ist - stecken wir nicht mehr als den Rahmen ab, innerhalb dessen die Klassenanalyse geleistet werden muß.“ (S.15)

Das Bestürzende und Quälende an der Lektüre der RAF-Papiere ist, daß sie nicht einfach falsch sind, daß sie richtige Beobachtungen, Tatsachen, Schlußfolgerungen und Theoreme enthalten - daß sie dieses Material aber strukturieren vermittels eines förmlichen Amoklaufs von Abstraktionen, Analogien, Verkürzungen und Extrapolationen, der die wirklichen Verhältnisse als staubbedeckte Leichen rechts und links des Weges liegen läßt.

„... weil man in diesem System nicht leben kann“, schreibt die RAF, deshalb legen sich die Leute hin und sterben, anstatt zu kämpfen. Sie leben aber!, auch die, die nicht kämpfen. Und viele, die meisten, leben trotz Unzufriedenheit gern. Wenn das "System“ nicht Chancen von Leben, ja sogar Glück, Befriedigung böte, hätte es diese seine Integrationskraft, die die RAF auch beobachtet und die sie mit Bestechung („Konsumscheiße“) und Verrat der Linken erklärt, nicht.

Ferner: Böte das "System“ Chancen zur Ich-Stabilisierung, zur Konstitution von Persönlichkeit, zur Erkenntnis seines eigenen Funktionszusammenhangs, zu Lust und Identifikation <u>überhaupt nirgendwo mehr</u>, dann wäre auch die soziale Umwälzung unmöglich, denn die setzt eine Mehrheit von Menschen voraus, die sich <u>selbstbestimmen</u> wollen, und dazu gehört ein Minimum an Ich-Stärke. Dann wären wir wirklich auf einen Desperadotrupp angewiesen, der uns erlöste, wobei immer noch die Frage offen bliebe, woher denn dieser Trupp seine Widerstandskraft bezöge unter Verhältnissen, die den Menschen nur grausige Verkümmerung und stilles Siechen gestatten. Und umgekehrt: die Tatsache, daß es Widerstand, Unruhe, Rebellion, daß es z.B. die RAF gibt, <u>zeigt</u> <u>gerade</u>, daß das „System" Reste von Selbstverwirklichungschancen offenläßt, denn im Wahrnehmen solcher Chancen entwickeln wir doch nur die Zuversicht, daß wir etwas ändern können, den Mut zur Utopie. Daß es gerade die seine Integrationskraft garantierenden Möglichkeiten: Glück und Anerkennung, wie gebrochen auch immer, doch zu finden sind, die das „System" zugleich bedrohen, uns ein besseres, menschlicheres wünschen und projektieren lassen, ist ein Aspekt jener „Dialektik von Reform und Revolution“, von „Systemimmanenz und -transzendenz“, in deren Dynamik wir uns alle bewegen. Damit eine Revolution möglich ist, muß sie, so paradox das klingt, ein kleines Stück weit überflüssig sein. Oder: damit etwas Neues geschaffen werden kann, müssen die Schöpfer eine Ahnung, eine Vorstellung davon, also eine Spur schon im alten gekostet haben.

An diesen „guten Haaren“, die wir dem „System“ lassen müssen, hängt vor allem eins: Die Chance einer „demokratischen“ Umwälzung im besten Sinn dieses Worts: einer Revolution, die wirklich eine gesellschaftliche Tat ist, von der Mehrheit der Bevölkerung selbstbewußt vorbereitet, erprobt und vollzogen. Auch der Gedanke an eine bewaffnete Auseinandersetzung, den wir nicht prinzipiell beiseiteschieben können, ist kein Einwand gegen eine mehrheitliche Beteiligung an Veränderungsprozessen, ganz im Gegenteil. [23] Das „System“ als perfekt funktionierende Terrormaschine, die keine Regung der Geknechteten aus ihrer entmenschlichenden Kontrolle entläßt, kann nur noch gesprengt, vollständig zerstört, der gerechten Raserei seiner Opfer preisgegeben werden. Da diese Maschine aber mit der Kontrolle Lethargie produziert, bleibt nur noch der deus ex machina, die Stadtguerilla ... Wieso aber die soziale Landschaft nach Vernichtung der Maschine aussehen? Haben die Genossen von der Guerilla sich mal überlegt, daß auf sie die Aufgabe wartet, Millionen von scheintoten Wracks zum Aufbau einer klassenlosen Gesellschaft zu bewegen? Ist es das, was sie vom Revolutionsprozeß für sich erhofft haben?

Was nun die verbrecherische Seite des Systems, die ja existiert, betrifft: Wer ist dafür verantwortlich? Wirklich nur Rockefeller, ITT, Quandt, Flick, Springer etc. etc.? Wie ist das mit dem Charaktermasken-Theorem? Die RAF zeichnet das "System" als einen Block von Finsternis und Verbrechen, mal anonym und übermächtig, allesverschlingend, mal personalisiert, durch Siemens, Quandt, Flick etc. als „monströseste kriminelle Vereinigung der Geschichte" (Dok.4. S.2). Aber handelt es sich beim Imperialismus nicht um ein System im präzisen Sinn dieses Wortes, um einen integrierten Organismus, bei dem eine Menge von Faktoren ineinanderwirken und bei dessen Analyse die Kategorien Täter und Opfer stets widerspruchsvolle Bestimmungen bleiben? - anstatt um eine Horde reißender Tiger auf der einen und Herden blöder Lämmer und wehrhafte Wolfsrudel auf der anderen Seite?

Die RAF zieht ausführlich gegen den westdeutschen Imperialismus zu Felde (Dok. 1, S.4f., Dok. 4, S.2f.), der Israel als seine Speerspitze benutzt und die arabischen Staaten gegeneinander ausspielt, um die palästinensische Befreiungsbewegung zu ersticken. Kein Wort über die „schwankende Haltung" der arabischen Staaten gegenüber Palästina, die sich ganz unabhängig von westdeutschen Einflüssen oder Interessen ausmachen lassen, keinerlei Problematisierang der Form, Taktik, Ziele usw. der palästinensischen Organisationen selbst. Die internationale Kapital-Verbrechergemeinschaft von japanischen, amerikanischen, europäischen ("unter der Führung der BRD") Konzernen wird von der RAF wiederholt angeführt, nie wird aber ein Wort verloren über die erbitterte Konkurrenz, die gleichwohl unter

ihnen herrscht und die durchaus Priorität gegenüber der Unterdrückung der 3.Welt-Völker erlangen kann. Was nicht ins Konzept paßt, wird unter den Teppich gekehrt. Die Sowjetunion und China kommen in den allgegenwärtigen Imperialismusanalysen der RAF, welche die Kommentare zu jedem Ereignis, über das sich die RAF äußert, überfluten, überhaupt nicht vor, obwohl beide Mächte in der 3.Welt permanent anwesend sind, (sie zum Teil selbst mit bilden). Hier hört der weltweite Zusammenhang, die Einheit des Systems plötzlich auf, erweist sich als Stückwerk. Und hat sich die RAF einmal überlegt, daß Regierungen und Schattenregierungen

in befreiten und zu befreienden Gebieten der 3.Welt eine Politik planen und machen (zum Teil zu machen gezwungen sind), die mit den Sozialismus-Vorstellungen der antiautoritären Zeit, die die RAF so gern zitiert, gar nichts gemein haben?

Im Gefangenenlager des Extrems

In Dokumenten der RAF aus jüngerer Zeit, die wir analysiert haben, finden sich drei Gleichungen, deren Kritik im folgenden versucht werden soll: Knast = 3.Welt (A), Gesellschaft = Knast (B,C) und Knast = Gesellschaft (D).

A. Knast = 3.Welt

"Die Abschaffung der Isolation ist die Bedingung, die wir uns erkämpfen müssen, wenn Selbstorganisation der Gefangenen, wenn revolutionäre Politik, wenn Befreiungskampf im Gefängnis überhaupt eine realistische Möglichkeit von proletarischer Gegengewalt werden soll - im Rahmen der Klassenkämpfe hier, im Rahmen der Befreiungskämpfe der Völker der dritten und vierten Welt, im Rahmen von proletarischem Internationalismus und einer antiimperialistischen Befreiungs- und Einheitsfront in den Gefängnissen und Kriegsgefangenenlagern der vom Imperialismus beherrschten Teile der Welt." (Dok. 3, S.16)

Die parallelisierende Aufzählung verknüpft eine Vielzahl von Bestimmungen - in einem agitatorischen Rhythmus - so miteinander, daß ein Eindruck von wirklicher Interdependenz, von Identität, jedenfalls von gesetzmäßigem Zusammenhang entsteht. Das schwierige, in der BRD gerade nicht gelöste Verhältnis der Klassenkämpfe „hier", den Befreiungskämpfen in den Ländern der 3.Welt wird als widerspruchslos Vermitteltes hingestellt - die „Selbstorganisation der Gefangenen", die revolutionäre Politik (wohl: der RAF) erscheinen als vermittelt, denn bewegen sie sich nicht "im Rahmen" von Klassen- und Befreiungskämpfen von insgesamt vier Welten? Der proletarische Internationalismus ist die große Sprachformel, die alle faktischen Widersprüche des Verhältnisses von Klassenkampf „hier" und Internationalismus schluckt.

Der Teilsatz "Befreiungs- und Einheitsfront in den Gefängnissen und Kriegsgefangenenlagern der vom Imperialismus beherrschten Teile der Welt" stiftet eine doppelte Gleichschaltung: zwischen „den" Gefangenen hier (= inhaftierte Genossen der RAF!), den Kriegsgefangenen (etwa: gefangenen Nordvietnamesen) dort - in diesem Kontext muß die BRD zu den "vom Imperialismus beherrschten Teilen der Welt" gehören, in anderem Zusammenhang ist sie selbst imperialistische Macht; die zweite Gleichschaltung ist die zwischen "Gefängnis" und "Kriegsgefangenenlager". Die Identifikation mit den Revolutionären der 3.Welt wird mit traditionsgeladenen Begriffen wie Einheitsfront bezeichnet: die inhaftierten Genossen der RAF sind eben nicht nur im Raum, sondern auch in der Zeit, in der Geschichte, den Befreiungskämpfen vermittelt - ihre Isolierung ist Schein. [24]

Daß die Isolierung nur ein Schein sei, wird allerdings nicht gesagt. Ebensowenig wird ein Traditionszusammenhang begrifflich dargestellt ("vermittelt"). Die faktische

Isolierung der Inhaftierten der RAF, ihre Traditionslosigkeit, was die historische „Einheitsfront" der deutschen Arbeiterbewegung angeht, wird gleichsam virtuell, in einer wirklichen Vorstellung, die aber wirklich eine Vorstellung bleibt, überschritten - mit dem Stilmittel der Anspielung, dem suggestiven Hinweis im Ausdruck. [25]

Es entstehen dabei Denk- und Sprachformen, in deren Abstraktheit wesentliche Differenzen dem Blick des Lesers entzogen sind. Wegen der Allseitigkeit der aufeinander verweisenden, bedeutungsschwangeren Assoziationen macht es Mühe, falsche Verflechtungen aufzuknüpfen. Im oben zitierten Satz wird in Sprachgestus und Gedankenführung beispielsweise, was Gefängnisse und Kriegsgefangenenlager angeht, eine Differenz verwischt, die viele Leser für wesentlich halten werden: die zwischen der Einsperrung von Soldaten (im Lager des Feindes, das man, wenn man es eines Tages verläßt, jedenfalls ohne Eintrag in das Strafregister verläßt) und der Einsperrung von Leuten, die nach den Gesetzen des eigenen Landes "straffällig“ wurden (in Gefängnissen, bei denen über die Entlassung nicht durch diplomatische, zwischenstaatliche Verhandlungen entschieden wird). Wobei werden denn Gefängnis-Insassen in aller Regel gefangen - als Soldaten einer Armee während des Feldzugs? und wobei der Soldat im Krieg - bei Einbruch oder Zechprellerei? Wo läge denn eine konkrete Parallele, ja Identität zwischen dem durchschnittlichen deutschen Inhaftierten in den Gefängnissen der BRD und den gefangenen nordvietnamesischen Soldaten in den Lagern der US-Army bzw. der Saigoner Marionettenregierung? Eine Parallele, die ja - sozusagen assoziativ - auch für den nordvietnamesischen Kämpfer und dem Gefängnisdasein des Häftlings in der BRD hergestellt wird.

Wie fast alle Scheingleichungen in den Dokumenten, stützt sich auch diese - Gefängnisse (in der BRD) = Kriegsgefangenenlager - auf Realabstraktionen, d.h. auf wirkliche Geschichte (verringert oder unterschlägt dabei allerdings wesentliche Differenzen), stützt sich auf geschichtliche Tendenzen (verabsolutiert sie freilich - und leistet damit in der Theorie, was die Wirklichkeit des Imperialismus historisch nicht geschafft hat). So unterschied sich das Schicksal des russischen Kriegsgefangenen im Nazideutschland nicht von dem eines russischen Zivilisten im deutschen Gefängnis. [26] Auch für den schwarzen Algerier wird es

in den Jahren des Befreiungskrieges zwischen den beiden französischen Einrichtungen keine Differenz gegeben haben. [27] Für den Vietkong schwand in der Tat die Differenz der beiden Formen von Einsperrung, während sie für den Deutschen in Kriegszeiten groß genug war.[28]

Die Parallele der RAF - Gefängnisse hier, Kriegsgefangenenlager dort - soll suggerieren, daß beide Insassen-Gruppen Feinde und Opfer des Imperialismus sind (und macht dann aus der sogenannten normalen Kriminalität eine Form des politischen Widerstands, vgl. weiter unten).

Sie, diese Parallele, stützt sich auch hier wieder auf wirkliche Tendenzen: Daß Strafgefangene „Putz machen“, Zellen-Einrichtungen zerschlagen, kommt ja vor, Bambule ist keine Erfindung von Ulrike Meinhof, und - zumindest außerhalb der BRD - scheinen sogar Gefangenen-Meutereien eher zuzunehmen (vgl. Italien, Frankreich). Beim Hinweggleiten über wesentliche Differenzen von "Putz machen" und politischem Widerstand wird das Reservoir für den „antiimperialistischem Kampf" sehr groß.

Die Parallele (oder Gleichung) gewinnt an Richtigkeit erst, wenn wir für den Gefängnis-Insassen allgemein spezifische Gefangene einsetzen, einen allerdings in der BRD (und in Mitteleuropa) sehr seltenen Typus: die Inhaftierten der RAF. Sie, als „Insurgenten“ können sich wie Kriegsgefangene fühlen (aber eben nicht als Kriegsgefangene). [29] Wenn sie sich im Gefängnis empören, so hat dies zweifellos den Charakter des politisch motivierten Widerstands. In Dok.3 ist jedoch wenige Sätze vor den eingangs zitierten, sehr allgemein von der "Selbstorganisation der Gefangenen" die Rede; so wird die Differenz zwischen "Insurgenten" und Straffälligen noch an vielen anderen Stellen wieder verwischt. So werden "Sozialisten, Kommunisten, gefangene Arbeiter und Arbeiter am Fließband, im Büro, Schulen und Universität" in einen Zusammenhang unterschiedslos eingefügt: in den Kampf um die "Befreiung des Proletariats von der Ausbeutung“ (Dok. 3,S.17). Erneut soll die über Anspielungen, Affekte, Analogien diffus verhakelte Aufzählung dem Nacheinander den Schein des Identischen, konkret Zusammenhängenden verleihen. Vielleicht soll auch hier der Leser dazu gebracht werden, sich einige Fragen nicht zu stellen: Sind nur Arbeiter gefangen? Und wo Arbeiter Häftlinge sind, sind sie es als Arbeiter? Wie nahe sind denn die Straffälligen der proletarischen Gegengewalt wirklich?

Wissen die was davon? Wollen sie sowas? Die RAF tut hier so, als sei der Knast seit jeher selbstverständlich eine potentielle proletarische Gegeninstitution. In Wirklichkeit gibt es unter der Arbeiterschaft große Ressentiments gegenüber dem Subproletariat, das ja (zum Teil) in den Knästen hockt. [30] Und das Subproletariat selber? Zuhälter und Nutten sind oft "rechts“ und hochkonservativ, Rocker hin und wieder faschistoid; Organisationen wie die „Ringvereine“ der Großstadtkriminellen teilen bürgerliche Formen des (innerorganisatorischen) Verkehrs: autoritäre Strukturen, wichtige rolle von Konkurrenz und Rivalität; manche Trickbetrüger, Fälscher und Diebe sind mit bestimmten Fetischen der bürgerlichen Gesellschaft (als "Konsumgesellschaft“) voll identifiziert: der zentralen Bedeutung des Konsums, des Besitzes von Geld, mit dem Bedürfnis nach Sozialprestige. Zumindest einzelne Genossen der RAF sehen hier zeitweilig klar. In den vom Bundesinnenministerium herausgegebenen „Dokumenten über Attentate anarchistischer Gewalttäter in der BRD", 1974, notiert Gudrun Enßlin (S.164), daß gerade der Knast viele Inhaftierte erst so recht Normen der bürgerlichen Gesellschaft anpasse, daß sich unter den Haftbedingungen die „Unterwerfung“ der Kriminellen erst perfektioniere; warnt vor "Sozialkitsch" oder "Knastkitsch". Aber dieser Realitätsbezug wird dann - auch bei Gudrun Enßlin - bald der Abstraktion geopfert. Im Dokument 29 des Innenministeriums zitiert sie im Zusammenhang des Gefangenenproblems Marx: „Es handelt sich nicht darum, was dieser oder jener Prolet ... oder auch das ganze Proletariat sich als Ziel einstweilen vorstellt, es handelt sich darum, was es ist, und was es diesem Sein gemäß zu tun gezwungen sein wird.“ Erneut öffnet sich ein Denkweg, die für die RAF charakteristische Idee, wonach jeder Abweichende, politischer Opponent, Krimineller, psychisch Kranker eine Gefahr für's „System“ darstelle, vor Realitätskritik zu schützen. (Sie teilt diese Idee übrigens mit dem SPK (Sozialistisches Patientenkollektiv Heidelberg), das in den erwähnten Dokumenten des Innenministeriums nicht zufällig oft in RAF-Zitaten auftaucht.) [31]

Auf S.16 ist die Rede vom "imperialistischen Vollzug" - erneut eine Anspielung und stille Gleichsetzung (Justizwesen usw. als "innere" Erscheinungsform des Imperialismus), die wiederum auf bestimmten Erfahrungen und Kenntnissen beruht, und insofern ihren rationalen Kern hat, aber unter dem Schirm dieser Realitätshaltigkeit die wesentliche Differenz unterschlägt: Natürlich hat das Leben im

Knast etwas von "innerer Kolonisation“, von Unterdrückung, Herrschaft, totaler Kontrolle, der Unterwerfung unter rigide Normen, und erinnert damit daran, daß der Imperialismus, als Extremform von bewaffneter Herrschaft, für viele Menschen der Welt Elend, Abhängigkeit, Gefängnis, ja Tod bedeutet. (Es ist im übrigen denkbar, daß die Härte, mit der der Strafvollzug die RAF-Genossen trifft, für sie alles konkretisiert, was sie vom Leiden der unterdrückten Völker gewußt haben - vielleicht liegt darin eine Grundlage für die Redefigur vom "imperialistischen Vollzug".)

Der imperialistische Vollzug ist mit bedeutungsverwandten Parallelisierungen verwoben: Revolution im Knast, Selbstorganisation der Gefangenen hier; Dekolonisation, Antiimperialismus in den Ländern der 3.Welt. Wir wissen inzwischen, daß alle diese Gleichungen wesentliche Differenzen unter den Teppich kehren sollen - hier sind es die zwischen den betroffenen Teilen der Bevölkerungen. Sehen wir von den kolonialisierten, ausgebeuteten Völkern auf den Knast in den Metropolen: Hatte auch bei den Kolonialisierten die überwiegende Mehrzahl des Volkes das Wertsystem der Herrschenden geteilt, wie das ganz ohne Zweifel für die meisten Insassen des Knasts gilt? Hatten 80% der von den imperialistischen Armeen und Kapitalisten unterworfenen Völkern in Asien, Afrika, Lateinamerika die Chance, die Kolonialisierung und Ausbeutung zu vermeiden, wie in der BRD der Knast ja doch von der großen Mehrheit vermieden werden kann? Werden die Kolonisierten nach so und so viel Jahren entlassen, wird ihr Schicksal zur Bewährung ausgesetzt?

Die unterworfenen Völker sind, wie die Geschichte lehrt, durchaus eine revolutionäre Potenz. Und die Insassen der Gefängnisse in der BRD? Auch für diesen Zusammenhang hat die Protestbewegung 1966 - 1969 eine Leiter aufgestellt, von der aus die leere Höhe dieser Abstraktion erklommen worden sein mag: die sogenannten Randgruppen-These, die ihrerseits auf Marcuses one-dimensional-man zurückgeht. Wie bekannt, haben Genossen der RAF vor ihrer Illegalisierung mit solchen Randgruppen, z.B. Fürsorge-Zöglingen, gearbeitet. Es wäre jedoch falsch, anzunehmen, die sog. gewöhnliche Kriminalität, wie sie die Gefängnisse der BRD füllt, sei eine Art Naturform des politischen Widerstandes, ein halb entglittener Emanzipationsprozeß. Sie ist in der Regel als eine Umkehrung bürgerlich-kleinbürgerlicher Bedürfnisse und Verkehrsformen vom politischen Widerstand eher weiter entfernt als das durchschnittliche Bewußtsein es ist (und damit - in der Regel! - unfähig zu jenem Bewußtsein, das die soziale Situation auch in der BRD als strukturelle Ausbeutung - und partielle "Kolonialisierung" - zu erkennen in der Lage ist. [32] Viel eher dürfen wir umgekehrt den politischen Widerstand als bewußt gewordenen und damit verwandelte Form jenes Nicht-mehr-Wollens (oder Nicht-mehr-Könnens) betrachten, das sich auch in der Biografie des Diebes oder Betrügers nachweisen läßt.

Die Gleichung Knast = 3.Welt wird in Dok.3 auf S.18 präzisiert:

"(..) dem Versuch, die Gefängnisse in ihrer Abschreckungs- wie in ihrer Menschenvernichtungskapazität zu strategischen Lagern ausbauen, die der strategischen Funktion von Wehrdörfern in den Ländern der dritten Welt, wo antiimperialistische Befreiungskriege geführt werden, entsprechen...“

Eine strategische Funktion dieser Wehrdörfer war es, Gruppen der Bevölkerung in einer für sie fremden, neuen Umgebung zu konzentrieren, um damit Kontakte mit dem Feind der US-Armee, den organisierten Partisanen, zu verhindern, dem Fisch

das Wasser zu entziehen, in dem er schwimmt. Wir können von einer desintegrativen Strategie sprechen. Eine solche „desintegrative" Funktion hat das Gefängnis -, das Justizwesen in der Geschichte der bürgerlichen Gesellschaften insofern gehabt, als es zur Trennung des Volkes - in ein "Proletariat" und ein „Subproletariat“ - beitrug (s.o.) und überdies die Militanten, Rebellen usw., die sich den Normen des entstehenden Kapitalismus nicht beugen wollten, vom Volk separiert hat. Statt der Bevölkerung in isolierten Dörfern wurden jedoch die Rebellen in den Gefängnissen "konzentriert". Die Gefängnisse nahmen außerdem, wie Asyle, Irrenhäuser, Arbeitshäuser (vgl. Dok.2,S.2) Personen auf, die nicht in der Lage waren sich sozial zu integrieren. die es einfach nicht schafften, obwohl sie vielleicht z.T. wollten. In neuerer Zeit gewannen Gefängnisse eine zusätzliche, nun aber nur noch stabilisierende, integrative Funktion für die bürgerliche Gesellschaft: diese braucht den general-präventiven, d.h. allgemein abschreckenden Charakter der vollzogenen Strafe, um Bevölkerungs-Mehrheiten von Delikten abzuhalten, d.h. um sie sozial zu integrieren. [33]

Die Parallele Gefängnis/Wehrdörfer hat keine reale Grundlage - es sei denn in gewissen Erfahrungen inhaftierter Genossen: ist ihre Isolierung nicht etwas, was aus den übrigen Teilen des Gefängnisses ein Wehrdorf macht? Oder soll damit angedeutet werden, das Gefängnis entzöge dem Stadtteil potentielle Militanten -oder jedenfalls "Sympathisanten", unter denen der Stadtguerilla draußen lebt?

B. Gesellschaft = Knast

Was die Erfahrungen in Knast, Gefangenenlager, imperialistischer Unterdrückung auf einer Ebene des Erlebens vergleichbar macht, ist die Gewalt, in der die sozialen Beziehungen jeweils geregelt werden, ist das - wiederum durch Gewalt erzwungene und institutionell gestützte - Gefälle vom "Herrn" zum "Knecht". Gewalt ist auch ein Konstitutionsprinzip der bürgerlichen Gesellschaft. Der Satz: im Knast komme diese Gewaltform der bürgerlichen Gesellschaft roh, d.h. „rein“ (von humanen Bedenken, von Verschleierung) zum Ausdruck, ist richtig, aber nur unter einer Bedingung: daß der, der diesen Satz spricht, zugleich darauf besteht, daß die bürgerliche Gesellschaft mehr ist als ihr Knast, d.h. auch mehr als pure Gewalt. Der vergleichbare Satz: im Knast zeige sich die („tendenzielle“) Heteronomie der bürgerlichen Gesellschaft, d.h. die (Vor-)Herrschaft fremder Zwecke über das Leben der einzelnen, besonders roh, d.h. "rein" von der Möglichkeit zur Selbsttäuschung der Betroffenen z.B., ist wiederum nur richtig unter einer Bedingung - die wir jetzt so formulieren können: roh, d.h. "rein", zeigt sich die Gewalt im Knast von der Chance (tendenzieller) Autonomie, die dieselbe

bürgerliche Gesellschaft für ihre Glieder "draußen" eben doch offenhält.

„Die Loyalität des Volkes zu erzwingen, (..), es vom Kampf gegen das System noch abzuhalten, sehn sich die Schweine in den Gefängnissen gezwungen (..) um die Zustimmung der Gefangenen (..) zu werben.“ (Dok. 3,S.18)

„Zahlenmnäßig und intellektuell ist das Volk den Faschisten noch allemal überlegen. Was uns lähmt, ist die Tatsache, daß alles, was an Widerstand bisher in den Knäste gelaufen ist, vereinzelt gelaufen ist." (Dok.3, S.19)

Indem die RAF in solchen Parallelen und Analogien redet, hat sie durch Liquidierung der wesentlichen Details die Gesellschaft vollends zum Knast gemacht. Unversehens sitzt das ganze Volk im Bau. Auf die allgemeine Aussage: "Zahlenmäßig und intellektuell ist das Volk den Faschisten noch allemal überlegen", folgt nicht: "Was (uns) lähmt, ist die Tatsache, daß alles, was an Widerstand bisher gelaufen ist, vereinzelt gelaufen ist", sondern es heißt: „alles was an Widerstand bisher in den Knästen gelaufen ist ...", so als ginge Revolution, Antifaschismus per def. vom Knast aus oder als sei die revolutionsschwangere, aber noch nicht revolutionsbereite Gesellschaft (das Volk, das den Faschisten überlegen ist) endgültig in den Knast verlegt. Ebenso: "Um die Loyalität des Volkes zu erzwingen", machen "die Schweine in den Gefängnissen" das und das. Gesellschaft wird zum Knast (und später, der Knast zur Gesellschaft), indem wesentliche Merkmale des Knasts unterschlagen, bzw. in die Gesellschaft hineinverlängert werden: - die totale Kontrolle aller Lebensäußerungen (vgl. Verkehrsform Hungerstreik, S. 2) ist aber nicht einmal in der autoritär strukturierten bürgerlichen Familie möglich oder erwünscht (gewesen); - Die wirkliche Isolierung der Gefangenen - am schlimmsten in der Einzelhaft, in der U-Haft also allemal, kommt eben "draußen" nicht vor. Gewiß, auch die Genossen "draußen" sind "isoliert" - aber sie sitzen dabei in Kneipen und machen Wohngemeinschaften; - die wirkliche Heteronomie und Abhängigkeit trifft eben nur die Gefangenen. Die Arbeiter sind auch „abhängie und fremdbestimmt", aber sie wechseln dabei doch mal ihre Stelle, streiken oder wählen Vertrauensleute ab.

In den Dokumenten der RAF geht das Denken und gehen die Affekte zwischen beiden Sphären: "draußen" und „drinnen", bürgerlicher Gesellschaft und Knast, hin und her, als wären die Wände, die den Gefangenen einschließen, nur Schein. Dem hastigen Blick der RAF, der nur Übereinstimmungen sucht und Differenzen nicht sehen will, der sich für die komplexe und konkrete Beschaffenheit von Lebensumständen und -regionen trübt, aber für Identitäten von Gesellschaft und Knast, von "draußen" und "drinnen" sich schärft - diesem Blick erscheinen die Analogien seiner Abstraktion als Homologien - das, was sich nach der Verwischung wesentlicher Details und Differenzen so ähnlich geworden ist, gilt als strukturgleich in der Konkretion Das pars-pro-toto-Denken, das fortwährend Extreme totalisiert: = die bürgerliche Gesellschaft ist nichts als unterdrückende Gewalt, ist "Knast", weil der Imperialismus, den erstere gezeugt, hat, ein gewaltsam unterdrückendes System ist; und alle Unterschiede liquidiert: = die Polizei in der BRD ist dasselbe wie die SS in Dachau oder die US-Army in Vietnam, begräbt mit dem dialektischen Denken zugleich die "Stofflichkeit", die Materialität der Phänomene unter sich, über die es assoziert. Für die RAF ist die Gesellschaft Knast, Knast ist alles, und die sehr stoffliche Frage wird nicht gestellt, ja nicht mehr gesehen: Warum dann fast alle Insassen des Knasts, solange sie überhaupt noch hoffen, nach draußen wollen, es für sie überhaupt kaum einen "Wert" gibt, der größer wäre als der: wieder in die Gesellschaft entlassen zu sein, und warum umgekehrt fast keiner von denen da „draußen" sich wünscht, im Knast zu sein, geschweige denn, dies würde sein verzehrender Wunsch.

Exkurs zum Faschismus (Gesellschaft = Knast = Faschismus)

Kaserniert in den Gefangenenlagern des Extrems gilt der RAF eine Extremform der bürgerlichen Gesellschaft, der Faschismus, als auf den Begriff gebrachte bürgerliche Gesellschaft. Das Extrem steht für seine Geschichte, es löscht vorgängige Alternativen aus. In Wirklichkeit ist die bürgerliche Gesellschaft als Liberalismus z.B. oder als demokratische Republik nicht aus Hitler ableitbar, sondern nur umgekehrt Hitler ableitbar aus der Realisierung bestimmter Entwicklungsmöglichkeiten der bürgerlichen Gesellschaft. Für die RAF aber, die mit dem Extrem auskommt und weiter nichts wissen will, herrscht auch heute, da bürgerliche Gesellschaft, Faschismus. Eine Gesellschaft, die den Faschismus hervorbringen kann, ist immer schon faschistisch, alles Dagegensprechende ist Verstellung. So ist auch die Form des Widerstandes, die die RAF neben dem antiimperialistischen Kampf noch kennt, der Antifaschismus.

"Die westdeutsche Linke könnte an ihr (der Aktion des Schwarzen September in München) ihre politische Identität wiederfinden - Antifaschismus - Antiautoritäres Lager - Antiimperialistische Aktion ..." (Dok. 1, S.3)

Das "System" ist als faschistisches allgegenwärtig in den Publikationen der RAF, ein Kapitel in Dok.1 ist überschrieben mit: Der Faschismus, die aktuelle Gegenwart ist damit gemeint. Schlichte Definitionen sind aber nicht die einzige Weise, auf die die RAF unsere Gesellschaft faschisiert; auch hier: eine subtile Technik der Anspielung suggeriert faschistische Verhältnisse (allerdings nur für jemand, der die Anspielung versteht):

"Und drin (im Knast) nochmal die Rampe: der ist noch resozialisierbar ..." (Dok. 2, S.2)

Vor die "Rampe" wurden in Auschwitz die Opfer angefahren - ein Arzt stand auf ihr und hatte zu entscheiden, wer als Arbeitskraft noch brauchbar sei und wer nicht. In Dokument 3 ist auf S.16 von „Menschenexperiment" , auf S.18 von „Menschenvernichtungskapazität" (für die Gasöfen in Auschwitz wurde diese Kapazität berechnet) die Rede - bezogen auf den heutigen Strafvollzug. Im Mahler-Text heißt es auf S.17, entlassene Gastarbeiter würden "deportiert" (statt „abgeschoben").

Im Klartext hört sich das so an:

"Unsere Isolation j e t z t und das Konzentrationslager d e m n ä c h s t - ob nun unter der Regie von grünen oder weißen Terrortrupps - kommt raus auf: Vernichtung - das Vernichtungslager – Reformtreblinka (!) - Reformbuchenwald – die 'Endlösung'. So sieht's aus." (Dok.2, S.4)

Anspielungen und Verweise, offene Definitionen und Gleichsetzungen stammen methodisch aus jener Denkform des "Etrem pro toto", der totalisierenden Extremisierung als einer Form des „Steckenbleibens in der Abstraktion", inhaltlich aus demWunsch nach Verankerung in Tradition und realer Bewegung. [34] Für den aber, der Differenzierungen doch noch sieht, laufen alle die Anspielungen und

Definitonen auf einen bösen Zynismus gegenüber den wirklichen Opfern des Nazismus hinaus.

Ferner: verliert nicht jeder wirkliche Widerstand gegen kapitalistische Ausbeutung Sinn und Fähigkeit zur Alternative, wo die Differenzierung zwischen Streß am Arbeitsplatz, Autounfall [35] , Isolation im Knast und politisch organisiertem Massenmord zu einem - bei Strafe des Verlustes revolutionärer Reputation - verbotenen Gedanken wird?

Die totalisierenden Extremisierung wäre polemisch so zu veranschaulichen: Da er die Leute doch nur dazu qualifiziert, die BILD-Zeitung zu lesen, scheißt die RAF auf den Alphabetismus. Sie vergißt: der Alphabetismus qualifiziert die Leute auch dazu, z.B. Marx zu lesen - oder eine Erklärung der Stadtguerilla.

C. Exkurs zum Reformknast

(Gesellschaft = Knast; Reform des Knasts durch die Gesellschaft = Verknastung des Knasts)

„Der Aufwand, den der Imperialismus treibt, um seine Herrschaft zu halten – von seinen Militärbündnissen (...) bis zur Psychologisierung, der Reformscheiße in den Knästen ...“ (Dok. 3, S.18)

"Wogegen wir kämpfen (...) gegen den Behandlungsvollzug, den Gehirnwäschevollzug, der als Reform verkauft wird," (a.a.O., S.21)

Weil die Gewaltform des Imperialismus übermächtig und allgegenwärtig, der Zusammenhang der Unterdrückung lückenlos sein muß als der Achse, um die sich die Identitäten von Knast = 3. Welt, Gesellschaft = Knast = Faschismus (und RAF = Befreiungskämpfer der Dekolonisation) drehen, weil allein eine perfekte Inhumanität des Systems es rechtfertigen könnte, die Details abzuschaffen, darf eines nicht zugelassen werden: Gefängnisreform.

Die Reformbestrebungen des Strafvollzuges waren immer auch angeleitet von der Frage nach der Person des Täters, seinen Motiven, Gedanken, Chancen und Alternativen („Psychologisierung“). Eine der wenigen realisierten Absichten der Reformer, der § 51 StGB, d.h. die Frage nach der Zurechnungsfähigkeit eines Täters brachte in der Tat die Psychiatrie in den Strafvollzug. Daß Resozialisierung eines „Straffälligen" u.U. Behandlung (z.B. Psychotherapie) voraussetzt ("Behandlungsvollzug“), daß der Knast nicht nur die grundrechtlich garantierte Würde des Menschen mit Füßen tritt, sondern die Entwicklung individueller Produktivkräfte verunmöglicht, sind Überlegungen, die gleichfalls der Psychologie, der Heilpädagogik, der Psychoanalyse Zutritt zu den Haftanstalten verschaffen sollten.

Es ist ziemlich sicher, daß diese und verwandte Reformen keine Chance haben (und nie hatten), den Alltag, die Grauzone des Strafvollzugs zu humanisieren. Sie blieben beschränkt auf eine winzige Anzahl von Experimenten. und auch diese waren und sind von Geldmangel, von örtlichen und personellen Zuständen, vom schlechten Willen in der Administration, von öffentlichem Druck u.a. ständig bedroht. Leute wie der hessische Generalstaatsanwalt Bauer sind für Reformen eingetreten, Befürworter der Todesstrafe, wie der frühere CSU-Justizminister Jaeger (aber auch der Kölner Soziologe Scheuch) hätten am liebsten die Reformer selbst kriminalisiert. Jetzt haben sie eine Verstärkung von unerwarteter Seite gefunden, von der RAF:

„(...) sehn sich die Schweine in den Gefängnissen gezwungen mit Tricks und Manipulation, mit den Mitteln der Verkaufswerbung und psychologischen Kriegsführung um die Zustimmung der Gefangenen, ihre Kollaboration, ihre Mitarbeit an ihrer Zerstörung durch Psychiatrisierung, Gehirnwäsche, Vernichtung ihres Selbstbewußtseins zu werben, weil sie anders nicht mehr sehen wie sie die Unruhe in den Gefängnissen unter ihre Kontrolle kriegen können." (Dok.3, S.18)

Freilich wird der Wortsturm gegen die Reformscheiße im Knast von der RAF aus anderen Gründen entfacht als von Scheuch und Konsorten: wo der bürgerliche Staat, wo sich der Imperialismus zu Reformen anschickt, können diese nur besonders bösartige „Tricks" (s.o.), nur Manipulation, nur Herrschaftstechnik sein. (U.a. wird angeblich das Selbstbewußtsein - unter Mithilfe der betroffenen Gefangenen - vernichtet; man weiß nur nicht recht, wo der Gefangene Selbstbewußtsein her hat, wo er doch vorm Knast in einem Milieu von Resignation, Lethargie, Depression, Agonie, unter Kranken und Selbstmördern, vegetierte; Dok.3, S.17) [36] Die RAF behauptet, der Imperialismus könne die "Unruhe in den Gefängnissen" anders nicht mehr unter Kontrolle halten (s.o.) - so weit wir wissen, kann die Staatsgewalt sich dank der Organisation des Strafvollzugs, dank also auch der wirklichen Kollaboration zwischen bestimmten einflußreichen Gefangenen und Vollzugsbeamten, wohl noch lange auf pure Unterdrückung stützen. Die Staatsgewalt, die von Psychologie usw. ebensowenig hält wie die RAF, verstärkt im übrigen ihr hypertrophes Sicherheitsbedürfnis durch bauliche Veränderungen im Knast - mit Sichtblenden, "Hofgang" auf betonierten Balkonen usw. Die RAF weist selbst auf den Einbau eines neuen Zellentyps hin:

„Die neuen camera-silens-Zellen mit Dauerhitze, Dauerton und tv-Überwachung (...) in Berlin-Tegel, Bruchsal, Essen, Köln, Straubing“ (Dok.3, S.14).

Andererseits sind die Reformideen gutwilliger und vernünftiger Leute seit Jahrzehnten nicht ganz ohne Einfluß auf Gefängnisdirektoren, Vollzugsbeamte- und Häftlinge geblieben, und wie die gelegentliche Existenz von „Gefangenen-Räten“ andeutet, blieb auch die Idee der Mitbestimmung und Selbstverwaltung nicht ohne Einfluß auf den Knast. Insofern mag es in der Tat auch im Knast schwieriger geworden sein, totale Kontrolle zu etablieren und die Herrschaft von law and order über alle Zweifel hinaus zu sichern. Es gibt deshalb mit Sicherheit einen Personenkreis auf der Seite der Staatsgewalt, der sich - sehr zögernd - mit Reformen, mit der Humanisierung und - in Gottes Namen - "Psychologisierung“ des Strafvollzugs befaßt, weil er hofft, sie - im Sinne der RAF-Kritik - manipulativ zu nutzen. Aber gerade diese "Fraktion" in der für den Knast etc. zuständigen Bourgeoisie (eine "Fraktion" also in Justizministerien, Innenministerien, Parteien, Gefängnis-Administrationen usw.) muß, weil sie nur in Termini von Gesetz und

Ordnung, von Staatssicherheit zu denken in der Lage ist, Humanisierungen und "Psychologisierungen" im Strafvollzug auch wieder bremsen. Diese sind letztlich schwer kalkulierbar, können immer „nach hinten losgehen“.

Wie üblich, enthalten die wilden Verallgemeinerungen der RAF einen rationalen Kern, der schlimm genug bleibt, auch wenn man ihn seiner Mystifizierung entkleidet. [37] Es gibt aber neben der genannten „Fraktion“ wenigstens noch zwei „Interessen-Gruppen", von denen die RAF nicht spricht: einmal Personen, die den Strafvollzug wahrhaft humanisieren wollen, ohne irgendeinen staatshörigen Hintergedanken, (wie etwa: Reformen, um die Leute im Knast ruhig zu halten), und die sich schwer genug tun; zum anderen Personen, die den Strafvollzug verändern wollen, weil die hohe Rückfallquote unter den Inhaftierten sie beunruhigt - vielleicht Technokraten, die sich mit einer zu geringen Effizienz von Einrichtungen nicht abfinden können, auf einem rationalen Verhältnis zwischen Aufwand und Ertrag bestehen müssen, sozusagen aus Prinzipien bürgerlicher Rationalität (die keineswegs auch das Prinzip des Imperialismus sein muß) Diese Personengruppen sind es, die heute befürchten, der Staat nutze die radikale Forderung der RAF nach „revolutionärer Gefangenen-Selbstorganisation“ aus, um Reformen bis zum St. Nimmerleinstag zu verschieben.

Es gibt genug Linke, die von der Zukunft die Abschaffung der Gefängnisse fordern. Aber gerade wegen der Unmenschlichkeit (und Ineffektivität) des Strafvollzugs, wegen der Menschenopfer, die der Knast verschlingt, hätten wir gern gleich, heute, ein „schwedisches Modell“ [38], einen wirklichen Reformknast, ohne Verzicht auf die Hoffnung, zukünftig möge die weitergehende Forderung nach der Abschaffung des Knasts gesellschaftlich möglich werden.

Da aber die pure Gewalt in der Abstraktion der RAF die Achse ist, um die sich alles dreht, noch die Reform höchstens eine trügerische Version imperialistischer Unterdrückung sein kann, heißt ihre, der RAF, Antwort auf den Vollzug nicht: Reform, sondern: Gegengewalt, nicht Humanität, sondern Härte. Der Gleichung Knast = 3. Welt, Gefangene = Befreiungskämpfer, wird mit dem Härte-Postulat sozusagen eine zweite Achse eingezogen;

„Dagegen steht die RAF - ihrer eigenen Sache so sicher, wie die Völker der III. Welt, weil sie deren Führungsanspruch anerkennt, weil sie weiß, daß der Kampf nur mit der Härte geführt werden kann, wie die ihn führen“

„(...) daß eben diese Härte, nur die Härte, mit der die Völker der III. Welt den Kampf führen, zum Ziel - zu ihrer Befreiung führen kann ...“ (Dok.1, S.12)

Die Völker der 3. Welt würden ihren Kampf wohl lieber mit geringerer Härte führen [39] - gewiß haben sie wenig Grund, Härte so zu glorifizieren, wie die RAF das tut. Diese Glorifizierung hat etwas Verzweifeltes, sie ist ja zu Anteilen von der Abstraktion erzwungen, die in der puren und lückenlosen Gewalt des Imperialismus alle Differenzierungen untergehen lassen muß. Auch der Knast differenziert nicht. Der inhaftierte RAF-Genosse reagiert darauf einfühlend und nachahmend, schließlich mit Identifikation; er projiziert nach außen bzw. übersetzt in Forderungen, die er zu seinen eigenen macht, was ihm im Knast widerfährt. Im Knast herrscht Gewalt, Kontrolle und fehlt fast jede Differenzierung (nach Bedürfnissen, Motiven, Personen, Situationen) - wie anders als durch partiale Selbstverdrängung von Bedürfnissen („weicheren“, erotischen) soll der Gefangene sich behaupten? Aber Knast - Knast ist

Gesellschaft, Gesellschaft ist Knast: es ist gar nicht mehr zu akzeptieren, kaum noch zu verstehen, daß Genossen noch in Freiheit leben wollen:

„Daß es Genossen gibt, die sich selbst zu schade dafür sind, schon in diesem Anfangsstadium der 'Reife' (= der revolutionären Situation, d.V.) ihr Leben und ihre Freiheit zu verlieren (...) beweist, wie groß die Anziehungskraft des Systems in den Metropolen noch ist.“ (Dok. 1, S.13)

Groß ist nicht die Anziehungskraft des Systems, sondern die Anziehungskraft des Lebens, des Lebens in der (relativen) Freiheit, die der Knast den inhaftierten RAF-Genossen genommen hat.

D. Knast = Gesellschaft

Ist die Gesellschaft erst mal verknastet, draußen = Knast, sind es die gleichen - wenigen Prinzipien imperialistischer Gewalt, die "drinnen" und in der bürgerlichen Gesellschaft alle Verhältnisse regeln, so ist logisch der Knast "wie draußen“, Knast = Gesellschaft. Die Revolution verlegt ihren Ort:

„(...) den Kampf um ihre Erfüllung (= der Bedürfnisse der Gefangenen, d.V.) auf die Tagesordnung setzen heißt nichts anderes als den Kampf um die soziale Revolution (...) auf die Tagesordnung setzen." (Dok. 3, S. 20).

Die RAF ist die externe (d.h. isolierte) Avantgarde, ohne die soziale Revolution angeblich nicht sein kann:

"Politische Gefangene als der bewußteste Teil der Gefangenen und somit der Hebel (...)“ (aus einem sonst nicht benutzten Dokument, "Diskussionspapiere Januar 1974“). [40]

Die Gefangenen sind klassenanalytisch die Träger der Revolution: nämlich gefangene Arbeiter; sie haben wirklich nichts mehr zu verlieren als ihre Ketten (Dok. 3, S.16 und 22). Sie sind „eigentumslos wie wir“ (die RAF) - zwar blicken viele noch nicht durch - aber die Tatsache, daß Ketten wirklich das einzige sind, was sie „haben“, daß ihnen neben den gesellschaftlichen Produktionsmitteln auch das bescheidene persönliche Eigentum des gewöhnlichen (bestochenen?) Arbeiters abgeht, rückt die Gefangenen ganz klar in die Position der radikalsten Revolutionäre. Es handelt sich ja nicht darum, was dieser oder jener Gefangene sich einstweilen vorstellt sondern ... Diese Interpretationen setzen zwar nicht die Verhältnisse, aber doch Worte in Bewegung, die Geschichte der Arbeiterbewegung wird umformuliert, in Knast transponiert:

"(...) Erst die Revolution, d.h. die Zerschlagung des kapitalistischen Staats wird auch die Abschaffung der Gefängnisse bringen. Mit anderen Worten: Es kann die Befreiung der gefangenen Arbeiter nur die Befreiung aller Arbeiter sein.“ (Dok.3, S.22)

Der Kampf der inhaftierten Genossen für die „elementaren politischen Rechte der gefangenen Arbeiter (Dok. 3, S.20) - fast möchte man "gefangenen" einfach in Klammern setzen - für die "Stärkung der kollektiven Macht der Gefangenen“ (a.a.0.), die „Selbstorganisation der Gefangenen“ hat es mit den aus der Geschichte der Arbeiterbewegung bekannten Hauptgegnern zu tun: dem Kapitalisten, der die Arbeiterklasse ausbeutet, zersplittert und z.T. besticht, den Reformisten, die den Arbeiter nur sozial integrieren und objektiv Lakaien des Kapitals (wenn nicht gar Sozialfaschisten) sind:

„(...) gegen alle Versuche des Vollzuges, die Gefangenen durch verschärfte Repression oder Vergünstigung gegeneinander auszuspielen, einen Keil zwischen die verschiedenen Initiativen der gefangenen Arbeiter zu treiben.“ (a.a.O., S.21)

"Anstatt den Klassenkampf zu verschärfen, anstatt den Kampf in Gefängnissen (...) zu unterstützen", propagieren reformistische Organisationen „draußen“ „Klassenversöhnung und Kollaboration“ (a.a.O., S.21)

"Daß jeder Gefangene zu begreifen hat, daß er von dieser Klasse nichts zu erwarten hat" (a.a.O) - es bleibt im Text der RAF allerdings unerkennbar, welche Klasse sie hier eigentlich meint.

Im Kontext des Dok.3 (S.21) scheinen es einerseits die Reformschweine zu sein (d.h. Leute, die auf Knastreform bestehen, in den Worten der RAF: „auf Ersetzen der einen Justizmaske durch die andere"), zugleich aber „Kolonialschweine“ - das sind nun nicht, wie man erwarten könnte, die Imperialisten, sondern „alle, die sich den Kampf in den Gefängnissen unter den Nagel reißen", also Linke, schuldig der "Taktiererei, Spaltung, Fraktionsgezänk, Dogmatismus, Pazifismus“ (alles Dok.3, S.21), kurz alle anderen linken Gruppen, Zirkel und Parteien außerhalb der RAF. Auf irgendeine Weise, die nicht näher benannt wird, machen die sich der schlimmsten reformistischen Verräterei schuldig, nämlich:

"Anstatt den Klassenkampf zu verschärfen, (...) anstatt die kollektive Macht durch Selbstorganisation zu unterstützen, schustern sie dem Unterdrückungsapparat die Argumente zur effizienteren Reorganisation des Repressionsapparats zu." (Dok.3, S.21)

- kurz, wie wir oben schon sagten: objektiv Handlanger des Imperialismus. [41]

Das Ziel dieser Gefängnis“bewegung“ ist die Neukonstituierung der bürgerlichen Gesellschaft im Knast:

„W i r k ä m p f e n f ü r:
(...)
5. Selbstverwaltung durch Wählbarkeit in alle Funktionen
(...)
7. Versammlungsfreiheit ohne Bewachung
(...)
14. Freie politische Information aus allen in- und ausländischen Publikationen und Medien (...)“

- ferner für: Freie Selbstorganisation der Gefangenen, Anspruch auf Ausbildung und Arbeit, Rente und Krankenversicherung etc. pp. [42]

Wir verweisen auf diese Forderungsliste nicht, weil wir ihre Erfüllung den Gefangenen vorenthalten wollten - im Gegenteil, sie wäre ja endlich eine einschneidende Reform des Strafvollzuges, ließe sie sich durchsetzen. Wir verwenden diesen Konjunktiv („ließe sie sich durchsetzen“) nicht, um damit das anzudeuten, was wir alle wissen: daß nämlich der Kapitalismus sie nicht erfüllen wird, sondern um fortzufahren: - und das wird lange Kämpfe und Auseinandersetzungen erfordern. Am Ende sind wir mit der RAF einer Meinung: die wirkliche Lösung dieses Problems bringt nur die Revolution.

Wie eigentlich wollen die RAF-Genossen dafür kämpfen? Es ist klar, daß sie - im Knast - jedenfalls versuchen müssen, unter und mit den Gefangenen etwas zu tun. Die Voraussetzung dafür wäre die Aufhebung der Isolation. Nun stammt der revolutionäre Aufruf zur Neukonstituierung einer bürgerlichen Gesellschaft im Knast aus der Hungerstreik-Erklärung der RAF; der Hungerstreik soll die Aufhebung der Isolation erzwingen. Warum liefern die Genossen in ihrer "Erklärung" dann der Staatsgewalt jede nur mögliche Handhabe, sie in der Isolation zu belassen, eine „politische“, "revolutionäre" ("Massen"-)Arbeit, oder wie die RAF das nennen mag, bzw. schlichte Kontaktaufnahme unter den anderen Gefangenen, zu unterbinden - indem sie laut ausposaunen, daß sie alles umstürzen wollen?

Eine quälende Frage, wenn man an die Lage der hungernden Genossen denkt. Rechnen sie mit einer Volkserhebung, die dem Staat die Aufhebung der Isolierung (und Chancen für revolutionäre Politik im Knast) anzwingt, d.h. nehmen die Genossen an, sie formulierten in ihrer "Erklärung" nur Parolen, die in den Massen längst auf offene Artikulierung warten? Wird es ein Volk sein, drinnen und draußen? Erhoffen sie sich von der untaktischen, wilden Offenheit neuen Zulauf aus dem Reservoir der Linken in der BRD? Zulauf, wohlgemerkt, in die Knäste hinein, denn der Revolutionär kann (soll) dem Knast, dem Inbegriff der Gesellschaft, letztlich nicht entgehen:

"Wir wenden uns mit unseren Forderungen an Euch, Genossen! (...) Wir verlangen von Euch, unsere Forderungen zu unterstützen, durchzusetzen - jetzt - wo Ihr's noch könnt, bevor Ihr selbst Gefangene seid!" (Dok.2, S.5)

Anm. 1) So zumindest sah es sich für uns, von uns aus, an. Welche Bedeutung hatte und hat die neue Linke für die Revolutionäre in der 3.Welt tatsächlich?

Anm. 2) Dafür gibt es natürlich eine Reihe von "inneren Gründen": gezielte staatliche Repression und Reformpolitik, enorme Schwierigkeiten bei Versuchen, die Revolte "in die Bevölkerung" zu tragen; ein "äußerer Grund", der aus dem 3.Welt-Zusammenhang herausfällt, wäre die Auslöschung des Prager Frühlings.

Anm. 3) Marx hatte schon in der "Deutschen Ideologie“ geschrieben: „Es versteht sich, daß die große Industrie nicht in jeder Lokalität eines Landes zu derselben Höhe der Ausbildung kommt. Dies hält indes die Klassenbewegung des Proletariats nicht auf, da die durch die große Industrie erzeugten Proletarier an die Spitze der Bewegung treten und die ganze Masse mit sich fortreißen, und da die von der großen Industrie ausgeschlossenen Arbeiter durch diese große Industrie in eine noch schlechtere Lebenslage versetzt werden als die Arbeiter der großen Industrie selbst. Ebenso wirken die Länder, in denen eine große Industrie entwickelt ist, auf die plus ou moins nichtindustriellen Länder, sofern diese durch den Weltverkehr, in den universellen Konkurrenzkampf hineingerissen sind.“ (MEW 3, S.61)

Nach der II.Internationale, die, als Verband von Patrioten, tatsächlich Überlegungen darüber angestellt hat, ob nicht Kolonien eine ganz nützliche Sache für das Proletariat sein könnten, die niemals internationalistisch im ernst zu nehmenden Sinne gewesen war, trug die III. Internationale, als sie, zu ihrem Beginn, durchdrungen war vom Phatos der russischen Revolution und die Parteiverwalter dieser Revolution noch auf deren weltweites Echo hofften, den sozialistischen Internationalismus zu einem erneuten (kurz währenden) Höhepunkt. Die Dekolonisierung nach dem 2. Weltkrieg gab dann neue Impulse, die bis in die oben geschilderten Erlebnisweisen der Studentenbewegung von sozialistischem Internationalismus einwirkten.

Anm. 4) Der Internationalismus-Verlust ist aber natürlich nicht der einzige Grund für das Parteigründungsfieber.

Anm. 5) Die Gruppe heißt: Tat und Gedanke. Cajo Brendel hat eine Reihe von Schriften im Karin-Kramer-Verlag, Berlin, publiziert. Die Schwarzen Protokolle brachten in ihrer Nr.4 eine Kritik von ihm an Lenins "Kinderkrankheit ...“

Anm. 6) In Westberlin gab es 1970 - 72 eine linkskommunistische Gruppe, die zwei Folgen der Zeitschrift: „Die soziale Revolution ist keine Parteisache“ (1971/ 72) herausgab und sich oft auf Mattick bezog.

Anm. 7) Unter dem Titel: Dritte Welt: nationale Befreiungsbewegung oder Sozialismus? brachten wir in Nr.124 der Schwarzen Protokolle eine Kritik der Vorstellungen der Group Solidarity zu diesem Thema.

Anm. 8) „Der kubanische Kampfruf 'Vaterland oder Tod' oder, um mit Marcuse zu sprechen, 'Chinas Weg zur kommunistischen Großmacht' sollten den Arbeitern und Studenten der kapitalistischen Länder genauso fremd und verhaßt sein wie die

imperialistischen Aktivitäten der eigenen Bourgeoisie.“ („Arbeitsteilung und Klassenbewußtsein" in: "Die soziale Revolution ist keine Parteisache“, Nr.2, S.129)

Anm. 9) "Kleinbürgerlich ist die nationalstaatliche Borniertheit der opportunistischen Linken, die nicht erkennt und nicht anerkennt, daß die Avantgarde der antiimperialistischen Revolution die Völker der 3.Welt sind und daß der Kampf in den Metropolen der Kampf der internationalen Brigaden ist für den Sieg im Volkskrieg von Quang Tri und Hué, Palästina, Libanon, Angola, Mozambique, Türkei oder überhaupt nicht stattfindet.“ ("Die Aktion des Schwarzen September in München - Zur Strategie des antiimperialistischen Kampfes“, Flugschrift der RAF, 1972, S.17).

Anm. 10) Hervorhebungen in Zitaten durch Unterstreichung sind von uns, g e s p e r r t Gedrucktes ist von den Autoren selbst hervorgehoben.

Anm. 11) Ho-Chi-Minh hat auf die Frage, wie die Protestierenden und Revolutionäre in den hochindustrialisierten Ländern die Völker in der 3.Welt unterstützen könnten, sinngemäß geantwortet: indem sie den Klassenkampf in ihrem eigenen Lande führen.

Anm. 12) In diesen Zusammenhang gehört die Vorliebe der RAF für Angriffe auf „Institutionen“. In den meisten Institutionen aber sitzen Menschen.

Anm. 13) Trotz Beteuerungen wie dieser: "Wenn die Völker der 3.Welt die Avantgarde der antiimperialistischen Revolution sind, d.h.: die objektive, große Hoffnung der Menschen in den Metropolen auf ihre eigene Befreiung, dann ist es unsere Aufgabe: Den Zusammenhang herstellen zwischen dem Befreiungskampf der Völker der 3.Welt und der Sehnsucht nach Befreiung, wo immer sie in den Metropolen auftaucht: in den Schulen, in den Hochschulen, in den Betrieben, in den Familien, in den Gefängnissen, in den Großraumbüros, Krankenhäusern, Verwaltungen, Parteien, Gewerkschaften, überall. Gegen alles, was diesen Zusammenhang äußerlich negiert, unterdrückt, zerstört: Konsum, Mitbestimmung, Medien, Opportunismus, Dogmatismus, Herrschaft, Bevormundung, Brutalisierung, Vereinzelung." (Dok.1, S.15. Die letzten beiden Sätze sind im Original hervorgehoben.)

Vermittlung als das Aneignen eines Zusammenhangs durch die Betroffenen selbst ist nicht mehr möglich, wo schon die Konsequenz vorweggenommen ist, nämlich daß „die Völker der 3.Welt die Avantgarde ... sind" etc. Bei solcher Art von Vermittlung handelt es sich höchstens (d.h. wenn sie überhaupt zustande kommt) um Indoktrination. Ferner: die höchst allgemeine Bestimmung dessen, wogegen die RAF "diesen Zusammenhang“ verteidigen will, nämlich Konsum, Opportunismus,

Herrschaft etc. läßt auf entsprechend allgemeine Fassung des Zusammenhangs selbst schließen, also gerade auf das Steckenbleiben in der Abstraktion, auf Nicht-Vermittlung.

Anm. 14) "Auch die Wohlstandsproletarier leiden unter der kapitalistischer Ausbeutung und den vielfältigen Zwängen des Systems." (Dok. 4, S.14)

Anm. 15) „Die Verbindung zwischen Verelendung hier und Verelendung dort - von Solidarität, Erkenntnis des Zusammenhangs - zu verhindern, macht sich Negt zur Hauptaufgabe: 'Lokalisierung der Konflikte, wie sie das System mit allen Mitteln betreibt." (Dok. 1, S.11)

Anm. 16) Die Analyse Mahlers von der Situation in den Metropolen in Dok. 4 (S.5/6), die die anfechtbare Arbeiteraristokratiethese Lenins reproduziert (zur Kritik dieser These vgl. S.15), schweigt sich aus über die wesentlichen Unterschiede in der Lage der europäischen Arbeiter: in Italien „bilden die lohnabhängigen Massen" keinesfalls "insgesamt eine Arbeiteraristokratie“, was für die BRD - vor einigen Jahren! - vielleicht noch zutraf. Und der materielle Aufschwung der BRD und der lohnabhängigen Massen) nach 1948 beruhte stärker auf dem Zustrom von Arbeitskräften aus der DDR (Flüchtlingsbewegung bis zum Mauerbau), für die in der BRD keine Qualifikationskosten entstanden waren. Dieser Zustrom war viel eher eine "notwendige Voraussetzung“ des (relativen) Wohlstands als das Elend der 3.Welt. Wo nach der Genese von Klassenbewußtsein gefragt wird, wären z.B. für England und Frankreich je spezifische Antworten zu suchen - ungeachtet der Tatsache, daß beide Nationen Kolonialmächte waren. Wer starb eigentlich in den Kolonialkriege? Nicht a u c h der europäische Arbeiter?

Anm. 17) Der Internationalismus der Studentenbewegung war überwiegend theoretisch.
Aber er war nicht schlecht-abstrakt. Man kann vielleicht sagen, daß er zu der Leiter gehörte, auf der die Stadtguerilla in die Abstraktion kletterte.

Anm. 18) „Die Genossen vom Schwarzen September haben ihren eigenen Schwarzen September 1970 - als die jordanische Armee über 20.000 Palästinenser hingemetzelt hat - dahin zurückgetragen, wo dieses Massaker ursprünglich ausgeheckt worden ist: Westdeutschland ... dahin, von wo aus der Imperialismus seine Bombengeschwader gegen sie starten wird. ... Oder glaubt man, Vietnam sei nur ein Spaß? Guatemala, Santo Domingo, Indonesien, Angola sind alles nur Spaß? Vietnam ist die grauenhafte Erfahrung der Völker der 3.Welt, daß der Imperialismus entschlossen ist, Völkermord an ihnen zu begehen, wenn nichts mehr bei ihnen herauszuholen ist - ... und dass das die opportunistische Linke in den Metropolen

einen feuchten Käse schert -“ (Dok. 1, S.4, Die letzten drei Sätze sind im Original hervorgehoben.)

Anm. 19) "Wogegen wir auch kämpfen, sind die reformistischen Organisationen draußen ... alle, die sich den Kampf in den Gefängnissen unter den Nagel reißen, weil sie Kolonialschweine sind ...“ (Dok. 3, S.21)

„Die sozialliberale Koalition hat der bürgerlichen, in Äußerlichkeiten vernarrten Linken den westdeutschen Imperialismus schmackhaft gemacht – sie nimmt bei der Durchsetzung der Politik des Imperialismus Rücksicht auf die Gefühle der Menschen - sie arbeitet mit der 'Verhältnismäßigkeit der Mittel', sie kann die Landessprache, sie bedient sich der Form der parlamentarischen Auseinandersetzung wie der von BGS-Terrortrupps, der Mittel des Rechtsstaats wie der des Faschismus." (Dok. 1, S.19) Der westdeutsche Imperialismus wird hier wohlgemerkt in Aktion im eigenen Lande vorgeführt, bei der „inneren Kolonisation“.

Anm. 20) Weiter schreibt Mahler: „Die Arbeiter von Dow Chemical streiken nicht dagegen, daß in Vietnam die Menschen mit dem von ihnen produzierten Napalm verbrannt werden; allenfalls legen sie die Arbeit nieder, um für die Herstellung von Massenvernichtungsmitteln einen höheren Lohn zu bekommen.“ (Dok. 4, S.6)

Zur Arbeiteraristokratiethese: sie war eine Hilfskonstruktion Lenins, mit der er dem (von ihm keineswegs erahnten) "Verrat" der SPD 1914 eine soziale Basis unterlegen wollte. Der vordergründigen Plausibilität dieser These steht folgendes entgegen: Daß die Arbeiterschaft in Europa (1914 und heute) etwas zu verteidigen, d.h. soziale Rechte, ökonomische Verbesserungen, elementare Voraussetzungen für ein menschenwürdiges Leben überhaupt erst errungen hat(te), ist nicht auf Bestechung durch die Kapitalisten, d.h. auf Geschenke der Bourgeoisie, sondern auf einen über 100jährigen zähen Klassenkampf zurückzuführen, der die Arbeiterklasse Opfer genug gekostet hat und dessen Tradition sich ja doch Leute wie Lenin und sicher auch Mahler und Ulrike Meinhof verpflichtet fühl(t)en. (Vgl. auch: Die Konkurrenz der Kader, eine Massenkritik an der PL/PI, Flugschrift Berlin 71, S.22)

Zum Vorwurf gegen die amerikanischen Arbeiter, sie hätten den Vietnamkrieg nicht verhindert, hier ein Marcuse-kritisches Zitat von P. Mattick aus: „Die soziale Revolution ist keine Parteisache“, Nr.2, Berlin 1972, S. 122:

„'Die Arbeiterschaft weiß'. führt Marcuse aus. 'wo ihre Interessen. ihre u n m i t t e l b a r e n Interessen liegen und was für sie auf dem Spiel steht. Sie weiß zum Beispiel ganz genau, daß, wenn der Krieg in Vietnam wirklich beendet wird, ich weiß nicht wieviele Zehntausende von Arbeitern ihren job einbüßen. Sie weiß ganz genau, auf welcher Seite ihr Brot gebuttert ist.' Dieses 'Wissen' teilt sie jedoch mit allen anderen Schichten der Bevölkerung, und es besagt nichts mehr, als daß die Arbeitsbedingungen vom Kapital gesetzt sind. Unter den kapitalistischen Produktionsverhältnissen hängt die Qualität und Quantität der Produktion vom Kapital ab. Es sind nicht die 'unmittelbaren Interessen' der Arbeiter, die sie der Kriegsproduktion zugänglich machen, sondern der u n m i t t e l b a r e Z w a n g

zum Verkauf der Arbeitskraft, ohne Rücksicht auf den Zweck ihrer Anwendung, der aus ihrer Klassenlage entspringt. Da sie keine Wahl haben, hat es keinen Sinn, sie für die kapitalistische Politik verantwortlich zu machen, obwohl man ihnen das Versäumnis der Abschaffung des Kapitalismus 'vorwerfen' kann."

Anm. 21) Ähnlich in Dok. 1, S.10:

„Der Verzicht auf Sabotage in den Metropolen... kommt auf den Ausspruch raus: die Völker der 3.Welt sollen mit ihren Revolutionen solange warten, bis die Massen in den Metropolen soweit sind, ignoriert das zuerst von Lenin erkannte Problem der Arbeiteraristokratie des Imperialismus, heißt von den Völkern der 3.Welt verlangen, sich in das Schlepptau desjenigen Teils des Weltproletariats nehmen zu lassen, der am meisten in den Fängen des Systems ist - es ist der Führungsanspruch des 0pportunismus.“

Anm. 22) "Der Imperialismus der Multinationalen Konzerne ist die Einheit, die in sich die Widersprüche von entwickelten und ihrer Entwicklungmögkeit beraubten Länder, von Staaten mit gewählten und mit vom CIA eingesetzten Regierungen, reichen und armen Ländern, Norden und Süden als Zentren und Peripherien seines Systems vereint. Es ist das System, das sich der politischen Form des Rechtsstaats ebenso bedient, wie das des Faschismus. Er hebt diese Widersprüche nicht auf, er koordiniert sie nur, spielt sie gegeneinander aus, integriert sie als verschiedene, aufeinander abgestimmte Kapitalverwertungsbedingungen für seine Konzerntöchter.“ (Dok. 1, S.8)

Anm. 23) Es liegt Rationalität darin, wenn Mahler auf die "Depots und Arsenale“ der Bundeswehr verweist. In der Tat ist eine ernsthafte Diskussion über bewaffneten revolutionären Kampf in der BRD jenseits der Vorstellung von für die Ziele der Revolution mobilisierten Bundeswehrangehörigen und Polizisten völlig sinnlos. Außer in der Mahler-Schrift aber fanden wir nirgends einen Hinweis darauf, daß die RAF sich ähnliche Gedanken gemacht habe. Im Gegenteil, es ist wahrscheinlicher, daß sie Angehörige von Militär und Polizei pauschal zu den irreversiblen Schweinen rechnet. Gleichwohl fabelt sie von „Volksbewaffnung“: „Je stärker die Revolte im Volk, die Moral des Systems, sein Eigentumsbegriff im Arsch und die Krise aktuell, die Volksbewaffnung nicht mehr Zukunftsmusik. sondern schon reale, materielle Gegenwart, desto wichtiger werden die Knäste für's System -" (Dok.2, S.2) - ohne zu merken, daß sie damit ein Eigentor schießt: wo "Volksbewaffnung“ (wenn wir jetzt mal von der Stadtguerilla absehen, auf die die RAF das Volk hier doch wohl nicht im Ernst beschränken will) zur Zeit tatsächlich "materielle Gegenwart" ist, handelt es sich um faschistoide Bürgerwehren.

Anm. 24) Die Beschwörung, Vorstellung, Projektierung einer "revolutionären Gefangenenbewegung“ ist ganz sicher einer der Versuche der RAF-Mitglieder, ihre eigenen Aktionen und Kämpfe in den Zusammenhang einer (selbst imaginären) Massenbewegung zu stellen. Dieselbe Funktion erfüllt die Berufung auf den antifaschistischen Widerstand und die Befreiungskämpfe der Völker in der 3. Welt.

Anm. 25) Dies erinnert uns an Stilprinzipien des Manierismus, in denen Anspielungen eine große Rolle spielten, ein eingeweihtes Publikum also vorausgesetzt war, das wußte, worum es ging. (Elitäre Implikation). Vgl. weiter oben die Anspielungen zum Faschismus in RAF-Texten.

Anm. 26) Stalin hat übrigens russische Soldaten in deutscher Kriegsgefangenschaft fast als Vorbestrafte angesehen, sie behielten einen sozialen Makel.

Anm. 27) Die algerischen Freiheitskämpfer, Nationalrevolutionäre, waren ja politische Gefangene. Aber entsprechend schlecht ging es auch dem schlichten algerischen oder marokkanischen Taschendieb in der schönen Hauptstadt Paris.

Anm. 28) Vielleicht war ein Deutscher als Soldat und Kriegsgefangener etwa im Nordafrika der Jahre nach 1941 besser aufgehoben als die Zivilisten im Zuchthaus des faschistischen Deutschland.

Anm. 29) RAF-Dokumente sprechen neuerdings von Counterinsurgency gegen die RAF (vgl. Dok.3). In der Tat werden einige Maßnahmen und Sprachregelungen der Staatsgewalt (und des Strafvollzugs) "sinnvoll", verlieren an Irrationalität, wenn man annimmt, sie richteten sich gegen Insurgenten: also gegen bewaffnete, truppenartige Verbände ("Freischärler“), die als militante Vertreter eines unterdrückten, besetzten, besiegten Volkes „illegal“ (d.h. zum Beispiel: ohne Kriegserklärung, oder trotz offiziellem Friedensschluß und Demobilisierung) für ihre nationale Freiheit kämpfen. Staaten befürchten manchmal, ihr Gegner (etwa die UdSSR im Verhältnis zu westlichen Ländern) könne sich solcher "Insurgenten" bedienen, um die militärische Schlagkraft der betreffenden Staaten zu schwächen. Der Gegner "draußen" kann die Insurgenten drinnen unterstützen: durch Waffenlieferung oder durch Ausbildung in seinem Land.(Die RAF-Genossen haben sich anscheinend in Jordanien 'ausbilden' lassen.)

Anm. 30) Das Gefängniswesen hat historisch zur Spaltung des Volks in Proletariat und Subproletariat beigetragen. In der italienischen Linken gab es kürzlich die

Auseinandersetzung um den Bankräuber Sante Notarnicola, vgl. Il Manifesto: Proletatiat und Subproletariat, Merve, Berlin 72

Anm. 31) Vgl. "Aus der Krankheit eine Waffe machen!" Trikont, 73

Anm. 32) Die Bauern vom Larzac haben gezeigt, wie ein solches Bewußtsein in den Massen sich entwickelt, vgl. in "Ästethik und Kommunikation“, Nr.17 (1974). Ein unbedingt lesenswerter Artikel!

Anm. 33) Insofern das "Wehrdorf" Teile der Bevölkerung dem vom Machthaber, Besatzer nicht direkt kontrollierbaren Einfluß Dritter entzieht, Kontrolle über den Umgang der Leute wieder möglich machen und sie einschüchtern soll, läge seine historische Parallele eher in der Einführung des Pflichtschulsystems der bürgerlichen Gesellschaft als in deren Gefängnissen.

Anm. 34) Sicherlich soll der Bezug auf den Antifaschismus dazu beitragen, die Isolation der RAF virtuell aufzuheben - neben der Solidarität mit den Völkern der 3.Welt soll noch eine europäische, hiesige Verankerungsbasis aufgebaut werden. (Bei Ulrike Meinhof spielen auch persönliche Erfahrungen in der historischen antifaschistischen Bewegung eine Rolle. Hier soll lebensgeschichtliche Kontinuität hergestellt werden.)

Anm. 35) vgl. Dok. 1, S.7

Anm. 36) Oder sollte der Gefangene im Knast Selbstbewußtsein erlernt haben? Gerade die RAF könnte dies, bei ihrer - zutreffenden - Beurteilung des Vollzugs kaum zulassen (obwohl sie eine solche Hypothese wieder gut brauchen könnte, um aus den Häftlingen Revolutionäre zu machen).

Anm. 37) Ein solcher harter Kern liegt zweifellos in dem „Psychiatrisierungs"-Problem - wie etwa dem Einsatz von Psychopharmaka.

Anm. 38) z.B. mit regelmäßigen Treffen von Inhaftierten, Freund, Freundin, Ehefrau bzw. -mann usw.

Anm. 39) Stellen die Völker der 3. Welt eigentlich einen Führungsanspruch?

Anm. 40) In Dok.2, S.4 heißt es: "Der Todfeind des Psychobullen ist der politische Gefangene - weil die Psychoschweine darauf angewiesen sind, daß die Gefangenen nicht durchblicken ... und der politische Gefangene blickt durch.“

Anm. 41) Von dem sie gleichwohl nichts verstehen. Im "Diskussionspapier /Januar 1974“ heißt es auf S.4 (dort an die Adresse aufmüpfiger Antifolterkommitees gerichtet): „Wenn Ihr meint, einen schon tiefergehenden Einblick in das Wesen des Imperialismus zu haben, was hindert Euch daran, ihn zu bekämpfen, warum habt Ihr dann nicht schon längst den Kampf aufgenommen, seid nicht schon längst bei der Guerilla?"

Anm. 42) Die vollständige Liste der 15 Forderungen enthält Dok.3, S.22/23

Aus dem TAG X wird das DO IT NOW

ÜBER VERRAT IN DER REVOLUTION

> „Jede revolutionäre Bewegung muß sich mit der Problematik der Bespitzelung und des Verrats befassen ...“ [1]

Verrat gibt es nicht ohne Geheimnisse, Geheimnisse nicht ohne Herrschaft. Die linke Bewegung versucht, Verhältnisse zu ändern, in denen es Herrschaft, Geheimnisse und mithin Verrat gibt.

In alten Zeiten war die Revolution konspirativ: Geheimbund, ZK, verschlüsselte Nachrichten, die geheime Losung, die den Aufstand auslöst. Der Agent gehörte sozusagen zum revolutionären Alltag - wie beschämend für eine umstürzlerische Gruppe, hätte die herrschende Macht es nicht für nötig befunden, sie auszuspionieren. Spitzelei und ihre Abwehr waren Routinesache. Die besten Spione gehörten den leitenden Gremien an und glaubten selbst an die Revolution wie Malinowski im ZK der Bolschewiki. Spion war fast ein achtbarer Beruf. Man lebte gefährlich, aber man deckte einen echten Bedarf: man beutete die Tatsache aus, daß die einander befehdenden Lager Geheimnisse voreinander hatten. Natürlich gibt es das ganze immer noch, als Bestandteil der internationalen politischen Auseinandersetzungen.

Die Revolution wird in neuerer Zeit subversiv, d.h. sie tut auf eine Weise., daß es jeder sehen und möglichst keiner Verhindern kann, das andere. Sie wird öffentlich,

schamlos, provokativ. Für den Stand der Spione ist das eine schlechte Entwicklung, sie geht an die Wurzel seiner Funktion, seiner Existenz.

Die antiautoritäre Bewegung begann damit, Geheimnisse auszuplaudern. Sie trat als kollektiver Verräter einer unter-den-Tisch-kehrerischen öffentlichen Meinung auf. Sie entschleierte die Komplicenschaft der Bundesregierung und bundesdeutscher Firmen mit dem Massenmord in Vietnam. Sie deckte die geborstenen Strukturen der Ordinarienuniversität auf. Sie sprengte versiegelte Aktenschränke - weniger, um den Inhalt zu lesen, als um ihn aus dem Fenster und in die Flammen zu werfen; mit dem top secret sollte symbolisch Herrschaft verbrennen. Sie sprach laut von Klassenherrschaft und dazu noch mit jedem auf der Straße, der es wollte, - was manchen peinlich war.

Was die APO aus den Abseiten des bürgerlichen Bewußtseins an's Licht zerrte - waren das wirklich:Geheimnisse, ist es sinnvoll, von Verrat zu sprechen? Ja, es handelte sich um Begebenheiten, um Tatsachen, deren öffentliches-Bekannt- und Diskutiertwerden gegen das Interesse bestimmter Gruppen oder Instanzen verstieß, und eine brave bürgerliche Intelligenz als Komplice und Parasit der betroffenen Träger von Macht hätte geschwiegen. Die antiautoritäre Bewegung in ihrer Funktion als aufklärerische Intellektuellenbewegung hat „ihre Klasse verraten" im wahrsten Sinn des Wortes, sie hat durch dieses veränderte Verhalten zum Geheimnis auch die "Problematik des Verrats" in der Revolution verändert.

Der Anspruch auf öffentliche und breite Diskussion jeder Schwierigkeit, die sich im Zusammenhang herstellte mit Emanzipation, Revolution, Sozialismus, so wie sie die Träume, Losungen, Theorien der Antiautoritären vorstellten und erhofften, ist seither nicht aufgegeben worden, wenn es auch so aussieht, als würde es immer schwerer, ihn einzulösen. Die an autoritäre Bewegung hat sich gegen eine Politik des Mauschelns, der einsamen Beschlüsse, der Geheimdiplomatie (also der Ebene, auf der Verräter gedeihen) immer verwahrt, sei es in ihren eigenen Reihen, sei es in China oder Kuba. Oft ohne Erfolg, was inbezug auf China kein Wunder ist, inbezug auf die eigenen Reihen aber enttäuschender und schwerer zu verstehen. Das kollektive Bedürfnis nach Offenheit, Öffentlichkeit, Transparenz von Entscheidungsprozessen, Partizipation aller an Entscheidungsprozesser etc. hat nicht verhindert, daß aus der Protestbewegung demokratisch-zentralistisch strukturierte, d.h. von diktatorischen Entscheidungen auf dem Hintergrund institutionalisierter Zustimmung von unten dirigierte Parteien hervorgingen: Verräter am Prinzip der Offenheit und Öffentlichkeit. Das Bedürfnis danach lebt aber fort in den wie immer unvollkommenen Demokratisierungsprozessen an Schulen, Hochschulen, Betrieben u.a. Institutionen, auf die es, als ein Faktor unter mehreren, von Einfluß ist. Es lebt fort in den Resten und Erben der antiautoritären Bewegung, der Spontibewegung unter den Studenten, der Lehrlings- und neuen Frauenbewegung, wo es in Postulaten, den zwischenmenschlichen Verkehr, die gemeinsame Arbeit etc. betreffend, unmittelbar praktisch wird.

Neben dem Öffentlichmachen von Mißständen und der Forderung nach Durchschaubarkeit von Entscheidungsprozessen sollte die Offenheit und Unmittelbarkeit der Kampfform, nämlich die Provokation und Antizipation neuer Lebensformen, die Rituale traditioneller Oppositionspolitik sprengen und zugleich die Ziele der Revolte im Hier und Jetzt ins Leben treten lassen. Die Antiautoritären wollten nicht einfach nur versprechen, daß alles anders wird, wenn man nur auf ihre

Seite tritt, sondern sie wollten zeigen, daß es jetzt schon anders sein kann. Ein selbstverwaltetes Jugendhaus ist heute möglich, seine Besetzung und Einrichtung ist zugleich Kampf und Ziel. In ein solches Haus kann, soll, wer will hineingehen und sehen wie es dort zugeht: es gibt nichts zu verbergen, es gibt im Gegenteil etwas zu zeigen. Ebenso der Kinderladen, die Wohnkommune, die Freie Schule: die Praxis des Gegenmodells als Provokation in der unmittelbaren Verwirklichung der Utopie ist das Gegenteil der geheimniskrämerischen Revolution; sie verträgt nicht nur, sie verlangt Öffentlichkeit als Lebenselement. Aus dem Tag X wird das Do it now. Jeder, der die Existenz eines Gegenmodells „verrät", trägt dazu bei, daß es sich verallgemeinert.

Die Strategie permanenter Veröffentlichung (der Untaten des Klassenfeindes und der alternativen Praxis im eigenen Lager) entzieht dem Verrat im klassischen Verständnis den Nährboden. Die Revolution entmilitarisiert sich, sie wird zivil, sie verläßt den Feierabend, erobert den Alltag, entzieht sich der Karriere, verschwistert sich der Verweigerung, spricht nicht mehr in chiffrierten Nachrichten, sondern in Wandzeitungen, geht aus dem Versammlungshaus und dem Hinterzimmer auf die Straße, in die Wohnzimmer, an die Arbeits- und Studienplätze. All dies als Tendenz zu verstehen, dem vieles entgegensteht. Jedenfalls: Der 2.Juni hat nicht ohne weiteres recht, wenn er behauptet, jede revolutionäre Bewegung habe sich mit dem Problem des Verrats rumzuschlagen.

Aber eben nur "nicht ohne weiteres". Das Jugendhaus muß besetzt werden. Geheimhaltung des Besetzungsplanes ist notwendig, damit die Bullen mit der Besetzung nicht zuvorkommen. Auch die antiautoritäre Bewegung kannte das "Problem des Verrats" und kennt es noch - so sehr sie versucht hat, Strukturen auszubilden, innerhalb derer es nicht mehr vorkommt. Aber jenes Problem war für sie weniger ein ihr als "revolutionärer Bewegung" selbstverständlich, sozusagen per def. innewohnendes, es wurde ihr vielmehr aufgedrungen als Konsequenz der staatlichen Repression, sprich der polizeilichen Gegenstrategie.

Wir erinnern uns: zu Beginn war die Polizei eher hilflos. Gerade deshalb suchte sie ihr Heil in enormer Brutalität. Ihr martialisches Auftreten bei Demonstrationen unterstellt den Studenten Bürgerkriegsabsichten. Ihre Allgegenwart auf dem Campus bestreitet den symbolischen Charakter von studentischen Besetzungen. Ihr Stil von Hausdurchsuchungen tut so, als gingen Linke üblicherweise mit dem MG ins Bett. Mit Nachdruck arbeitet die Polizei an der Wiederherstellung eines Feldes von Konfrontation, auf dem sie sich zuhause fühlt und auf dem sie überlegen ist: Verfassungsschutz, Waffe, Brutalität, Überfall, Spionage und Gegenspionage. Die Justiz hilft dabei: in den ersten Demonstrantenprozessen wurden "Rädelsführer" wegen schlichter Teilnahme an legalen Demonstrationen zu vielen Monaten Gefängnis verurteilt. Plötzlich tritt die Notwendigkeit des Selbstschutzes als Suche nach Mitteln des Sichverbergens, der geheimen Kommandosache, der Spitzelabwehr in der Linken auf. Aber es geschieht auch dies: das Bild, das Polizei und Justiz von der APO haben oder hervorzurufen wünschen, bleibt auf diese selbst nicht ohne Einfluß. Im Spiegel der rechten Presse und des polizeilichen Verhaltens findet man, daß einem die kriegerische Montur nicht schlecht zu Gesicht steht. Der Begriff der Militanz ändert sich. Ein Teil unseres Selbstverständnisses empfangen wir aus den Händen des Gegners. Dessen Art, uns zu begreifen, wirkt suggestiv auf unser eigenes Verhalten.

Die Kriminalisierung der Linken bewirkt also und hat bewirkt, daß die Linke sich in Selbstverständnis und Kampfmitteln dem anpaßt, wogegen sie aufgestanden ist, daß ihr also auch die Problematik des Verrats wieder aufgehalst wird. Es scheint unvermeidlich, daß es dazu kommt. Das Ausmaß, in dem es geschieht, ist aber kontrollierbar und das Bewußtsein davon, daß die Identifikation mit der militärischen, also bürgerlichen Form von sozialer Auseinandersetzung (Geheimnis, Führer, Losung, Spitzel, Masse) zu vermeiden ist, wo immer möglich, ist entwickelbar.

Der multifocale Vergesellschaftungsprozeß, der die soziale Revolution in den Metropolen tragen muß, kann weder die Form eines Aufstands. noch die einer Verschwörung annehmen. Er kann also nicht verraten werden. Vergesellschaftung (= Sozialismus) als die eigene Sache eines jeden einzelnen schließt den kleinen Kreis von Eingeweihten, von Geheimnisträgern, von zu Bespitzelnden und zu Verratenden, aus.

Dieser Prozeß ist aber nur in der Theorie so glatt, in der empirischen Wirklichkeit bricht er sich an den Gegenstrategien der Reaktion, wird korrumpiert von ihren Methoden und tritt zeitweise zu ihr in Konkurrenz. An diesen Punkten werden dann auch Spitzel wieder zum Problem. Sie selbst aber ist die linke Bewegung erst da wieder, wo sie sozusagen jedermann einladen kann, sie nach Kräften zu bespitzeln.

Der Bewegung 2.Juni und auch der RAF mögen alle diese Betrachtungen sehr theoretisch im Sinne von nicht-praktikabel erscheinen. Sie sind durchaus als Kritik an der Kampfform, die diese Gruppen gewählt haben, gemeint. Nicht, weil Waffen und falsche Pässe in ihr eine Rolle spielen und weil diese im Prinzip nicht benützt werden dürften, sondern wegen der Konsequenz, zu der sie, die Form, die illegalen Gruppen getrieben hat: Mahler z.B. konnte nicht die RAF verlassen, ohne der Kollaboration [2] geziehen zu werden und damit zugleich eines schlechten (bürgerlichen) Charakters, der "schon immer" (also auch als Mahler noch RAF-Mitglied war) ein Problem der Aufrechten gewesen ist: "Das Problem mit Horst Mahler ist und war schon immer, daß er ein dreckiger, bürgerlicher Chauvinist geblieben ist, der den Herrschaftsdünkel, den er in der imperialistischen Maschine, durch seine Karriere als Anwalt, zu seiner Sache gemacht hatte, auf die proletarisch-revolutionäre Bewegung übertragen hat ..." (Erklärung der Gefangenen aus der RAF zum Ausschluß von Horst Mahler aus der RAF in: Der Kampf gegen die Vernichtungshaft, herausgegeben von den Komitees gegen die Folter an politischen Gefangenen in der BRD, 74, S.24)

Untergrundgruppen bestreiten einem Überläufer oft ehemals edle Motive, machen ihn rückwirkend zum eingeschleusten Spion oder doch zumindest zum "immer schon" dubiosen Typen. (Hat Stalin sich eigentlich jemals überlegt, daß es doch auf ihn zurückfällt, wenn sich nach und nach herausstellt, daß er seine besten Jahre in einem Kreise imperialistischer Spione verbracht hat?) Es gibt auch Extrapolationen nach einer anderen Seite: schließt sich ein Mann wie Mahler vom Knast aus einer anderen linken Gruppe (RH/AO) an, wagt er es, Kritik an der RAF offen zu äußern, so gilt er sofort als Verräter:

„Horst Mahler ist zur bewußten Kollaboration mit dem Bundeskriminalamt und der Berliner Justiz, einer Marionette der politischen Polizei in Wiesbaden und Bonn, übergegangen." (a.a.O., S.27)

„Die Fakten zu seiner letzten Produktion sind, daß er mit dem praktischen Ziel, seine Erfahrungen in der RAF - auf der Linie von Ruhland, Sturm, Homann - für die psychologische Kriegsführung des Staatsschutzes innerhalb der legalen Linken verwertbar zu machen ...“ (a.a.O., S.26)

... wie auch die konkurrierende linke Gruppe insgesamt als Verräterclique dargestellt wird:

„... das Verhältnis der Gefangenen aus der RAF zu diesen Gruppen - KPD/AO, RH e.V., wird sich nicht ändern, solange sie über Solidarität nur reden, ... nachdem die AO die Guerilla-Aktion zur Befreiung von Andreas Baader 1970 als CIA-gesteuert denunzierte und uns 1972 praktisch der Fahndung ausgeliefert hat."

(a.a.O., S.25/6)

Das Schlimmste, was im Zusammenhang mit dem Verrat in der Linken bislang passiert ist, war die Ermordung von Ulrich Schmücker. [3]

Die Identifikation mit den Methoden des Feindes ist hier soweit gediehen, daß unter der Hand seine Moral, seine Normen und Wertvorstellungen durchbrechen, ja seine Ziele erreicht werden.

Die Revolution remilitarisiert sich hier, gefällt sich im Waffenrock (zur Erleichterung der Konterrevolution, die hier weit besser ausgerüstet ist). Je martialischer sie sich geriert, umso unumwundener erklärt sie jeden Kritiker, Skeptiker zum Verräter. Sie brüstet sich, wenn sie einen "entlarvt“ hat - sie muß immer jemanden entlarven, und wer entlarvt ist, „war immer schon“ von der anderen Seite. Lebensgeschichte gibt es nicht, Konflikte werden zu Charakterschwächen ontologisiert, rigides Freund-Feind-Denken herrscht vor. Schließlich, als grausigste Konsequenz: ein Menschenleben wird Abstraktionen zum Opfer gebracht. 2.Juni:

„Um die Bedingungen von Produktivkraft und Produktionsverhältnis innerhalb der revolutionären Bewegung wieder ins Gleichgewicht zu bringen, wird hier im speziellen Fall Ulrich Schmücker die notwendige Konsequenz gezogen." (Kommuniqué über Verrat).

Anm. 1) Aus dem „Kommuniqué über Verrat" der Bewegung 2.Juni, einer RAF-ähnlichen militanten Untergrundorganisation, Flugschrift, Berlin 1974

Anm. 2) In der Terminologie des „antiimperialistischen Kampfes“ ist Verrat = Kollaboration

Anm. 3) Ulrich Schmücker war Mitglied der "Bewegung 2.Juni“ gewesen, verhaftet worden, hatte vor der Polizei geredet. Ein Jahr nach seiner Haftentlassung (Juni 74) erschossen ihn einige seiner ehemaligen Genossen „als Verräter".

IV. Pig muss Putt

ÜBER ILLUSTRATIONEN

Bei den auf den folgenden Seiten abgedruckten Karikaturen: Richter als Schweine und Monstren, handelt es sich um Illustrationen in linken Zeitschriften und Dokumenten, die die Situation der RAF-Gefangenen zum Gegenstand haben, zur Solidarität mit den inhaftierten Genossen aufrufen . [1] Die Publikationen der RAF selbst weisen - abgesehen vom Emblem auf dem Titel - keinerlei Illustrationen auf; aber die sprachlichen Bilder - es wimmelt von „Schweinen“ - zeigen Übereinstimmung genug mit den hier zur Diskussion gestellten Zeichnungen. Mit zeichnerischen Darstellungen, Karikaturen etc. in Pressorganen, die den Gegner nicht mehr bloß lächerlich machen, sondern als Vieh, als Monstrum darstellen, ihn entmenschlichen sollen, bekam die intellektuelle Linke es sehr bald nach ihrem massenhaften Aufbruch in den Jahren 66/67 zu tun: die Springerpresse stellte Studenten als Halbaffen dar, die mit schweren Keulen durch die Landschaft toben. Hier sollte eine Minorität dazu hergerichtet werden, vorhandene Ängste und Aggressionen der Bevölkerung zu kanalisieren und auf sich zu ziehen - je menschenunähnlicher diese Minorität dargestellt würde, desto leichter verlören sich Hemmungen, sie als Sündenbock zu akzeptieren und zu schlagen. Man weiß, daß die Propaganda gewirkt hat, noch wirkt und daß es nicht gelang, die Verantwortlichen als Volksverhetzer zu belangen. [2]

Inzwischen machen wir selbst sowas. Wir verhetzen nicht "das Volk" - es liest unsere Zeitungen ja kaum. Aber wir machen aus Leuten, aus Richtern z.B., veritable Schweine im Bild. Was hat uns dazu gebracht?

Die Justizkampagne 68/69 war die Antwort der Linken auf die große Zahl von Demonstrantenprozessen, aus der diese alarmierende Erfahrung (die wir heute bei den RAF-Prozessen erneut machen) hervorging: die gerichtliche Prozedur eliminiert politische Gehalte aus Tatbeständen, sie macht uns zu schurkischen Brechern von „Haus“- und „Landfrieden", wenn wir aus vornehmen Motiven gegen den Krieg in Vietnam auf die Straße gehen. Sie will einige von uns als „Rädelsführer“ haftbar machen, wo wir sehr wohl wissen, daß die Demonstration eine gemeinsame Sache war und gerade als gemeinsame die eines jeden einzelnen.

Im "Resolutionsentwurf zur Justizkampagne“ (23. Delegiertenkonferenz des SDS) heißt es:

„Als außergerichtliche Opposition muß die außerparlamentarische Opposition sich den Gerichtssaal als legalen Räum politisch offenhalten - notwendig erzwingen - da die richterliche Gesetzesinterpretation zuerst die auf der Straße gewonnenen politischen Strategien (direkte Aktion, Spontaneität) illegalisiert hat.“ (in: Dokumente.der 23.DK des SDS Sept.68, Frankfurt S.46)

Der Richter als Schwein tauchte damals noch nicht auf - wohl aber eine große Erbitterung über die Praktiken der Justiz, die zum Ausdruck kam etwa in der Parole: "Das Auge des Gesetzes sitzt im Gesicht der herrschenden Klasse“. (Es hieß nicht falsch, aber brutal: Fresse statt Gesicht, vgl. Bild 3). Erbitterung, Wut, das Gefühl von Ohnmacht gegenüber den Gerichten, deren maßlose Urteile gegen Demonstranten, ihre Verschonung der Kurras, ihre Bereitschaft, an den Aussagen eines polizeilichen Zeugen keinerlei Zweifel anzubringen, daneben: die Unmöglichkeit, Polizei-Schläger zu identifizieren und anzuzeigen, kurz, diese ganze „Ungerechtigkeit“ führten zu einer Kampagne gegen die „Klassenjustiz", die sich übrigens auch damals sehr wohl der Personalisierung bediente. Und dies aus gutem, 'empirischen' Anlaß: Es ist ja nicht „das Gericht“, das die politische Lebenstätigkeit der beschuldigten Genossen in nicht-politische, kriminalisierbare Tatbestände umformuliert, sondern der Richter. Sehr entgegen der Ideologie der bürgerlichen Gesellschaft, ein Richter werde weitgehend unpersönlich, als "Personifikation des Gesetzes“ agieren und sich mit gleichsam objektivierter Leidenschaft der Subsumtion von Lebensäußerungen unter Paragraphen, der „Wahrheitsfindung“, widmen – einer Ideologie, die wohl auch zu den Erwartungen mancher linker Studenten gehörte, flossen in das wirkliche, erfahrbare Verhalten des Verhandlungsführenden moralische Wertungen ein, in denen sich etwas ganz anderes ausdrückte als "das Gesetz", auf das er sich letztlich berief - nämlich die bürgerliche Werteskala, Normen einer im status quo verankerten Mittelklasse oder (Mittelschicht). Die Prozedur der Enteignung - und was anderes als eine Enteignung war die Eliminierung des politischen Gehalts einer Demonstration? - die Prozedur der Entfremdung - und was anders als Entfremdung war z.B. die Auflösung der kollektiven Praxis durch die Rädelsführerthese? - wurde mithin von Personen vollzogen, Richtern und Staatsanwälten, die ihre vor- oder außerrechtlichen Normensysteme nur unter dem Schirm der Gesetzeshoheit versteckten. Prozeß der „Wahrheitsfindung“ und der Urteilsspruch wurden von Interdependenzen zwischen Gesetzestext, (klein-)bürgerlichem Vorurteil und Mittelklassenmoral gesteuert; vom Angeklagten wurde erwartet, daß er Moral und Vorurteil ebenso entgegennahm wie das kodifizierte Recht, daß er sich beidem beugte. Der Richter trug keine einfache Paragraphenbrille (vgl. Bild 5), sondern eine Brille mit Zweifachschliff.

Die Doppelzüngigkeit dieser „Rechtsfindung" war vor Kritik anscheinend durch die Würde, Objektivität, Formalität des Richters als "Rechtsperson" (= Personifikation des Gesetzes) und der des Gesetzes selbst geschützt. Nun hatten die Genossen auf der Anklagebank ein Interesse daran, die von der Liquidierung bedrohte politische Substanz der Demonstrationen, Aktionen usw. im Gerichtssaal (wieder) herzustellen. Das bedeutete zugleich den Versuch, sich die gesamte Prozedur anzueignen. Gerade weil der Richter zu enteignen, zu entfremden drohte (s.o.), nicht zuletzt durch die "Objektivität" (Formalismus, Subsumtion und §§), mussten die Beschuldigten danach trachten, ihn seiner Autorität zu „enteignen“, nämlich das Formelle, Objektive, scheinbar Überpersönliche dort zu erschüttern, wo der Einfluß nicht-juristischer bürgerlicher Normen und Werthaltungen den inneren Bruch in der Wahrheits- und Urteilsfindung deutlich werden ließ. Der Zipfel, an dem man hier zupackte, war die (sozusagen "private“) Person des einzelnen Richters. Gerade weil der Richter „ein Mensch“ (seiner Klasse) war, und dies doch schon per definitionem verleugnet (obwohl es der Beschuldigte ja merkt), war er dann - manchmal - „ein Schwein".

Die richtige Anrede des Amtsrichters war daher weder "Herr Amtsrichter“ noch "Du Schwein!", sie war: "Herr Müller". Als Privatmensch (und damit als Vertreter seiner

Klasse, als Bourgeois) war Herr Müller an der Enteignung und Entfremdung des Beschuldigten beteiligt, der Bourgeois machte sozusagen nur Gebrauch von einem Rechtssystem (obwohl er andererseits, als citoyen, an der Objektivität des für alle gleichen überpersönlichen Rechts mit seinen geregelten Zeremonien teilhatte). Nun postuliert ja aber "das Gesetz“ individuelle Verantwortlichkeit für jeder Täter. Dieses Prinzip mußte nun an der geschilderten Bruchstelle gegen Herrn Müller (als „Büttel der Justiz“) gewendet werden, gegen den Richter, den Staatsanwalt als individuell verantwortliche (Einzel-)Person. [3] Dennoch wurde die Justiz nicht verschweinert, es kam eher auf ihre Vermenschlichung an, d.h. auf das Abstreifen des mystischen Schleiers von Objektivität, Formalität, überpersönlicher Gerechtigkeit.

Für die Justizkampagne personalisierte sich im Richter der Klassencharakter des ganzen Rechtssystems: dem inneren Bruch in der prozeßualen Wahrheits- und Urteilsfindung (die "Brille mit Doppelschliff“) entsprach auf höherer Abstraktionsebene der innere Bruch in der „Rechtsstaatlichkeit“ der bürgerlichen Gesellschaft weil das Gleichheitspostulat („Gerechtigkeit“) ja unter der Bedingung tatsächlich (notwendiger) sozialer Ungleichheit der Bürger wirksam wird. Das Rechtssystem des bürgerlichen Staats kann, ungeachtet seiner formellen Unabhängigkeit und „inneren“ Logik, letztlich doch nur das Privateigentum vor dem Menschen schützen - wie gerade die SPRINGER-Kampagne gelehrt hatte, und nicht den Menschen vor'm Privateigentum. In dieser ihrer ursprünglichen Konzeption versandete die Justizkampagne relativ rasch; in ihrer sozusagen chronischen Form, der militanten Skepsis und Verachtung vieler Linker gegen Alles, was mit Strafprozessen und Strafvollzug zu tun hat, dauert sie jedoch bis heute fort - bis hin zur pauschalen Verschweinerung der gesamten Richter- und Staatsanwaltschaft.

Nun gibt es tatsächlich Schweine unter Richtern wie unter Polizisten. Insassen von Gefängnissen werden zudem berichten können, daß es im Vollzug, unter den Wärtern und Aufsehern, Schweine gibt. Wir brauchen dabei gar nicht an die RAF zu denken. Das vergangene Jahr brachte den „Mannheimer Gefängnisskandal“, der war nicht der erste seiner Art. Im Strafvollzug gedeiht jene gefährliche Grauzone, in der unkontrollierte und schwer kontrollierbare Gewaltverhältnisse zwischen den Gefängniswärtern, Gefängnisärzten etc. und den ihnen ausgelieferten Häftlingen eher die Regel zu sein scheinen - die Hierarchie unter den Gefangenen begünstigt obendrein eine Allianz von Kalfaktoren und Vollzugsbeamten - zur Qual der doppelt unterdrückten Schwächeren. Wenn hier ein Häftling Haß gegen seine Bedrücker fühlt, sie in Erinnerung an ökonomische und sexuelle Ausbeutung Schweine nennt und zur Hölle wünscht, so ist das begreiflich. Was aber bedeutet es, wenn wir (einige von uns) Justizangehörige stereotyp als Schweine darstellen? Wie kam es - allgemeiner - zu der drastischen Symbolik und der Neigung zur Darstellung von Gewalt in vielen unserer Karikaturen?



Bild 1

Die hier reproduzierten Illustrationen (und viele andere ähnliche in linken Veröffentlichungen) zehren zu einem guten Teil von Inspirationen aus dem neueren amerikanischen comic-strip mit seiner beispiellosen Brutalität. Gewalttätigkeit ist ja schon bei unserer guten alten mickey-mouse-family ein ganz vertrautes Verhalten; deutlicher in den Trickfilm-Versionen als in den Heften. Wenn man sich Mal überlegt, was z.B. dem armen Kater Tom alles passiert, durch wieviel Fleischwölfe er gedreht, von wieviel stürzenden Mauern begraben und von wieviel Feuersbrünsten er geschmort wird. Zwar geht er nie drauf dabei, aber er läßt, wie man so sagt, einen Haufen Haare. Er wird geschunden und bleibt doch der alte: such is life.[4] Die Widrigkeiten und Gemeinheiten des Alltags erscheinen zu grotesker Gewaltmaschinerie gesteigert, die den Helden unablässig beutelt - aber so, daß was zum Lachen bleibt. (Auch bei Asterix und Obelix besteht die Komik zu einem guten Teil darin, daß sich die Leute gegenseitig in Klump hauen.)

Bei den modernen amerikanischen Intellektuellen-comix fehlt vielfach die familiäre Lustigkeit, es bleibt Brutalität und sadistischer Sex. Bild 1 zeigt einen solchen strip mit den typischen comic-Elementen der geräuschmalenden Buchstabenfolgen (click, GRR, BÄNG) und der Darstellung einer Explosion (Sternzacken, Rauchwolken). Der Polizist reagiert als Automat, ist zur Schieß- und Prügelmaschine geworden. Die Gewalt, die hier als versachlichte losbricht, ist gleichwohl nicht eine der Tücke des Objekts wie bei Donald Duck oder Tom und Jerry, sondern eine des "Systems": Gewalt der Exekutive, politische Gewalt. Gesellschaftliche Erfahrungen, die eine solche Entwicklung der comix (mit)bewirkt haben, sind die der amerikanischen Studentenbewegung und - wichtiger noch -, des Aufstands der Schwarzen und Puertoricaner, vor dem Hintergrund einer allgemeinen inneren Verrohung in der amerikanischen Gesellschaft als Folge des Vietnamkrieges.

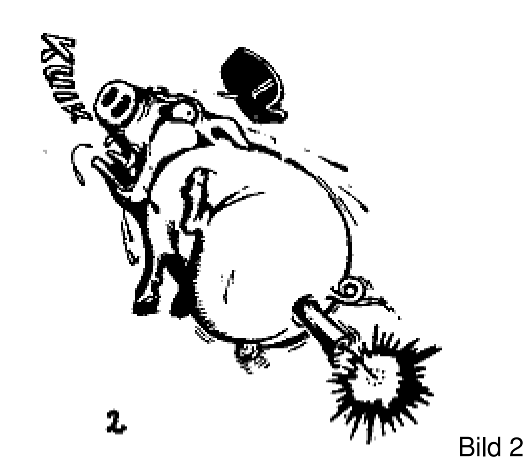


Bild 2

Den Black Panthers z.B. verdanken wir das Schwein, Leitmotiv illustrativer und verbaler Polemik gegen Polizei und Justiz. In Bild 2 treffen die comic-Elemente: Laut-Buchstabenfolge (kuik), Explosion (brennende Dynamitstange) mit dem Schweinemotiv der Negeraufstände und der sadistischen Brutalität der Intellektuellen-comix zusammen. Wenn es stimmt, daß der Typus von Gewalt, den wir in den US-comix konsumieren und in den Illustrationen unserer Zeitungen ausstellen, zusammenhängt mit der Politisierung der Gettos und dem Kampf der Black-Power-Bewegung und der Black Panthers gegen das weiße

Establishment in Amerika, dann sollten wir uns zweierlei fragen: ist es sinnvoll und richtig, diese speziellen polemischen Figuren aus ihren Ursprungsverhältnissen in unsere Verhältnisse zu übertragen? Und: warum hat diese Übertragung stattgefunden, d.h. wo gibt es Übereinstimmungen zwischen z.B. den Black Panthers und der Neuen Linken in der BRD?

Die RAF hat in allen ihren Publikationen versucht, die Differenzen zwischen den Kämpfen der Kolonisierten, der rassischen Minderheiten, gegen imperialistische Aggression, gegen Gettoisierung, gegen Völkermord - und einer antikapitalistischen Mobilisierung in den Metropolen zu negieren, bzw. ihr ganzes Konzept basiert auf einer Gleichsetzung des Kampfes der Völker in der Dritten Welt mit Aktionen und Perspektiven der linken Bewegung in Europa. Die westlichen Kapitalisten kolonisieren ihr Volk, sind von anderer Rasse, anderer Hautbeschaffenheit: der rosigen Nacktheit der Schweine. Sie bestechen eine Kompradorenschicht, die als Polizisten, Antreiber, Aufseher wirkt. Wo immer solche Ideen akzeptiert, variiert, verbreitet werden (wie in den Veröffentlichungen, aus denen unsere Bilder stammen) ist es nur folgerichtig, sie anschaulich zu machen mit Symbolen aus dem Befreiungskampf unterjochter, diskriminierter Völkerschaften und Rassen (Palästinenser, Neger). Unsere Frage betrifft also das gesellschaftsanalytische Konzept der RAF: Was ist davon zu halten?

Bleiben wir für eine Antwort bei den Bildern: Da wäre zunächst ganz einfach der Schwindel, der einen befällt, wenn man sich auf die Suggestion dieses Bildes vom rasenden Schwein, dem im nächsten Moment der Körper in Fetzen fliegen wird, einläßt.

Empfinden wir wirklich kollektiv einen solch mörderischen Haß auf die Vertreter der Justiz, daß wir ihnen den Tod wünschen, ja daß wir ihren besonders grausamen Tod mit Lust sähen? Die Vermischung von Mord mit sexueller Symbolik, die auf diesem

Bild ganz vordergründig ist, potenziert immer die Brutalität, sie fügt ein pervertiertes Moment von Lust In die Aktion: die Lust des Mörders an der Tötung des Opfers. Wo gibt es eine solche kollektive Bereitschaft und Empfindung in der hiesigen Linken - und gäbe es sie, wer wollte was darauf bauen?

In die Bilder, durch die die Kolonisierten ihre Kämpfe darstellen, geht oft ein Moment der Beschwörung, des Zaubers, des Voodooismus ein. Der als Tier Dargestellte ist schon in ein Tier verwandelt, j e t z t kann man ihn fangen und vernichten. Hier spielen Formen der Aneignung von Wirklichkeit eine Rolle, die jenseits abendländischer Rationalität vor sich gehen [5], die gleichwohl auf die müden Erben dieser Rationalität eine starke Anziehungskraft ausüben. Dennoch: verpflanzt in unsere „aufgeklärten" Breiten verweisen solche Bilder nur noch auf diese eine Seite des Zustands der Beschwörenden: ihre tatsächliche, aber nicht eingestandene, in der Beschwörung gerade verleugnete Ohnmacht und Hilflosigkeit. [6] Man vergesse nicht, daß das Schwein und der amerikanische comic sich in der Linken erst verbreiteten, als die Studentenbewegung ihren Höhepunkt überschritten hatte.

Was in der Dritten Welt und in den Schwarzen-Gettos wirkliches Pathos sein kann, wird bei uns zur hohlen Scheußlichkeit. Der "notwendige Rassismus" der Kolonisierten wird in den Metropolen zur Entmenschlichung des Gegners. Die Schweinegestalt, in der der Richter auftritt, hat letztlich die Funktion des Judensterns.

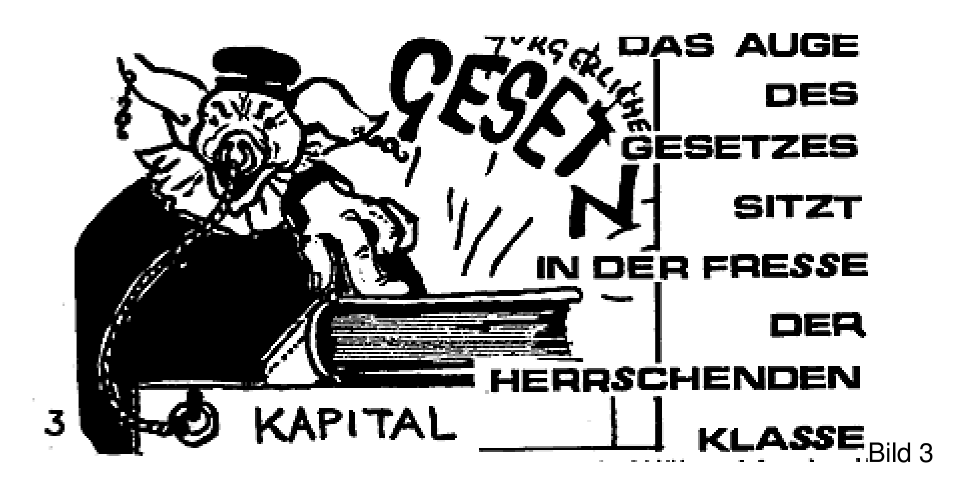
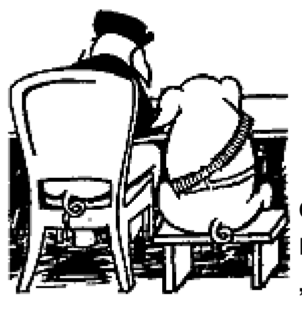


Bild 3

Warum nun fand diese Übertragung statt - trotz des Qualitätswandels, den die Symbole der Schwarzen-Revolte in europäischen Verhältnissen erfahren mußten?

Da war die antiimperialistische Parteinahme in ihren zu bejahenden Aspekten, die die Entwicklung der Studentenbewegung begleitete und die eben auch unreflektierte, falsche Gleichsetzungen begünstigt hat. Aber am Leitgedanken der RAF, daß auch wir in den Metropolen den Imperialismus bekämpften („den Führungsanspruch der Völker der Dritten Welt anerkennen müssen"), es mit einer Kolonialisierung nach innen zu tun zu haben, ist ja auch Richtiges. So haben gerade die Kämpfe der Schwarzen in den USA uns den Blick geschärft fur Konflikte in Gettos, unter Randgruppen und Minderheiten, d.h. für Konfliktkonstellationen, die sich mit der herkömmlichen Klassentheorie nicht begreifen lassen. Die Möglichkeit, aus den Kämpfen unterdrückter Völkerschaften Aufklärung über unsere eigenen Verhältnisse zu gewinnen, nährte die Bereitschaft, Bilder, Symbole und Kampfformen aus der Dritten Welt zu übernehmen. Wir dürfen uns dennoch über den Analogiecharakter



einer Bestimmung unserer Zustände hier in der BRD als kolonialistischer nicht täuschen: es gibt z.B. keine linke Legitimation für eine rassistische „Front“ in Europa.

Bild 3 und. 4 zeigen den Richter in Ausübung seiner Funktion, einmal durch Nasenkette verbunden mit dem Kapital, das andremal kungelnd mit der Polizei (die als Zeichen ihres minderen gesellschaftlichen Prestiges auf einer Bank hockt, während der Richter über einen Stuhl mit Lehne verfügt.) Die Schweinegestalt versteht sich.

Daß es nicht falsch wäre, Richter als dem Kapital verpflichtet und als mit der Polizei im Einverneh men darzustellen, haben wir eingangs gezeigt. Aber es ist nun gerade das Stereotyp des schweinischen Richters, das uns das Verständnis für die Klassenjustiz verstellt.

Es gibt konservative, liberale, korrekte Richter, ja, vereinzelt linke Gerichtsassessoren (Berufsverbote wurden nicht nur für Lehramtskandidaten erlassen). Solche für die praktische Auseinandersetzung vor Gericht, in Prozessen wichtige Differenzierungen verschwinden, wenn zur Robe notwendig ein Schweinekopf dazugehören soll. Diese Art von Polemik nötigt höchstens die Justizangehörigen in eine „Einheitsfront“, treibt die Liberalen in die Solidarität mit den Rechten. Sie ist ferner wegen ihrer Diffamierung eines Berufsstandes und einer Personengruppe ebenso verkürzend als gefährlich. Die Sau das ist nicht immer ein Richter oder Staatsanwalt, das kann im konkreten Fall ein Pressetyp, ein Minister oder ein Gutachter sein. Und leistet die stereotype Vertierung einer bestimmten Gruppe nicht auch auf unserer Seite das was die Springerhetze zur Zeit der Studentenbewegung bewirkt hat: Abbau von Hemmungen, eins dieser Schweine - egal, welches - zu ergreifen und umzubringen? Hier wäre - im Zusammenhang mit der politischen Karikatur - eine Parallele: Rudi Dutschke - von Drenkmann. [7]

Schließlich: Die Justiz funktioniert als Klassenjustiz letztlich unabhängig von der persönlichen Integrität des einzelnen Richters oder Staatsanwalts. Indem er dem Gesetz Genüge tut, es erfüllt, nicht indem er es bricht oder beugt, erweist sich der Rechtsprecher als dem herrschenden Interesse unterworfen. Wenn wir die Richter als Monstren darstellen, kommen wir nicht mehr auf die Monströsität des Rechtssystems, das Klassenrecht bleibt, auch da, wo der Richter in einem politischen Prozeß die Gesetze nach bestem Ermessen pro reo auslegt. Die Legalität, auf die die RAF pfeift, ist nicht durch en bloc-Diskriminierung ihrer Repräsentanten anzugreifen, nicht mal wirksam zu kritisieren. Aber vielleicht soll die Konsequenz, mit der Richter in der politischen Karikatur als Schweine erscheinen, gerade auf diesen Zusammenhang verweisen, darauf, daß das System sich über seine Repräsentanten hinwegsetzt, ihnen seinen schweinischen Stempel aufdrückt, ganz egal, wie gutwillig einzelne sein mögen? Eine Antwort hierauf relativiert zugleich unseren Satz von der Monströsität des Rechtssystems, dem auch faire Richter seinen Klassencharakter nicht austreiben können: zwar objektiviert sich das Recht seinen Pflegern gegenüber, aber es wird auch von ihnen zusammengehalten und - womöglich - verändert. Jede Reform, erst recht eine Revolution im Rechtswesen wäre undenkbar ohne Initiative der dort Tätigen; es können auf die Dauer nicht bloß die Angeklagten sein, die auf eine Humanisierung der Justiz hinwirken. Wenn es uns gelänge, das "Schwein" im System zur Anschauung zu bringen, hätten wir wahrscheinlich manchen Justizangehörigen auf unserer Seite - wo die

Justizangehörigen durch die Bank als Schweine aufmarschieren, verschwinden nicht nur die tatsächlich vorhandenen Unterschiede zwischen ihnen, erscheint nicht nur die Justiz als zu unabhängig ihnen gegenüber oder sie als zu unabhängig gegenüber der Justiz (je nachdem, wie man interpretiert), es geht auch jede Vorstellung von Widerspruch, von Subversion in einem gesellschaftlichen Bereich verloren. Es könnte keine Linken im Justizapparat geben, auch der linke Anwalt - da, wo er noch taktiert und linker Anwalt bleiben will - wäre eine Unmöglichkeit.



Bild 5

Zum Schluß ein paar Details zu Bild 5: Hier sieht der Richter die Welt durch Paragraphen an - was ist aber da, wo ein Rechtsfinder eine solche Brille ablegt oder gar nicht besitzt? Es ist bekannt, dass ein Amateur-Recht, gesprochen z.B. in Jugendgruppen, Sportverbänden, Schulklassen über ein Vergehen eines ihrer Mitglieder in der Regel auf härtere Sanktionen kommt als das ordentliche Recht es im selben Falle täte. (Extremes Beispiel: ein "Volkstribunal", gebildet aus Angehörigen der militanten Untergrundorganisation „Bewegung 2.Juni", verurteilte im Juni 74 ein ehemaliges Mitglied, Ulrich Schmücker, der vor der Polizei ausgesagt hatte, zum Tode und vollstreckte das Urteil. Das bürgerliche Recht kennt bei uns die Todestrafe nicht mehr.)

Ferner: Gerade in der politischen Justiz legt der Richter seine Paragraphenbrille gern beiseite. Wir sollten also auf dieser Brille bestehen; die Taktik eines einigermaßen vernünftigen Links-Anwalts läuft denn auch daraufhinaus, dem Richter seine <u>Paragraphenbrille</u> <u>aufzusetzen</u>. Das aufgesperrte Maul des Richters, Zähne als Gitterstäbe, hinter denen ein Genosse schmachtet: hier geht das Richterschwein in das Vollzugsschwein über, das Häftlinge quält. Eine Schuld von Richtern gibt es hier sicherlich: sie sprechen Recht und verurteilen, ohne für die Abschaffung jener Grauzone Sorge zu tragen, von der oben die Rede war.

Das aufgesperrte Maul zeigt noch mehr: es verschlingt: uns, die Genossen, die Linke, es schluckt uns über. Hier gibt es eine Parallele zum Schwein, das ja auch als <u>Allesfresser</u> zum Symbol des Schlimmen wurde. Auf der ersten Seite der Broschüre, die Bild 5 als Titel trägt, beschreibt die RAF den Kapitalismus als allesverschlingenden Terrorzusammenhang (das Band frißt Menschen ... das Büro frißt Menschen ...) Solche Allmacht des Klassenfeinds, dessen Reißzähne jede Lebensäußerung der Beherrschten fassen und in einem gigantischen Schlund zerdrücken, läßt den Griff zur Waffe als ultima ratio erscheinen. Bevor sie uns fressen, soll' wenigstens nochmal knallen.

Anm. 1) Dokumentation der Roten Hilfe: Vorbereitung der RAF-Prozesse durch Presse, Polizei und Justiz, Berlin 1972 (Bilder 1, 3, 4); Hamburger Komitee gegen Folter in den Gefängnissen der BRD: Folter in den Gefängnissen der BRD? Hamburg, 1973 (Bild 5); „Hannoversche Fresse" Nr.7 (Titel: Mordversuch an Katharina Hammerschmidt, Gefängnisärzte, Richter und Staatsanwälte verhindern ärztliche Hilfe), Hannover 1974 (Bild 2)

Anm. 2) „Karikaturen zeigen Studenten als faule Zähne im Kopf des Berliner Bären, Unterschrift: 'Es ist etwas faul in meinem Maul', oder führen einen Straßenkehrer vor, der winzige Demonstranten wegfegt, Unterschrift: 'Berliner Stadtreinigung'. Wiederum lassen diese Prozeduren der Meinungsbildung nach Wortlaut wie übergreifender Tendenz keine andere Möglichkeiten der Interpretation zu als die, es werde hier zur Gewaltanwendung gegen Studierende aufgefordert: man dürfe die Drecksarbeit nicht der Polizei und ihren Wasserwerfern überlassen; 'Stoppt den Terrer jetzt!'; die Bevölkerung müsse ihre Gleichgültigkeit aufgeben, sich wehren. Unter sozial- und informationspsychologischem Aspekt wäre - gerade im Kontext der geschilderten Pressepolitik und angesichts der Stimmungslage in breiten Schichten der Bevölkerung Berlins - auch die Karikatur der Aufforderung zur Gewalttat im Sinne des RGSt 63,170 zu subsumieren. Faule Zähne, so impliziert die Karikatur, müssen gezogen, Dreck muß weggefegt werden.“ P. Brückner, Springerpresse und Volksverhetzung, 69.

Anm. 3) In München, durch unsinnige Urteile berüchtigt, gab es Ende 1968 eine Brandstiftung im Keller eines besonders verhaßten („Polit“-) Staatsanwalts.

Anm. 4) „Unterm Hallo des Publikums wird die Hauptgestalt wie ein Lumpen herumgeschleudert. ... Sofern die Trickfilme neben Gewöhnung der Sinne ans neue Tempo noch etwas leisten, hämmern sie die alte Weisheit in aller Hirne, daß die kontinuierliche Abreibung, die Brechung allen individuellen Widerstandes, die Bedingung des Lebens in dieser Gesellschaft ist. Donald Duck in den cartoons wie die Unglücklichen in der Realität erhalten ihre Prügel, damit die Zuschauer sich an ihre eigenen gewöhnen.“ (Adorno/Horkheimer, Dialektik der Aufklärung, S. 124, Frankfurt 69)

Anm. 5) „Die weiße Vernunft ist um der Nutzbarmachung willen analytisch, die Negervernunft ist aus Anteilnahme intuitiv“. (Senghor)

Anm. 6) Vergleiche hierzu den gespielt naiven Triumphalismus des Bildes auf S.35, zu dem als Text ein Satz wie dieser passen würde: Der Klassenfeind geht seiner unausweichlichen Niederlage unaufhörlich entgegen ...

Anm. 7) Die Parallele reicht allerdings nicht allzu weit: hier ein kaum informierter einzelner, der unter dem Einfluß des Pogromklimas, das BILD u.a. Zeitungen verbreiteten, einen Sprecher der APO töten wollte (und später in der Zelle Selbstmord beging), dort mutmaßlich eine bewaffnete Gruppe die als „Rache“ für den Tod von Holger Meins einen hohen Richter erschießt, der öffentlich im Zusammenhang mit Baader-Meinhof nie hervorgetreten war - eine Gruppe, die offenbar wußte, wie man untertaucht und sich der Fahndung entzieht.

Zudem: die Schuld an beiden Attentaten erweist sich als ungleich verteilt: sie liegt in letzter Instanz, historisch betrachtet, bei den Mächten, die an der Erhaltung des status quo interessiert sind: sie verführten den einen, Bachmann, zum Attentat und drängten über viele Vermittlungen, die anderen, im Falle von von Drenkmann, in die Kriminalität.

V. DIE RAF UND DIE RECHTE

"Heute“, schreibt der Bayernkurier vom 7.12.74, S.1, „hoffen zumindest die Terroristen und ihre lauten und leisen Anhänger, die Pfarrer und Rechtsanwälte und 'Sozialhelfer', die im Untergrund wirken und nichts anderes sind als kriminelle Handlanger, könnte Justizia ... Furcht haben vor einem drohenden Unbekannten, das auf unsere Gesellschaft und unseren Staat offenbar unausweichlich zukommt.“

Natürlich macht die CDU (bzw. CSU), was der Job jeder Opposition in parlamentarischen Demokratien ist: sie interpretiert Affären, Skandale, gesellschaftliche Konflikte und Erschütterungen so, daß die Schuld an deren Zustandekommen bzw. Fortdauer nach Möglichkeit auf die Regierung fällt. Zugleich sollen Wählerstamm und politischer Nachwuchs mitgetroffen werden: daß laut CDU sämtliche Linksintellektuellen in Baader-Meinhof-Nachfolgeorganisationen zusammengeschlossen sind, ist bekannt. Die Rechte wird keine Schwierigkeiten haben, die linke Intelligenz morgen der DKP, sollte diese dann zufällig in den Mittelpunkt kritischer öffentlicher Aufmerksamkeit rücken, als geschlossene Anhängerschar zuzuordnen.

Daß Linke oder überhaupt Intellektuelle verschiedene Meinungen haben, ist einer ihrer Tricks. In Wahrheit sind sie sich einig und identisch mit jenem "drohenden Unbekannten, das auf unsere Gesellschaft und unseren Staat offenkundig unausweichlich zukommt.“

Die Staatsgewalt hat den Linken ein Wortgetüm entliehen: Sympathisant. Im Zusammenhang mit der RAF-Fahndung und der RAF-Zerschlagung kam es ihr, insbesondere ihrem rechten Flügel, als Vokabel in ihren Warnungen und Drohungen gelegen: "Sympathisant von Baader-Meinhof“ sei, so wollen - in jüngster Zeit immer häufiger und nachdrücklicher - rechte Politiker und Publizisten glauben machen, jeder, der öffentlich zum Thema RAF in irgendeiner Weise Stellung nimmt, ohne

vorab darauf zu verweisen, daß die RAF als gemeine Gangsterbände ein solches öffentliches Interesse eigentlich nicht verdiene, ferner jeder, der sich Gedanken macht über Herkunft und Absichten dieser Gruppe (von RAF-freundlichen Stimmen in der Linken nicht zu reden). Tausende solcher Sympathisanten hat die rechte Presse inzwischen ausgemacht. Eine bemerkenswert einflußreiche Organisation, diese RAF, die über einen so starken Stamm von "Sympathisanten" im ganzen Land verfügt! Wie reimt sich das mit der anderen Rechts-Version, es handle sich bei der RAF um eine winzige Minderheit von Kriminellen, an deren Motive kein Gedanke verschwendet werden dürfte?

Indem die Rechten der „Baader-Meinhof-Bande" Massen von Sympathisanten zuordnen, sagen sie zugleich einiges gegen ihren so heiß empfohlenen Terminus "Bande". Sie geben implizit zu, daß die BM-Leute mehr und anderes sind als ein Haufen Krimineller. Oder würden sie hinter einer Bankknackerbande "Tausende von Sympathisanten im ganzen Land" vermuten? Würden sie Sozialarbeiter, Pfarrer oder Wissenschaftler, die sich für Situation und Motive untersuchungsgefangener mutmaßlicher Straßenräuber oder Totschläger interessieren, als Sympathisanten solcher Angeschuldigter betrachten wollen? Wer jedoch einen RAF-Häftling bloß besucht oder nach den Bedingungen der Taten fragt, derer er verdächtigt ist, gilt den rechten Scharfmachern sofort als Sympathisant - und eben durch solchen Verdacht wird die RAF von den Rechten implizit repolitisiert, werden ihr politische Zielsetzungen, mit denen der Sympathisant sympathisieren könnte, stillschweigend zuerkannt.

So kommt die Weigerung der Reaktionäre, die RAF-Genossen als politische Gefangene anzusehen, ihnen politische Motive zuzubilligen, nicht ohne offenen Widerspruch aus. Einerseits soll die RAF nichts als eine schwerkriminelle Gang sein: Scheuch betonte neulich im Fernsehen, Motive seien völlig uninteressant, es ginge lediglich um die Taten selbst, und da läge schwerste Kriminalität: Raub, Mord etc. vor; Stoltenberg schreibt in „Praline": „Und wie beim ersten Male tönt der Chor der Sympathisanten, die noch immer nicht begriffen haben, daß es sich bei diesen Mördern nicht um irregeleitete Idealisten, sondern um Verbrecher handelt.“ (5.12., S.33) - andererseits aber soll die RAF "unseren Staat zerstören" wollen: Stoltenberg a.a.0.: "Haß und Terror, der mit wirren Anarchisten-Ideen mühsam getarnt ist und in Wahrheit auf die Vernichtung unserer Rechtsordnung zielt ...“; soll sie über Tausende von Sympathisanten verfügen. Es scheint also doch Politik im Spiel zu sein. In dem Wort Terror (mehr noch "Terrorist“), das die Rechte ja viel gebraucht, schwingt zweifellos politischer Gehalt mit, ebenso in „Extremist“. Im Schmähwort "Politkrimineller" hat die rechtsbürgerliche Polemik ihr eigenes Dilemma in Sachen Kategorisierung linker konspirativer Militanz zusammengefaßt.

Nehmen wir den Politkriminellen auseinander und beginnen wir mit Überlegungen zur zweiten Hälfte.

Daß die Sicherheitssorger es nötig haben, immer wieder zu betonen, die RAF sei kriminell, obwohl ihr ja doch Taten zu Last gelegt werden, die ganz eindeutig unter schwere Kriminalität fallen, läßt darauf schließen, daß es mit der Kriminalität der RAF eine besondere Bewandtnis hat. Rechte Repräsentanten der Staatsgewalt haben immer viel Mühe darauf verwndet, oppositionelle, schon gar außerparlamentarische, Politik zu kriminalisieren. Manchmal mußten sie Kniffe dafür üben. Die RAF macht so etwas überflüssig. Sie enthebt den law-and-order-Vertreter der Notwendigkeit einer

kasuistischen Argumentation, an der er seine Intelligenz wetzen könnte. Sie macht ihn zunächst mal hilflos. Ein politisches Programm, das Gesetzesübertretungen als Mittel im Kampf offen propagiert, eine Gruppe, die solche Übertretungen bewußt ausführt, kann man nicht kriminalisieren, verstanden als ein Prozeß des Hineindrängens in strafrechtlich zu sarktionierende Tatzusammenhänge, des Unterschiebens von Straftaten (wie geschehen bei Prozessen oder Klagen gegen Demonstranten, Schülerläden, Kommune 1 etc.). Eine solche Gruppe ist schon fast "metakriminell“, insofern sie den Gesetzesbruch offen in ihre Zwecke einschließt, ja weitergeht: das Gesetz für sich selbst abschafft, es verhöhnt und ignoriert. [1] Das Chaos der RAF-Prozesse, die Weigerung der Angeklagten, in der U-Haft und vor Gericht die ihnen zugedachte Rolle zu übernehmen, stellen einen über den Gesetzesbruch hinausgehenden Normenbruch dar, für den keine Sanktion zu hart scheint. Dieser metakriminelle (und damit zugleich politische) Charakter der RAF-Strategie läßt es dem Instinkt des Reaktionärs geboten erscheinen, die Gruppe erst einmal zu rekriminalisieren, ihr den normalen Verbrecherstatus zuzuweisen, um die Irritation loszuwerden, die eine offene und bewußte Negation des geltenden Rechts im Gegensatz zu einem bloßen Bruch hervorruft. Könnte man sagen, daß der gewöhnliche Verbrecher das Gesetz übertritt oder verletzt, damit dessen legitime Existenz (negativ) anerkennt, so wäre die Praxis der RAF ein Bestreiten der Legitimität des Gesetzes, ein Handeln nicht jenseits der Legalität, sondern gegen sie. Dieses Handeln behauptet zugleich seine eigene Legitimität und setzt damit theoretisch eine alternative Legalität. Der wiederholte Ruf der Rechten: „... nichts als eine Bande Krimineller!" soll diese Ungeheuerlichkeit auslöschen, soll geregelte kriminelle Verhältnisse wiederherstellen, soll den Richtern sagen: was auf Mord und Totschlag steht, wißt ihr doch, wozu also die Aufregung! Das Politische an der Kriminalität der RAF macht es nötig, auf dem bloß Kriminellen zu bestehen. Natürlich wissen die Kettenhunde der Bourgeoisie in Redaktionen und Parlamenten, daß es Kritik am Rechtsstaat auch außerhalb der RAF gibt, vorgetragen und praktiziert mit Methoden und zu Zwecken, die denen der RAF keineswegs ähnlich sehen. Insofern es sich aber in den Augen der Rechten hier durchweg um zu kriminalisierende Aktivitäten handelt, um Meinungen, Theorien oder Aktionen, die, selbst wenn neue Gesetze dafür geschaffen werden müßten, unter den Druck einer Strafdrohung gepreßt werden müssen, sehen die Rechten eben doch Ähnlichkeiten. Zwar führte der Weg der Kriminalisierung gewissermaßen andersherum (keine Rekriminalisierung wie bei der RAF, sondern ein Hineindrängen in Kriminalität, s.o.) aber auf dieselbe Markierung: Politkrimineller, zu. So liegt für die Rechten durchaus Logik darin, in das Feld der RAF-Sympathisanten alle jene einzuschliessen, die Kritik am Staate, und sei es auch nur am Strafvollzug, zu äußern wagen.

Wir kommen jetzt zur ersten Hälfte des Politkriminellen.

Daß es sich um politisch motivierte Kriminalität handelt, betont die Rechte nicht, sie sagt es aber implizit („Die wollen den Rechtsstaat zerstören“, „Es gibt Tausende von Sympathisanten im ganzen Land“). Daß die politischen Aspekte möglichst nicht als solche bezeichnet werden, läßt darauf schließen, daß sie für die Rechte mit einer besonderen Brisanz verbunden sind.

Stoltenberg spricht es aus: "Es ist die Vernichtung unserer Rechtsordnung ...“ worauf die Politik der RAF "in Wahrheit“ zielt. Die Rechte muß sich als Verteidiger des Rechtsstaats profilieren, sich darstellen in dieser politischen Funktion - damit fällt aber dem Angreifer ebenfalls eine politische Funktion (und mögliche politische

Sympathie) zu. Jeder Angriff auf den Staat ist per def. ein Politikum. Er enthält Kritik an seiner Organisation und Funktion, an seinen Repräsentanten, theoretisch oft, praktisch manchmal, vernichtende Kritik. Indem Staatsschützer dieser Kritik entgegentreten, begeben sie sich in eine wie immer durch bestehende Gewaltverhältnisse vorentschiedene politische Auseinandersetzung. Und das wissen sie auch. Was ihnen so besondere Schwierigkeiten bereitet, sind die Mittel, die die RAF anwendet.

Ginge die Rechte auf die RAF-Strategie als auf eine politische und auf ihre Mittel als auf politische ein, so ließe sich nicht verbergen, daß der Rechtsstaat mit denselben Mitteln geschützt wird, mit denen er durch die RAF „bedroht“ wird. Die Gewaltform der Staatssicherheit stünde nackt da.

Gerade für die Rechten ist dieser Zusammenhang peinlich, weil sie oft ihre Funktionen gerade in Bereichen suchen, die der Organisation der Staatsgewalt als physisch-materieller Gewalt am nächsten stehen (Innenministerium, Polizei, Militär). Der „starke Mann" als Gallionsfigur der Rechten ist der bewaffnete Mann. Aber der bewaffnete Mann darf seine Waffen hier und heute nicht offen zeigen. Worauf er zeigen muß mit Fingern, das sind Elemente, Extremisten, Verbrecher, Neger oder Juden, die Dinge tun sollen, zu denen der starke Mann seine Bevölkerung die Waffe als Antwort hinzuassoziieren läßt. Meist sind ja diese "inneren Feinde" friedliche Leute, wenn sie aber nun plötzlich schiessen, bringen sie den starken Mann und seine Anhänger in die Verlegenheit, schlecht über die Verwendung von Waffen als Mittel politischer Auseinandersetzung sprechen zu müssen. Also reden sie auch weniger über die Waffe, als von den falschen Händen, in der sie steckt. Die Bestreitung des physischen Gewaltmonopols des Staates, die die RAF praktiziert, ist für die Rechten zusätzlich ein Sich-Vergreifen am Potenzsymbol des starken Mannes. Da ihr eigenes Nonplusultra der bewaffnete Kampf ist, reden sie lieber nicht über das politische Konzept der RAF, sondern mogeln es, so gut es geht, beiseite. [2] Weil also die Politik der RAF zeigen könnte, daß rechte Politik Mord- und Totschlag als legitimes Mittel kennt, also tendenziell kriminell ist (sieht man einmal davon ab, daß dem Staat manches gestattet, was dem Bürger verboten ist), darf sie nicht Politik genannt werden.

Man kann das Ganze auch viel einfacher und sicher nicht weniger richtig interpretieren. Die rechte Bourgeoisie will beides. Sie will die RAF isolieren, Solidarität mit ihr als mit einer Gruppe von politischen Häftlingen unterdrücken, Verständnis für ihre Herkunft aus der Studentenbewegung, Verständnis für ihre politische Motivation, ihr soziales Engagement erschweren. Deshalb ist sie daran interessiert, die RAF als „bloß kriminell" hinzustellen.

Sie will aber zugleich Linke und Liberale, mögen die der RAF-Politik noch so fern stehen, ja sogar von dieser Gruppe und deren Geschichte gar nichts wissen wollen, im Zusammenhang mit der öffentlichen Aufregung, die RAF-Prozesse, Hungerstreik, Racheanschläge etc. hervorrufen, desavouieren, will die öffentliche Empörung über die RAF ausnutzen, um wahllos möglichst sämtliche politischen Gegner irgendwie in den Schlagschatten dieser Empörung zu tunken und anzuschwärzen. Ein gutes Beispiel dafür ist Bischof Scharf. Leute wie er, die sich für eine mögliche politische Strategie der RAF gar nicht interessieren, die zu Ulrike Meinhof wie zu jedem anderen Häftling gehen, die also in einem gewissen Sinn genau die Einstellung zur RAF an den Tag legen, wie es die Rechte fordert (sie als bloß kriminell ansehen),

werden gleichwohl zum Opfer rechter Schmähung. Hier ist es dann wieder der politische Charakter einer Vereinigung wie der RAF, der herhalten muß, um Intellektuelle, Geistliche u.a. zu diffamieren.

So kommt als drohendes Bekanntes auf unsere Gesellschaft ein Staat zu, der seine Kritiker der Sympathie mit der Anwendung jener Mittel zeiht, die er selbst benutzt, um mit der Gewalt auch noch die Politik zu monopolisieren und der Gesellschaft nur die Wahl zwischen Kriminalität und Quietismus zu lassen.

Anm. 1) Hier wäre der Anarchismus-Vorwurf einzuordnen.

Anm. 2) Dieser Zusammenhang spricht nicht für die RAF.

ZWEI DUTZEND ARTIKEL FÜR EINE INFORMELLE ORGANISATION AUTONOMER GRUPPEN

Zunächst zum Selbstverständnis einer autonomen Gruppe im math/nat Bereich der Universität Bremen. Außerdem als Anregung für Genossen, die anderswo arbeiten.

April 1974

WER WIR SIND

1.

Wir sind bisher Einzelne und wollen Genossen werden. Wir wollen unsere Vereinzelung überwinden. Aber nicht dadurch, daß wir uns irgend einer Führung unterstellen. Wir wollen selbständig zusammenarbeiten: miteinander über unsere Belange sprechen und gemeinsam handeln. Autonom, freiwillig und solidarisch. Gemeinsamkeit ist für uns keine Frage eines vereinigten Oberkommandos. Wir organisieren uns selbst. Wir folgen einfach der alten, oft mißdeuteten Aufforderung, die eben n i c h t hieß: "Proletarier aller Länder l a ß t euch vereinige“.

2.

Wir brauchen keine Belehrung über unsere angebliche Klassenlage. Wir sind ganz gewöhnliche Leute. Wir kommen aus verschiedenen Arbeits- und Erfahrungsbereichen. Aber niemand von uns ist ein Monopolbourgeois, ein multinationaler Konzern oder ein Boß. Nach unserer Erfahrung gehen solche Belehrungen stets von Leuten aus, die selbst keine Arbeiter sind. Dafür erheben sie aber im Namen der Arbeiterklasse obskure Ansprüche auf eine führende Rolle.

3.

Wir finden uns damit ab, je nach dem als Abweichler Anarchisten (Anarchos), Chaoten, Extremisten, Kommunisten, Linke, Liberale (Scheißer), Maoisten, Marxisten, Pazifisten, Radikale, Reformisten Revisionisten (Revis), Sozialdemokraten (Sozis), Sozialisten, Spontaneisten (Spontis) oder Trotzkisten, als Spalter oder Versöhnler bezeichnet zu werden. Für uns gibt es unter allen, auf die eine dieser Bezeichnungen üblicherweise angewandt wird, Genossen.

4.

Ebenso lassen wir uns durch Beifall von der falschen Seite nicht beirren. Wenn Genossen uns beschimpfen, weil Reaktionäre nicht umhin können, uns etwas Richtiges zuzugestehen, dann sagt das lediglich etwas über das Urteilsvermögen dieser Genossen aus. Wir werden uns auch nicht für Unrecht, Unmenschlichkeit und-Unfreiheit aus sprechen, wenn Reaktionäre - aus welchem Grund auch immer - Gerechtigkeit, Menschlichkeit und Freiheit deklarieren.

WAS WIR WOLLEN

5.

Ziel und Inhalt revolutionärer Tätigkeit ist für uns die Umkehrung von Herrschaftsverhältnissen und die Herstellung von Demokratie. Auch und gerade in den Bereichen der Gesellschaft, in denen es bisher keine Demokratie gibt. Dabei kann es sich nur um eine E r w e i t e r u n g der Grundfreiheiten, der Rechte des Volkes gegenüber den Herrschenden handeln. Eine Erweiterung dieser Rechte und Freiheiten kann nicht damit beginnen, daß sie zunächst auf Null zurückgeschraubt werden. Für mehr Freiheit ist es nie zu früh.

6.

Wir halten die den Herrschenden in früheren Revolutionen abgerungenen verfassungsmäßigen Rechte – wie z.B. Informationsfreiheit und Koalitionsfreiheit - für notwendig und wohltuend. Wir lehnen es ab, sie mit der Bezeichnung Bürgerliche Freiheiten zu relativieren und für eigentlich historisch so überholt wie das Bürgertum zu erklären. Bürgerlich ist lediglich, daß die Arbeitenden es immer noch schwer haben, in ihren Genuß zu kommen. Jede wie immer begründete Willkürherrschaft dagegen halten wir für ihrem Wesen nach konterrevolutionär. Auch, wenn sie mit dem Namen Revolutionäre Volksherrschaft daherkommt.

7.

Wir stehen keiner bestimmten Organisation besonders feindlich oder konkurrierend gegenüber. Wir maßen uns auch kein Urteil darüber an, welche Organisation links ist und welche nicht. Wir betrachten die bestehenden Organisationen als Teil der Gesellschaft, in der wir nun einmal leben. Sie spiegeln die herrschenden Verhältnisse wider: Die Führenden haben immer andere Interessen, als die Geführten. Führer wollen herrschen. Von oben nach unten. Um das zu verschleiern, täuschen sie eine Gemeinsamkeit zwischen Führern und Beherrschten vor. Auch wenn das mit einem linken Anspruch geschieht, ist es reaktionär. Dann ist es sogar besonders scheußlich. Der Feind steht immer oben.

8.

Wir werden uns dem überall verordneten Organisationsegoismus, den Ab- und Ausgrenzungsstrategien nicht fügen. Wir lassen uns nirgends die Verbindung zu Genossen, die woanders organisiert sind, verbieten. Wir werden in allen Organisation gerade das tun, was verpönt und verboten ist: Fraktionen bilden und Querverbindungen herstellen. Je nach den Möglichkeiten heimlich oder offen. Wir nehmen uns uneingeschränkte Koalitionsfreiheit. Sie ist für uns ein Grundrecht, das überall gilt. Kein Verein hat das Recht, sie nach Gutdünken für seine Mitglieder teilweise außer kraft zu setzen.

9.

Obwohl wir die Marxsche Theorie als kritische Methode hoch schätzen, können wir uns für keinen der vielen Richtigen Marxismen entscheiden. Denn welche wir auch immer wählten, es wäre doch jeweils der falsche. Bei Auseinandersetzungen innerhalb der Linken dient der Marxismus in der Regel dazu, den anderen Genossen zu beweisen, daß es ihnen am richtigen Bewußtsein gebricht. Wir lassen uns nicht auf eine ideologische Linie festlegen, deren Verlauf sich angeblich etwa als fünfte Ableitung aus dem Marxismus ergibt. Der Marxismus ist für uns keine Größe, die im mathematischen Sinne stetig und differenzierbar ist.

WIE WIR ARBEITEN

10.

Wir sind der Meinung, daß der revolutionäre Kampf in einem hoch industrialisierten Land - soweit er offensiv ist - nicht mit Waffengewalt geführt werden kann. Wir sind nicht in der Lage, dem Gewaltpotential der Herrschenden wirksam zu begegnen. Wir müssen es wirksam umgehen, unterlaufen, ihm ausweichen. Unsere wichtigste Waffe ist der systematisch und zielstrebig betriebene Ungehorsam. Gegen organisierten, erst beispielhaften und dann massenhaften synchronisierten Ungehorsam sind die Herrschenden weitgehend machtlos.

11.

Wir werden damit im kleinen beginnen. Damit zum Beispiel, daß wir autonom und solidarisch zusammenarbeiten, obwohl das in der Ordnung der Herrschenden nicht vorgesehen ist. Wir werden mit Fleiß immer gerade das tun, was ungewöhnlich ist und was man nicht tut. Wir werden systematisch und möglichst massenhaft die Gewohnheiten und die ungeschriebenen Gesetze brechen, die Sitten und Bräuche, auf welche die Herrschenden ihre Macht stützen. Wir werden die Fragen stellen, die man nicht stellt. Und mit denen reden, mit denen man nicht spricht. Zum Beispiel mit den Mitgliedern der anderen Partei. Wir werden uns nicht scheuen, je nach der Situation den Eulenspiegel, den Schweijk oder den Dorftrottel zu spielen.

12.

Wir nehmen uns - entsprechend den jeweiligen Möglichkeiten - uneingeschränkte Informationsfreiheit. Informationsfreiheit heißt für uns, daß niemand gehindert oder gezwungen wird, Informationen zu geben oder zu nehmen. Vor allem werden wir alle erreichbaren Informationen denjenigen zugänglich machen, die sie betreffen. Wir werden Öffentlichkeit herstellen, wo gemauschelt wird. Die Geheimnisse der Herrschenden ausplaudern. Ihre geheimen Unterlagen (schwarze Listen, Karteien usw.) aufspüren und gegebenenfalls veröffentlichen oder vernichten. Unser Verständnis von Gewaltlosigkeit schließt durchaus z.B. die Öffnung eines bewehrten Schrankes ein, in dem Pläne für einen Putsch gegen die Demokratische Ordnung lagern.

13.

Ein wichtiger Teil unserer Arbeit ist es, praktische Voraussetzungen für die Informationsfreiheit zu schaffen und allgemein zugänglich zu machen. In diesem Sinne werden wir unsere jeweiligen Spezialkenntnisse einsetzen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die technische Entwicklung nicht bei Gutenberg stehengeblieben ist. Für beispielhaft halten wir den in Athen während der jüngsten Unruhen von Studenten in der Technischen Universität selbst gebauten und betriebenen Rundfunksender. Die hochentwickelte Nachrichtentechnik darf nicht länger ausschließlich ein Instrument in der Hand der Herrschenden und ihrer Medizinmänner bleiben. Wir werden sie in einfache, für jedermann verständliche Formen umsetzen. Dazu gehört, daß wir Geräte entwickeln, die nach einer verständlichen Anleitung auch unter primitiven Bedingungen von Laien und Amateuren mit improvisierten Mitteln gebaut werden können. Andererseits sollten sich möglichst viele Genossen soweit qualifizieren, daß sie die modernen Datenverarbeitungs- und Nachrichtentechnik beherrschen. Ein Genosse, der einen Komputer bedienen kann, nützt uns mehr, als fünf linke Medizinmänner, die nur marxistische Beschwörungsformeln herbeten können.

14.

Neben den Aufgaben, die sich aus der Tagespraxis ergeben, werden wir auch eine eigene, langfristig angelegte Arbeit organisieren. Sie umfaßt die Beschäftigung mit der Berufsperspektive ebenso, wie den Ausbau unserer Organisation, das Knüpfen des Netzes von Verbindungen. Für die in der Ausbildung Befindlichen heißt das, daß sie sich auf ihre spätere Berufspraxis auch politisch vorbereiten und die Genossen unterstützen, die dort schon arbeiten. Für jene heißt es, die Jüngeren zu beraten und mit ihnen zusammenzuarbeiten. Es heißt allerdings ganz sicher nicht, daß Leute aus Hochschulgruppen die Genossen aus Betriebsgruppen anleiten und ihnen das Richtige Bewußtsein aufschwatzen.

15.

Einen dritten wichtigen Aufgabenbereich sehen wir in der theoretischen Arbeit. Dazu gehört einerseits, daß wir wissenschaftliche Kritik an den Inhalten und Methoden in unserem jeweiligen Fach erarbeiten. Andererseits müssen wir uns auch mit theoretischen Fragen des revolutionären Kampfes auseinandersetzen, mit Problemen der Strategie und Taktik. Wir erwarten dabei von Genossen, die das als Fachgebiet haben, Unterstützung, aber keine Bevormundung.

WO WIR ARBEITEN

16.

Wir arbeiten als Genossen überall da zusammen, wo wir es für richtig und notwendig halten. In erster Linie am Arbeitsplatz. Ganz gleich, ob der Arbeitsplatz im Produktionsbereich, im Verwaltungs- oder Ausbildungsbereich liegt, ob wir Ausbilder oder Auszubildende sind. Wir werden jedoch unsere Zusammenarbeit nicht auf den Bereich beschränken, der sich durch die Zufälligkeit des gemeinsamen Arbeitsplatzes ergibt. Aus unserer politischen Arbeit schließen wir grundsätzlich keinen Bereich aus. Sie soll nach Möglichkeit die berufliche Arbeit ebenso umfassen, wie das private Leben. Und überall dort, wo wir als Genossen zusammenarbeiten, existiert unsere Organisation. Ob das in einer Wohngemeinschaft ist, oder in einer Arbeitsgruppe, in der interessierte Genossen an einer bestimmten theoretischen Frage arbeiten. Ob das im Elternrat einer Schule ist, oder innerhalb irgendwelcher Organisationen oder Interessengemeinschaften, in Gewerkschaften oder Parteien.

17.

Von besonderem Interesse sind für uns die vom Arbeitsplatz aus wählbaren Gremien, deren mehr oder weniger große Kompetenzen durch demokratische Entscheidungen ausgefüllt werden können. Wir werden die organisierte Arbeit in diesen Gremien nicht länger allein irgendwelchen von einem zentralistischen Apparat gelenkten Parteien oder sonstigen Organisationen überlassen. Da es in diesen in der Regel eine demokratische Willensbildung nicht gibt, unterhöhlen sie das Prinzip der demokratischen Entscheidung in den Gremien, sobald sie die Mehrheit haben. Da ist die SPD nicht besser als die KPD oder die CSU. Das ist in Betriebs- und Personalräten, Studentenvertretungen, Fachbereichsräten und Parlamenten unter dem Namen Durchmarschpolitik wohlbekannt.

WIE WIR UNS ORGANISIEREN

18.

Wir organisieren uns formlos, informell. Insbesondere gibt es unter uns keine formalisierte Mitgliedschaft. Die Zugehörigkeit besteht in der Mitarbeit an dem

konkreten Vorhaben einer bestimmten Gruppe. Sie wird lediglich durch das Vertrauen der Genossen untereinander begründet. Es ist niemand von der Mitarbeit grundsätzlich ausgeschlossen. Wenn ihn hier die Genossen nicht wollen, heißt das nicht, daß Genossen anderswo ihn auch ablehnen müssen.

19.

Umgekehrt hat niemand einen formalen Anspruch auf das Vertrauen der Genossen. Auch und schon gar nicht, wenn er als sogenannter Obergenosse, als Autorität daherkommt. Wir werden jeden fortjagen, der bei uns eine führende Rolle verwirklichen oder uns das Richtige Bewußtsein beibringen will. Skeptisch sind wir gegenüber allen, die sich von Berufs wegen mit Sozialismus befassen. Vor allem von Professoren in den einschlägigen Fächern erwarten wir Vornehme Hanseatische Zurückhaltung.

20.

Wir sind keine studentische Standesorganisation, Wo wir an Hochschulen arbeiten, sind wir selbstverständlich für die Mitarbeit von Hochschullehrern und Verwaltungsstellen offen. Ebenso werden wir dort, wo wir in Betrieben arbeiten, niemanden von der Mitarbeit ausschließen, zu dem wir Vertrauen haben und der uns helfen kann. Wir organisieren uns ohne starres Schema, so wie es den Erfordernissen der Arbeit, sowie unseren Wünschen und Bedürfnissen entspricht.

21.

Unsere Form von Selbstorganisation hat zwei Komponenten. Soweit es sich um Selbstorganisation an der Basis handelt, machen wir nichts grundlegend Neues. Das wird von zahlreichen Genossen an vielen Orten in Basisgruppen auch schon getan. Und es geht auch nur so herum. Die Organisation kann nur von der Basis her aufgebaut werden. Es nützt jedoch wenig, wenn das sporadisch bleibt und wenn die Genossen ohne Verbindung zueinander sind.

22.

Andererseits geschieht nichts von selbst. Auch nicht die Selbstorganisation. Die Kader, die Genossen, die dafür die Initiative ergreifen, sollten in der Lage sein, auch untereinander eine systematische und kontinuierliche Verbindung, sprich Organisation , herzustellen. Die Verbindungen sind informeller Art und dienen der gegenseitigen Hilfe. Sie sollen so zahlreich wie möglich sein und kreuz und quer laufen. Desto schwieriger ist es auch für den Gegner, sie zu orten und zu unterbrechen. Es soll aber für jede Gruppe von Genossen eine garantierte

Verbindung zur Gesamtheit der Organisation geben. Man muß gegenseitig erreichbar sein.

23.

Für den Teil der Organisation, der die verschiedenen Basisbereiche miteinander verbindet, kann es sinnvollerweise keine territoriale Beschränkung geben. Es wird sicher im Laufe der Zeit die Bildung von örtlichen, regionalen, überregionalen und auch internationalen Koordinationsorganen notwendig werden, Komitees oder wie immer die Genossen das nennen wollen. Deren Aufgabe ist es, den Informationsfluß zwischen den verschiedenen Basisgruppen zu sichern. Einen in beide Richtungen funktionierenden Informationsfluß, im Gegensatz zu den herkömmlichen Einbahnstraßen, bei denen in der einen Richtung die Meldungen, in der anderen Richtung die Anweisungen laufen. Diese Organe können jedoch keinerlei Kompetenzen als Vertretung der autonomen Gruppen haben oder für diese verbindliche Beschlüsse fassen. Wir brauchen deshalb auch keine formalisierten Leitungsstrukturen und vor allem keinen Apparat. Wo die Arbeit mit technischem Aufwand verbunden ist, zahlen wir ihn aus eigener Tasche oder schmarotzen bei anderen Organisationen oder Institutionen. Ebenso werden wir uns überall die auch ohne uns vorhandenen organisatorischen Strukturen zunutze machen, um untereinander in Verbindung zu kommen und zu bleiben. Wenn - was sich ja nicht verbieten läßt - irgendwo Tendenzen zu Herrschaftsstrukturen in den Organisationen oder zur Apparatbildung auftauchen, handelt es sich nicht mehr um unsere Organisation. Dann müssen wir abermals neu beginnen, uns autonom zu organisieren.

24.

Was wir tun, widerspricht zweifellos den herkömmlichen Vorstellungen über Organisation. Es handelt sich um Organisation von neuer, von ungewohnter Qualität. Manche Genossen müssen sich sicher erst von dem Komplex freimachen, diese einfache Art der Zusammenarbeit sei keine richtige, vollwertige Organisation. Es ist jedoch die wirksamste Form von Organisation, wenn Autonomie und Solidarität sich gegenseitig ergänzen. Wir treten ohne großen ideologischen Anspruch auf. Wir nehmen uns - verglichen mit anderen - eigentlich recht wenig vor. Aber wenn wir das Wenige leisten, wird das ein erfreuliches Ergebnis haben. Wir versprechen kein Himmelreich und verlangen kein Glaubensbekenntnis. Auch diese Artikel fassen wir mehr als einen Prozeß auf, der den Prozeß des Fortganges unserer Arbeit begleitet und widerspiegelt. Sie werden sich entsprechend verändern müssen. Wir werden selbstverständlich auch mit Genossen zusammenarbeiten, die mit ihnen nicht ganz einverstanden sind. Aber wir werden uns niemanden unterordnen.

Kontaktadresse:
Hugo Petermann

„Was sollen wir eigentlich einem bürgerlichen Beruf?“

von der Red. und von Genossen und Genossinnen aus Erlangen und Hannover

ÜBERLEGUNGEN ZUM KAMPF GEGEN DAS BERUFSVERBOT

Wir dürfen uns nicht wundern, wenn der Klassenfeind zuschlägt. Aber wir dürfen es uns auch nicht gefallen lassen. Freiheitsrechte wie das der Meinungsäußerung, der freien politischen Betätigung und der freien Berufswahl gelten immerhin mit als Legitimationsgrund für bestehende Herrschaft; wenn Herrschaftsträger sich daran machen, diese Rechte zu suspendieren, um ihre Macht nicht zu gefährden, müssen wir sie darauf stoßen, daß sie durch solches Handeln: Aufgabe von Elementen ihrer eigenen Legitimation, aus der Gefährdung nicht herauskommen. Sind Beamte etwa Leibeigene der Regierung und nicht Diener der Gesellschaft [1] und wäre es ihnen als solchen nicht im Grunde eher angemessen, Meinungen von Minderheiten mitzurepräsentieren, als sich ihrer zu enthalten? Wenn der Staat die Freiheiten, dank deren garantierter Existenz er in der Lage ist, uns zu repräsentieren, kassiert, um deren Inhalte, wie er sie unter dem Blickwinkel der Herrschaftssicherung versteht, zu bewahren, bleibt der gesellschaftlichen Basis nichts anderes übrig, als auf der formellen Sicherung ihrer Rechte zu bestehen. Aber schon für die rein formelle Sicherung bedarf es der Auslegung. Wir sind gezwungen, der Bourgeoisie die FDGO streitig zu machen, ihr zu beweisen, auf wie schlechtem Fuß sie mit ihren eigenen Idealen lebt. Diesen Disput üben wir zusammen mit experimenteller Auslegung auf anderen, praktischen Gebieten. Wenn Staatsorgane, träge wie sie sind, zu interpretieren beginnen, um der Gesellschaft aufzureden, daß Einschränkung von Freiheit sich als bestes Mittel zur Bewahrung von Freiheit anbietet, so antworten sie damit meist schon auf praktische Interpretationen von unten, die in der Benutzung von Freiheiten deren immanenten Konflikt mit der staatlichen Herrschaft hervorgetrieben haben.

Die Einschränkung der Freiheitsrechte der Bürger erweist sich ihnen dann als bestes Mittel zur Bewahrung der Freiheit des Staates.

BERUFSVERBOTE ALS NOTWENDIGKEIT FÜR DEN STAAT

Warum schmeißt der Staat Leute aus seinem "Dienst“, bzw. verweigert ihnen den Zutritt?

Wenn wir darauf verzichten, Kapitalbewegungen zur "Ableitung" des Berufsverbots heranzuziehen, dann nicht bloß, weil die Zusammenhänge in ihrer allgemeinen Form

klar sein dürften, sondern weil die Rückführung politischer und sozialer Prozesse auf Ausbeutung, Imperialismus und Verwertungsschwierigkeiten dazu beitragen kann, daß wir die relative Selbständigkeit gesellschaftlicher Subsysteme wie z.B. der Beamtenschaft nicht mehr sehen. Die Eigengesetzlichkeit, mit der solche "Kasten" wie die Beamtenschaft im gesellschaftlichen Gefüge funktionieren und sich dem Zugriff der modernisierenden Dynamik des Kapitals gerade entziehen, mit der sie sich normativ und strukturell qualitativ "einfach reproduzieren“, die nationalen Traditionen und die aktuellen Bedingungen, die ihre Besonderung begünstigen, schließlich der Zusammenhang, in dem solche spezifischen Faktoren inspirierend miteinwirken auf Konzepte wie das Berufsverbot - das zu untersuchen wäre viel interessanter und wichtiger, Es gibt z.B. im Beamtenrecht das Postulat von der „Reinhaltung der Beamtenschaft“, das Anpassung an herrrschende Machtverhältnissse in pädagogisierender Weise vorschreibt und die Ausschließung bestimmter Individuen von Beamtenpositionen impliziert.

Ein anderer Gesichtspunkt, speziell die Lehrer und Hochschullehrer betreffend:

Es ist nicht allein die Linke, die sich der großen Bedeutung der Sozialisationsberufe für Loyalität oder Ungehorsam von Massen bewußt geworden ist. Die Bourgeoisie blickt auch durch. Eine Erziehung der Jugend zum Ungehorsam liegt nicht in ihrem Interesse. Sie muß versuchen, die Ausbreitung von Inhalten an Schulen, Vorschulen und Kindergärten, die den Blick für aus Klassenkonflikten stammende gesellschaftliche Gegebenheiten schärfen, die zu aktiver Parteinahme für Unterprivilegierte, zu Selbstbewußtsein bei Arbeiterkindern, gar zu sozialistischer Programmatik führen könnten, zu unterbinden. Sie muß ebenso versuchen, Formen des Umgangs von Lehrern mit Kindern und Jugendlichen, die eine Ahnung von Möglichkeiten antihierarchischer, nicht-autoritärer Kommunikation im Prozeß des Lernens und Lehrens aufkommen lassen, zu diskreditieren und zurückzudrängen. Das Berufsverbot hat hier einen antiliberalen, antidemokratischen Aspekt, es soll Konsequenzen bürgerlicher Revolution zugunsten obrigkeitsstaatlicher Zurichtung, autoritärer und untertäniger Verhaltensformen ersticken. Schüler, die nicht mehr aufstehen, wenn der Lehrer reinkommmt, sind am Ende nicht bereit, ihr Vaterland zu verteidigen oder Polizist zu werden.

Allgemeiner: Das Berufsverbot soll aus der Beamtenschaft, insbesondere aus Schulen und Universitäten, aber auch aus anderen Berufsfeldern, deren Vertreter in einem besonderen Verhältnis zum Staat stehen, z.B. Richter und Anwälte, aus der staatlichen Verwaltung etc. Inhalte eliminieren, die im Widerspruch zum Kanon des etablierten Bildungsgutes, zum bürgerlichen Normen- und Wertekatalog stehen.

Es soll Formen des Lernens und sozialer Interaktion verhindern, die überhaupt erst das Versprechen der bürgerlichen Revolution nach Chancengleichheit usw. einlösen würden (nicht zu reden von sozialistisch-antizipierenden kollektiven Formen). Es richtet sich insofern gegen Lehrinhalte und -formen, die einem eng ausgelegten Begriff von bürgerlich-parlamentarischer Demokratie oder von der herrschenden Wirtschaftsform nicht subsumierbar sind und gegen mögliche gesellschaftliche Wirksamkeit von Interessen, deren Ziele über das bestehende System hinausweisen. Die Administration, die seit Jahren die Absicht hat, ihre Kontrolle über öffentliche Institutionen und Prozesse zu steigern, die Ernst damit macht, die längst Humboldtsche Ideale von Staat und Bildung durch tätige Affirmation an technokratische Steuerungsmodelle ersetzt hat, die an der Reibungslosigkeit von

Funktionen, an der Entpolitisierung sozialer Konflikte und ihrer Institutionalisierung interessiert ist, diese Administration will, ja muß aus den Institutionen jene Kräfte fernhalten, die auf Basis-Initiative, auf Aneignung des Lebens- und Berufsmilieus, auf Momenten direkter Demokratie und auf Selbstverwaltung bestehen. Sie trifft hier bzw. versucht zu treffen auch „Unorganisierte“, Spontis etc., Genossen also, die ihren Protest, ihren Impuls zu Veränderung und Selbstveränderung nicht gegen einen Parteiausweis eingetauscht haben. An diesem Punkt wären die Unterschiede in der Taktik der bürgerlichen Parteien zu bedenken: die CDU will Pateimitgliedschaft zum Kriterium machen, ob jemand zum Staatsdienst zugelassen werden darf oder nicht, das scheint ihr am einfachsten und klarsten; die SPD besteht auf der Prüfung des Einzelfalls, weil das Kriterium Parteimitgliedschaft alle jene unberücksichtigt ließe, die als unorganisierte oder locker gruppierte Partisanen den Apparat bedrohen könnten. Solche Linke sind natürlich für die SPD (und nicht für die CDU) ein Problem „in eigener Sache“, denn wenn die den Schritt zur Organisation doch tun, um ihre Ideen einzubringen, dann zur GEW oder zu den Jusos.

Das Berufsverbot ist ferner ganz schlicht Rache für die Studentenbewegung. Wer damals als "Rädelsführer" hervortrat, kann sicher sein, daß die Bourgeoisie ihm das heute vergilt. Die Kandidatenanhörungen zeigen, daß die Befrager gern mit ausführlicher Süffisanz bei den Jahren 1967 bis 69 verweilen. Da gab's z.B. an einen Genossen aus unserer Redaktion die Frage: Denken Sie mal an das Jahr 1969. Haben Sie da nicht etwas gemacht, was Sie heute nicht mehr machen würden? Auch moderne Inquisition kommt ohne die Aufforderung zum Widerruf nicht aus. Bitte ab und das Schulamt gibt dir seinen Segen. Als könnte die Studentenbewegung zum Un-Geschehen werden, wenn alle, die sich in ihr bewegten, heute bekennten, daß sie's nie wieder tun wollen. E pur si muove!

Wir wollen noch einen letzten Aspekt behandeln zur Frage, warum der Staat Leute aus seinem Dienst entfernt: Die technokratische Hochschulreform. Vermittels des Berufsverbots versucht der Staat eben jene Kritik zum schweigen zu bringen, die er mit seinem Versuch, die Hochschule einer rigiden Kontrolle zu unterwerfen, um die Produktionskosten und die Subversion von Wissen zu minimieren, d.h. um Wissenschaft billig kapitalistischer Rationalität anzupassen, selbst erzeugt hat. Universitätsangehörige, Dozenten und Studenten, sind noch relativ autonom in der inhaltlichen und formellen Gestaltung ihrer Arbeit, kennen noch Entwicklung individueller Produktivkraft. Die Funktionalisierung von Wissenschaft für die industrielle Produktion bedingt aber eine Industrialisierung von Wissenschaltsproduktion. In dem Maße, in dem Wahrheit nach den Erfordernissen kapitalistischer 0k6noinie gleich Verwertbarkeit sein soll, dringt die quantifizierende Zeitstruktur abstrakter Arbeit in den Produktionsprozeß von Wissenschaft ein, schlägt individuell-qualitative Erkenntnis mit Bedeutungslosigkeit und proklamiert die Aufstellung und die Technik der Anwendung gegen Inhalte gleichgültiger formalisierter Methoden als Ziel von Forschung und Lehre. Der Gegenwehr des Wissenschaftlers, seinem Versuch, das Medium seiner Tätigkeit, d.h. minimale Bedingungen von Kreativität, intakt zu halten, begegnet der Staat damit, daß er auch die Reste des Monopols der Universität auf die Forschung abträgt, Studiengänge und-inhalte reglementiert, das Ordnungsrecht verschärft und den Zugang zu Berufen verbietet. Möglicherweise wird er zu lernen haben, daß er nur um den Preis einer Reanalphabetisierung [2] Wissenschaft unter das Klischee seiner Rationalität pressen kann. Ohne einen Rest von Autonomie vergeht den Köpfen auch das Einmaleins. [3]

So, unter verschiedenen Aspekten betrachtet, zeigt sich uns das Berufsverbot zugleich als mehr und anderes als das Verbot für einige von uns, einen bestimmten Beruf auszuüben. Gerade als Drohung ist es mehr als das. Es ist leicht einzusehen:.Wenn Denken zu Anteilen öffentliche Arbeit ist, damit Diskussion, ja discours voraussetzt und schafft und wenn die öffentliche Artikulation und Diskussion über die Exponierung der Teilnehmer diese in Gefahr des späteren Berufsverbots bringt, enthält das Berufsverbot Momente eines Denkverbots. [4]

Wiederum ist leicht einzusehen, daß Denken als eine sehr spezifische Form der Kommunikation nicht ausschließlich unter Kriterien der Rationalität und begrifflichen Logik gebracht oder gar in das Prokrustesbett der Sachlogik irgendwelcher Fächer eingespannt werden kann. Denken, das ist auch Selbstdarstellung des Subjekts, ist Prozeß von Identitätsfindung und -bildung. Insofern enthält das Berufsverbot, als Denkverbot, auch einen Eingriff in die Entfaltung von Subjektivität, betrifft Entwürfe, Phantasie, ja, noch unsere Träume mit.

ASPEKTE DER BERUFSTÄTIGKEIT VON LINKEN UND DAS BERUFSVERBOT

Wie hat nun die Linke auf diese drohenden und wirklichen Eingriffe in Berufs- und Denktätigkeit reagiert? Sie hat zunächst in öffentlichen Kampagnen die verfassungsrechtliche Bedenklichkeit des Berufsverbots herausgestellt und eine formalrechtliche Sicherung ihrer Artikulations- und (Berufs-)Betätigungsmöglichkeiten gefordert. Das ist nötig und richtig. Nur: der Kampf der Linken- und darauf hinzuweisen ist die Absicht dieses Beitrags - der Kampf der Linken gegen das politische Berufsverbot hat, so nötig und nützlich viele Kampagnen einerseits gewesen sein mögen, andererseits dazu beigetragen, den Zugang zu ganz anderen Fragestellungen zu verbauen, die sich im Zusammenhang mit Berufsperspektive und Berufspraxis von Linken stellen, sich nicht erst seit jener Länderinnerministerkonferenz gestellt haben. Das Gezeter und Gegengezeter um die Berufsverbote hört sich manchmal so an, als sei ungestörte Berufsausbildung als Lehrer, Sozialarbeiier oder Amtsrichter das erklärte Ziel der Oppositionellen. Als gäbe es keine Risse und Schlaglöcher in jener Laufbahn vom Referendar zum Studienrat, die offenzuhalten für Genossen wir im Zeichen des KAMPFES GEGEN DAS BERUFSVERBOT angetreten sind. Und: als wäre das Berufsverbot die einzige Form, in der das "Gespenst der Arbeitslosigkeit" (das ja derzeit massenhaft umgeht), Studenten in Schrecken versetzt.

Beginnen wir mit dem letzten Punkt:

Das Berufsverbot kann davon ablenken, daß auf viele Studenten ganz außerhalb des Radikalenerlasses oder besser unterhalb, im scheinbar steten und natürlichen Verlauf der Entwicklung gesellschaftlicher Bedürfnisse und Nachfrage, strukturelle Arbeitslosigkeit wartet: Politologen, Soziologen, Psychologen, Ökonomen werden in Anteilen bis zu 50% nach dem Examen keine ihrer Ausbildung entsprechende Tätigkeit ausüben können. Hier ist Gelegenheit, Kritik zu formulieren an einer Standardforderung auch linker Studenten (die ja zu einem großen Teil die oben angeführten Fächer studieren), nämlich der Forderung nach stärkerer Berufs- und

Praxisnähe ihrer Ausbildung. Für Studenten, die nach dem Studium stempeln, sollte die Ausbildung neben den Grundregeln des Stempelns eher mehr theoretische Kenntnis vermitteln; jedenfalls, wenn der Beruf in strukturell berufsaussichtslosen Fächern während des Studiums zum zentralen Bezugsrahmen wird, wenn ganze Bereiche von Subjektivität ausgeklammert bleiben, radikale Alternativen zum herkömmlichen Berufsleben an der Uni, im Studium nicht mehr gedacht werden, so wartet nach Abschluß der Studienzeit auf viele die Katastrophe.

Ein aufzuhellender Inhalt, der dem strukturell Berufslosen vielleicht näher läge als "Berufsbezogenheit“ wäre der Zusammenhang von struktureller Arbeitsplatzknappheit und Herrschaftsinteresse, d.h. die Frage danach, ob diese Art von Berufssperre wirklich so "strukturell" ist oder ob hier nicht, gewandet in die billige Unverfänglichkeit des Mangels an gesellschaftlichem Bedarf, das gute alte politische Berufsverbot umgeht?

Dies führt uns zu den oben angeschnittenen Fragen der Berufsperspektive für Linke und der Beziehung dieser Frage zum Kampf gegen das Berufsverbot zurück.

Wie jede Aktion des Klassenfeindes schweißt auch das Berufsverbot die Linke zusammen; stiftet jene galgenbrüderliche Verbundenheit, die aus der Furcht vor einer auf's Ganze gehenden Bourgeoisie entspringt: morgen kann ich selbst betroffen sein, es geht gegen uns alle - also rein in die Solidarität. Unterschreibe ich für x, damit morgen y für mich unterschreibe. Wir sitzen alle im gleichen Boot und manus lavat manum.

Man könnte hier versuchen, analytisch die Solidarität aus dem Imperativen der Tausch-Gegenseitigkeiten zu lösen. Man kann aber noch einen Schritt weiter zurücktun und fragen: Sind wir denn alle in der gleichen Weise vom Berufsverbot betroffen, wie uns das die Unterschriftensammler der K-Gruppen und Revis glauben machen wollen, deren Kampagnen sich allein auf einen Aspekt des Berufsverbotes konzentrieren? Richtet sich die Verengung dieser Kampagnen nicht gegen diejenigen, die andere Möglichkeiten der Existenz suchen bzw. gegen diese Suche nach anderen Möglichkeiten?

Es gibt mehrere Gründe, die gegen die unbedachte Einordnung in die Kampagnen der K-Gruppen und Revis sprechen.

Neben dem Berufsverbot kommt in der Geschichte der Linken auch die Berufsverweigerung vor. Wieviele studentische Genossen brennen eigentlich wirklich auf den Start ins Berufsleben? Die Verweigerung, von Anfang an Teil des Lebensatems der Studentenbewegung, Provokation und Selbstschutz zugleich, hat auch heute viele Formen: schleichend wirkt sie in den letzten ewigen Studenten, die die Studienzeitbegrenzung hinwegraffen soll, chronisch in den Berufswechslern und jobbern (Taxifahrern, Kneipiers, Bademeistern), akut in den Gammlern, Flippern, Bedürfnislosen, den Trampern und den Lilien auf dem Felde.

Akut auch, und das ist für unseren Zusammenhang die wichtigste Gruppe: in denen, die mit Gegenmodellen experimentieren, in selbstorganisierten Verlagen, Läden, Schulen, Anwalts- und Arztpraxen. Wir kommen auf diese Gruppe am Schluß noch ausführlicher zurück.

Diese Genossen haben sich der staatlichen Angriffe auf ihre „Freiräume“ zu erwehren, mancher mag etwa durchs Berufsverbot seinen Lehrauftrag bedroht sehen, mit dem er seine Arbeit und sein Gegenmodell finanziert. Und es mag auf der anderen Seite manche geben, denen das Berufsverbot gerade recht kommt, weil sie sowieso nicht vorhatten, ernst zu machen mit einer Paukerkarriere. Die können dann was versuchen, was vielleicht weniger Geld und Prestige bringt, aber mehr Spaß, ohne für einen solchen Schritt als eigene Entscheidung vor sozialen Kontrollinstanzen wie Eltern, Studienkollegen etc. einstehen zu müssen. Sie werden so zu Politmärtyrern, obwohl der Weg des Kreuzes der war, den sie ohnehin zu gehen vorgezogen hätten.

Schließlich können die Kampagnen gegen das Berufsverbot diese Frage verdecken: "Was will ich denn eigentlich?" Erst wenn einer weiß, was er wirklich will, ob er als Lehrer, im Kinderladen, als Pflastermaler oder Bücherschreiber oder mal so und mal so oder überhaupt nicht tätig sein will, erst wenn er eine lebende Vorstellung davon hat, was Kollektivität, Zusammenarbeit mit anderen, aber auch: Berufstätigkeit in ihrer alltäglichen Mühsal, für ihn bedeuten könnte, kann er auf Berufsverbote vernünftig und entschlossen, und d.h. auch: angetrieben von eigenen Vorstellungen und Plänen, reagieren. Der Solidaritätsschrei: „Wir sind alle betroffen!" enthebt viele der Frage, was sie, jeder einzelne, selber wollen. In der Reflexion dieser Frage aber liegt der Ursprung von Emanzipation.

Die Berufsverweigerer stellen sich diese Frage noch. Es sind innerhalb der Linken diejenigen, die als Folge ihres emanzipatorischen Anspruchs und/ oder als Antwort auf die enttäuschende Berufsrealität entweder nicht mehr dazu bereit oder nicht mehr dazu in der Lage sind, jene Partikularisierung ihrer Existenz hinzunehmen, mit allen Mechanismen der erneuten Unterwerfung unter die herrschenden Formen bürgerlichen Verkehrs, wie sie mit der Berufsrealität verknüpft ist. [5]

In dem Maße, in dem das Überlisten der FdGO-Abfrager zum revolutionären Akt, die Überwindung des Berufsverbots zur revolutionären Perspektive stilisiert wird, macht das Berufsverbot die Ausübung des Berufs, die Erlangung des Beamtenstatus manchem Linken erstrebenswert. Voraussetzung und Wirkung von Verweigerung als Haltung und Praxis (Gegenmodell) werden im gleichen Maß aus dem Bewußtsein gedrängt. Das kann sogar zur Reintegration eines Teils der Linken unter die Geltung von Normen, die sich mit einer ungebrochenen Einstellung zum Erlernen und Ausüben eines ordentlichen Berufs verbinden, führen. Wo aber auch Linke anfangen, „ihre“ Ausgeflippten und Projektemacher, „ihre" Säufer und Erfinder ins Getto zu drängen, wo sie sich scheiden in anständige und erfolgreiche und in kaputte und dubiose Genossen (und wo es die ersteren sind, die die "Strategien" entwickeln, in denen letztere nicht mehr vorkommen) - da hat sich dann eine Mischung dissoziiert von Protest und Antizipation, die überhaupt erst Explosivkraft reinbringt, ein Bewußtsein von Zugehörigkeit der „Opfer“, der Aussteiger, zum linken Lager, zersetzt, das überhaupt erst die moralische Überlegenheit der Linken, die Grundlage von Solidarität ("worin unsere Stärke besteht“) ausmacht.

Sicherlich gibt es auch auf der Linken Gruppen, die relative Anpassung als Resultat ihrer Kämpfe wünschen und fördern, wenngleich nur als Etappen- nicht als Endziel: revisionistische und neoorthodoxe Parteien sind zufrieden über jeden der Ihren, den sie jetzt schon auf einen Posten setzen können - umso weniger muß nach der Revolution geändert werden. [6] Außerdem liegt die Trennung von sozialem

Engagement und Beruf, bzw. die Ausgliederung der umstürzlerischen Potenzen in den kontrollierenden Parteirahmen im Interesse von Parteifunktionären. Parteien vernichten In ihren sozialen Regulativen und ihrer Linienpolitik alle Momente von auch subjektiver Befreiung. Revolutionäre Subjektivität gilt ihnen als kleinbürgerlich, obwohl sie doch die individuelle Struktur ist, in der sich psychischer Widerstand gegen jene soziale Gewalt organisiert, mit der die Anpassung des einzelnen an's System erzwungen werden soll. Das Prinzip der Kontrolle von oben, das bornierte Prinzip der Monopolisierung der richtigen Linie durch eine Handvoll Berufsrevolutionäre, Privileg der unfehlbaren Interpretation des Marxismus usw. vernichten das subjektive Moment in der Theorie, d.h. enthalten auch ein Denkverbot. Es entsteht programmatisch vor unseren Augen das Gespenst einer von oben gelenkten Volksbildung, der Erziehungsdiktatur als gesamtgesellschaftlicher Bornierungsprozeß.

Zerstückelung der Individuen in Kopf und Trieb oder Affekt, Politik und Privatleben ... Es war immer das Klasseninteresse der Bourgeoisie, die einzelnen Sphären des gesellschaftlichen Daseins getrennt nebeneinander stehen zu lassen.

Um aber den Parteihanseln inbezug auf's Berufsverbot Gerechtigkeit zuteil werden zu lassen, dürfen wir nicht verschweigen, daß auch DKP- und AO-Lehramtskandidaten, -Lehrer, -Dozenten u.a. ihren Standpunkt in Ausübung ihrer Berufe zur Geltung bringen. Aber eine bestimmte Dimension geht in die Kritik, die sie in Schulklassen oder Hörsaal äußern mögen, nicht mit ein, wir meinen jene Dimension von Radikalität, vor der sich zu Zeiten der Protestbewegung die vieldiskutierte Frase abhob: "Was sollen wir eigentlich mit einem bürgerlichen Beruf?“

DIE BERUPSPERSPEKTIVDEBATTE DER STUDENTENBEWEGUNG

Welches war das Schicksal dieser Radikalität, wie sah der Prozeß ihrer Relativierung und Vernichtung als einer massenhaften Haltung aus? Vergegenwärtigen wir uns die Debatte um die „revolutionäre Berufsperspektive“, wie sie 1969 geführt wurde. Wir werden zu unserem Erstaunen finden, daß sie eine Strategie des Berufsverbots von Seiten der Linken selbst, eines Berufsselbstverbots, einschloß.

In Nr.53 (April 69) der „Neuen Kritik", theoretisches Organ des SDS, faßte Bodo von Greiff eine Diskussion zusammen, die während des Wintersemesters 68/69 an der FU/Berlin „über die Beziehung zwischen Studium und revolutionärer Berufspraxis" geführt worden war.

„Die bisherige Strategie des SDS ging dahin, sich den Institutionen so lange wie möglich zu verweigern. Diese Strategie fußte auf der Erfahrung, daß revolutionäre und zugleich berufliche Tätigkeit wegen der Übermacht der Institutionen einander ausschließen, daß der Kampf eines einzelnen innerhalb der Institution fast immer mit Resignation und Anpassung endet. Diese Situation hat sich geändert. Einzelne Bereiche beginnen aufzubrechen. Das gilt vor allem für die Sozialisationsberufe (Lehrer, Sozialarbeiter), für Juristen, Mediziner und einige technische Berufe (Architekten). In diesen Bereichen beginnt sich eine Organisation der Linken abzuzeichnen, so daß der Kampf innerhalb der Institution nicht mehr wie bisher individuell geführt werden muß, sondern daß mit kollektiv geführten Aktionen und

kollektiven partiellen Verweigerungen die Institution selber aufgebrochen werden kann, Daraus ergibt sich für die Soziologen die Forderung, nicht mehr wie bisher während des Studiums mit organisationsfähigen Gruppen nur zusammenzuarbeiten und nach dem Studium luxurierende und ungefährliche Wissenschaft zu betreiben, sondern die Forderung, in Fächer mit guten Berufsaussichten und strategischer Relevanz überzuwechseln ...", (S.57).

Aus der Diskussion ging, wenn wir dem Protokoll von Greiffs folgen, die explizite und gesperrt gedruckte Forderung nach der "Abschaffung der Soziologie als Hauptfach“ (S.57) hervor. Wir sehen: Berufsverbote werden nicht nur von der Staatsmacht formuliert. Der Klassenfeind will sich die Konterrevolution, die Linke sich die Revolution leichter machen - und beide bedienen sich dazu des Mittels des Berufsverbots. (Erstere hat allerdings ganz andere Mittel als die Linke, die Durchführung des Verbots zu erzwingen.)

Nicht nur Soziologen, auch Juristen wurde von Genossen empfohlen, von ihren Berufswünschen abzulassen. In der RPK (Rote Presse Korrespondenz) Nr.34 vom 10.10.69 schreibt Dorle Eberwein:

„Die Praxis eines Sozialisten - also auch der Genossen Juristen - muß an dem Beitrag gemessen werden, den er zur Aufdeckung des Widerspruchs von Lohnarbeit und Kapital und dessen Aufhebbarkeit, d.h. zur Reorganisierung der Arbeiterklasse leisten kann.“ (S.7)

"So wird auch in Zukunft der Kampf gegen die Juristische Fakultät als Klassenfeinde produzierende Institution von den Betroffenen selbst, d.h. von den Justizopfern geführt werden müssen. Die Aufgabe der ad-hoc-Gruppe (Jura, Ref.) kann nur in der Politisierung von Jungsemestern zum Zwecke von deren Abwerbung bestehen. Die zum Teil als Schüler politisierten Erstsemester erleichtern diese Aufgabe und machen sie zugleich notwendig, damit sie nicht erst kurz vor Beendigung ihres Studiums oder danach zu der Einsicht gelangen, daß es eine revolutionäre Berufspraxis nicht gibt, und dann aus materiellen Gründen nicht mehr die Möglichkeit haben, eine sinnvollere Ausbildung anzufangen (z.B. PH)." (S.10)

.... wo mittlerweile der Staat die Verbotstafeln aufstellt. Die heimatlosen Linksintellektuellen! Es sieht fast so aus, als ob es keinen Platz für sie gibt, an dem sie nicht von Vertreibung bedroht sind oder waren - von ihresgleichen, weil dort die Revolution nicht, von ihren Gegnern, weil sie hier stattfinden könnte .....

Es fällt übrigens auf, daß von Greiff (als Soziologe) gerade den Juristen revolutionäre Chancen einräumt, eine Juristin selber aber diese nicht sieht. Das eigene Feld ist also wohl vornehmlich gerade das der Aussichtslosigkeit.

In den Forderungen von Greiffs, auf "Fächer mit guten Berufsaussichten und strategischer Relevanz überzuwechseln“, in Dorle Eberweins pragmatischen Vorschlägen (beide Beiträge dürfen als repräsentativ für die damalige Debatte gelten) kündigt sich jene Funktionalisierung und Instrumentalisierung kritischer Praxis an, die später vom ML-Parteikonzept auf die Spitze getrieben wurde. In der Neuen Kritik und der RPK von 69 ist aber die Suche nach dem Angelpunkt, von dem aus das System als ganzes "aufzubrechen" und dem revolutionären Transformationsprozeß auszuliefern sei, noch syndikalistischen Ideen verpflichtet.

V.Greiff spricht von autonomen „organisationsfähigen Gruppen", die in ihrem je spezifischen Bereich z.B. durch "kollektive partielle Verweigerung" als Maulwürfe agieren, die die "Revolution im eigenen Land" machen. Es ist eben nur nicht jedes Land revolutionierbar. Das studentische "Berufsverbot" soll eine Konzentrierung der Kräfte bewirken, Verschwendung von revolutionärem Potential an "ungefährliche Wissenschaft" [7] vermeiden. - Dorle Eberwein verweist darauf, daß "die Betroffenen" (hier Justizopfer) ihren Kampf selbst führen müssen, lehnt also das Repräsentationsprinzip, auf dem die Parteiidee basiert, ab. Sie sagt unzweideutig in ihrem Artikel:

„Die Politisierung des ökonomischen Konflikts und dessen Folgen, des juristischen Konflikts, kann nur von den Betroffenen, die den unmittelbaren politischen Kampf an der Basis führen, geleistet werden." (S.9)

Zur selben Zeit haben andere Genossen schon bei Lenin nachgeschlagen. In "Fragen des Marxismus-Leninismus" Nr. 1/69 (Nov.) schreibt eine Marxistisch-Leninistische Studentengruppe (MLS) der FU/Berlin zur Berufsperspektive:

"Im Zusammenhang mit diesen Bedingungen für eine revolutionäre Situation ist auch die politische Arbeit von Kommunisten in 'Überbauberufen' und unter Studenten sinnvoll. Diese Arbeit kann aber nicht revolutionär sein. Unmittelbar revolutionär ist nur der politische Klassenkampf der ml-Kaderorganisationen, die den Klassenkampf vor allen anderen im Proletariat führen, der einzigen, objektiv revolutionären Klasse. Das zu verschleiern helfen keine Rationalisierungskünste (ehemaliger?) antiautoritärer Antiautoritäten und auch nicht Parolen von 'revolutionärer Berufspraxis' derjenigen Linksradikalen, die ihre kleinbürgerlichen Privilegien behalten und gleichzeitig revolutionär im unmittelbaren Sinn sein wollen und von daher ihre zukünftige 'linke' Berufspraxis subjektivistisch auf 'revolutionär' frisieren müssen." (S.3/4)

Die Beschlagnahme des revolutionären Anspruchs („den Kampf vor allen anderen im Proletariat führen") durch „ml-Kaderorganisationen" erfordert gewiß nicht weniger „Rationalisierungskunst" als die Parole von der revolutionären Berufspraxis. Sollte für den SDS die Selbstbestimmung nicht angetastet, dafür aber durch Berufsselbstverbot eine Kanalisierung revolutionärer Kräfte erreicht werden, so wollte die ML-Bewegung freien Zugang zu allen Berufen gewähren, dafür aber die Autonomie kassieren. Der SDS ließ den Individuen ihren revolutionären Anspruch - verlangte aber eine Konzentrierung revolutionärer Berufsaktivitäten auf bestimmte „syndikalisierungsfähige" [8] Berufe; die ML-Kader erstrebten eine Konzentrierung des revolutionären Anspruchs in ihrem Verein, erklärten Syndikalismus (Verstanden als „Aufbrechen" und Aneignen von Institutionen [9]) für kleinbürgerlich und (bürgerliche) Berufstätige für allenfalls „bündnisfähig". Nach der einen Seite bewirkte die ML-Bewegung (und übrigens auch der zunehmende Einfluß der SEW/DKP) eine Entlastung: man konnte ruhig wieder Jura oder Soziologie studieren. Für einen Bündnispartner, fortschrittlichen Menschen oder demokratisch-friedliebenden Intellektuellen war sicher auch Archäologie oder Betriebswirtschaftslehre angängig. Nach der anderen Seite aber kastrierten die Parteiaufbauer die Protestbewegung, soweit sie sie ergreifen konnten, endgültig: der Entwurf einer Einheit von Berufs- und Revolutionspraxis, von persönlichen Lebensumständen und Gesellschaftsveränderung wurde für die Masse abgeschafft, die Einheit von Beruf und Revolution verbürokratisierte sich zum „Berufsrevolutionär" in Gestalt des „ml-

Kaders“. Auf das revolutionaristische Berufsverbot der antiautoritären Zeit folgte das Emanzipationsverbot der ML-Phase.

In den beiden folgenden Jahren (70/71) wurde von Teilen der Bewegung ein Kompromiß zwischen Basisgruppenstragie der antiautoritären Zeit und dem Parteikonzept versucht. Z.B. die PL/PI [10] in Berlin, (wie „Il Manifesto“ in Italien) wollte im revolutionären Prozeß Selbstbestimmung durch Rätestruktur bewahren, zugleich aber die Partei als Garantie für Einheitlichkeit, Geschlossenheit, Disziplin nicht drangeben. Sie wollte kein Risiko eingehen: Freiheit muß sein, klar, sonst hat ja die Revolution keinen Sinn, aber Kontrolle muß auch sein, sonst geht's am Ende schief. [11]

Diese Gruppe (und ihr verwandte wie der RK in Frankfurt) entwickelte eine eigene Variante in der Berufsperspektivdiskussion. Sie suchte das "revolutionäre Subjekt", die Arbeiterklasse, mit letzter Konsequenz: Identifikation. Studentische Kandidaten für die Mitgliedschaft der PL mußten zunächst ein Jahr im Betrieb ableisten, um das Proletariat kennenzulernen und um sich ihm (als potentieller revolutionärer Inspirator) bekannt zu machen. Bereitschaft zu langfristiger (unbegrenzter) Betriebsarbeit war erwünscht. So entstand ein Berufsgebot: unter Ausschluß aller anderen, insbesondere akademischer Berufe kam, wenigstens für eine gewisse Zeit, einzig eine Tätigkeit in einem industriellen Großbetrieb infrage.

Die Befürworter dieses heiß umstrittenen Konzepts, das eine zeitlang über die genannten Gruppen hinaus die ganze Linke beschäftigte, erhofften eine endliche Integration von revolutionärem studentischen Potential und unzufriedener Arbeiterschaft. Das war die Erwartung gewesen, die sich an die Basisgruppenbewegung 1968/69 geknüpft hatte, hier lebte sie weiter. Viele Studenten, die damals in die Betriebe zogen, moderne Volksaufklärer mit Blaumann verkleidet, gaben sehr bald enttäuscht auf. Dieienigen unter ihnen. die Fabrikarbeit einem akademischem Beruf oder der Arbeit für ein Hochschulexamen vorzogen, die also politische Aufgabe und Notwendigkeit des Geldverdienens so verbanden, hatten möglicherweise den längeren Atem.

LANGER MARSCH UND GEGENMODELL

Neben diesen Formen von Berufsselbsteinschränkungen auf seiten der Linken hielt sich weitgehend unbeschädigt das Programm vom Langen Marsch durch die Institutionen. Genossen, die schon in den "Apparaten" saßen, kümmerten sich eh' nicht besonders um die Debatten der abdankenden Antiautoritären und der streitenden ML-Fraktionen. D.h. das, was der SDS eine Syndikalierung nannte, fand mit oder ohne Aufforderung der Strategen in manchen Bereichen statt, auch in solchen, die nicht als „relevant" galten (z.B. Künstler, vgl. Berliner Schaubühne und „luxurierende Wissenschaft": linke Hochschulinstitute). In Kindergärten, Krankenhäusern, Sozialämtern und anderswo, von Schulen und Universitäten gar nicht zu reden, begann die Basis sich zu rühren, ganz wie die Teilnehmer an der von v.Greiff wiedergegebenen Diskussion es beobachtet und vorausgesehen hatten. Für solche Basis-“Revolutionäre im eigenen Land“ gibt es keine andere Wahl, als die

komplizierte Balance zwischen Anpassung und offenem Konflikt zu versuchen. Der „Partisan im Apparat“ mag straucheln: er wird dann entweder vom Apparat geschluckt oder er steht unversehens als Partisan ohne Apparat da. Geschieht ihm letzteres, dürfte er auf jene Berufsverweigerer treffen, die den Anspruch auf Einheit von Broterwerb und Selbstveränderung durch alternative Praxis einzulösen suchen.

Auch das Gegenmodell ist in der Geschichte der Protestbewegung ein klassisches Programm. Erste große Publizität gewannen die Kinderläden. von denen manche inzwischen institutionalisiert sind, d.h. öffentliche Zuschüsse erhalten und Berufspädagogen bezahlen können (d.h., daß für den Pädagogen die alternative Praxis wirklich wird). Daneben gibt es kollektive linke Unternehmen: Kneipen, Verlage, Beratungsstellen für Mieter und Gastarbeiter, Buchläden, wissenschaftliche Institute, Künstlerkollektive, freie Schulen (im Reproduktionsbereich die Wohngemeinschaften).

Die Programme des "Langen Marsches“ und des "Gegenmodells“ treffen sich in ihren Zielvorstellungen; ihre Ausgangspunkte sind verschieden. Während der „Lange Marsch“ von der gegebenen Institution ausgeht und ihre Veränderung durchsetzen will im Prozeß ihrer Aneignung durch die in ihr Tätigen, versucht das Gegenmodell eine neue Institution zu schaffen, in der die Kritik am Bestehenden sich gleich in positive Alternative umsetzen soll. Das Gegenmodell reicht aber oft in eine "etablierte" Institution hinein: exemplarisch das selbstverwaltete Jugendzentrum, das vom Senat, von der Gemeinde Zuschüsse erhält, oder eine von Genossen organisierte Ferienreise für Gastarbeiterkinder, die die Kirche finanziert. Keines solcher Modelle kann, wenn es funktioniert, dem Konflikt ausweichen, dem es durch die Kontrollversuche von Behörden und anderen Organen, durch Denunziationsversuche der rechten Presse, oder ganz einfach durch nicht immer gutwillige Neugier von Nachbarn (vgl. den Berliner Schülerladen "Rote Freiheit“) ausgesetzt ist. Insofern sind die in Gegenmodellen tätigen Genossen einem ähnlichen Druck unterworfen wie die "Partisanen", in ähnlicher Weise auf die Solidarität der Linken angewiesen.

Wir können jetzt zu der Frage, welches die angemessene Reaktion auf das Berufsverbot sei, zusammenfassend folgendes sagen: Das Berufsverbot ist selber nur eine von mehreren Bedingungen, die das Problem der Berufsrealität und -zukunft für die Studierenden ausmachen, andererseits ist das Berufsverbot als Denkverbot für viele m e h r als das Verbot , einen bestimmten Beruf auszuüben. Eine Diskussion über mögliche Folgen des Berufsverbots für die Linke, die das Berufsverbot aus dem übergreifenden Kontext der Berufsperspektive und dem Zustand der Linken isoliert, würde eine Reihe von bewegenden Fragen zudecken, also - sehr zugespitzt formuliert - selbst Momente eines Denkverbots enthalten und damit in die Nähe ihres Gegenstandes, des Berufsverbots, rücken.

Es genügt nicht, den Weg für uns Radikale in den öffentlichen Dienst so weit als möglich offen zu halten. Die Antwort auf die Offensive des Staats muß alle Faktoren berücksichtigen, die unsere berufliche Existenz fragwürdig machen, sie muß begriffen haben, daß Aufhebung oder Lockerung des Berufsverbots die Erlaubnis zu einer Betätigung wäre, die in vielerlei Hinsicht unbefriedigend, belastend und kaum in Einklang mit unseren Bedürfnissen nach sinnvoller, kooperativer Arbeit bliebe. Sie muß sich neben den politisch Berufsverbotenen auch der strukturell

Berufsaussichtslosen und der Verweigerer annehmen, deren Schicksal ebenso in den Kontext von Revolte und Berufspraxis hineingehört.

Die Praxis des Gegenmodells: Anwaltskollektiv, freie Schule, linke Verlage etc. bis hin zu vorstellbaren linken Forschungskooperativen, begleitet durch das "Auffangen“ bedrohter Genossen in Wohnkollektiven und auch - wenn möglich - das Aufkommen für einen Arbeitslosen oder -unfähigen, diese Praxis ist eine mögliche und besonders wichtige Antwort auf das repressive staatliche Denk- und Berufsverbot. Sie ersetzt den Kampf um freien Zugang von Sozialisten (auch Revis) zu Schulen und Hochschulen nicht. Aber sie schließt radikalere Überlegungen zu massenhaft erlebtem Zweifel an bürgerlicher Berufspraxis ein als es stur gegen den Radikalenerlaß gerichtete linke Kampagnen tun. Die Antwort auf die Offensive des Staates muß schließlich sogar die Überlegung zulassen, ob es uns nicht vielleicht immer wieder zustoßen wird, daß wir keine Arbeit finden oder uns mit keiner Arbeit abfinden können.

[Weiter zur Diskussion >>>>>>>>>>]

Anm. 1) Der geläufige Begriff "Staatsdienst" dürfte in der Tradition bürgerlicher Demokratie nur interpretiert werden als Dienst im Staat oder vom Staat aus an der Gesellschaft (wie es in „öffentlicher Dienst" eher anklingt), nicht aber als Dienst am Staat.

Anm. 2) Dies könnte ein konkreter Aspekt der Barbarei sein, auf die Marx, Engels, Rosa Luxemburg u.a. die bürgerliche Gesellschaft in Alternative zur proletarischen Revolution zutreiben sahen.

Anm. 3) Im Bereich der industriellen Produktion gibt es ebenfalls Berufsverbote. Und einen der technokratischen Hochschulreform analogen Prozeß: immer neue Technologisierungswellen begraben die Reste von Identifikationsmöglichkeiten des Arbeiters mit Betrieb und Arbeitsplatz, mit seiner Tätigkeit, unter sich. Ohne solche Reste persönlichen Beteiligtseins aber ist der Produzent letztenendes nicht mehr imstande, seine Arbeitskraft in Bewegung zu setzen (Frühinvalidität, Zunahme des Krankfeierns, Zusammenbruch der Arbeitsmoral). Wenn das Kapital nicht seine Naturbasis, das menschliche Arbeitsvermögen, auch sein kreatives, zerstören will, muß es ihr elementare Existenzbedingungen zugestehen.

Anm. 4) Dieses Denkverbot trifft aber durchaus nicht allein den potentiellen Bewerber für den öffentlichen Dienst. Wenn einzelne sich eingeschüchtert aus der öffentlichen Diskussion ausschließen, dann sind dadurch alle Teilnehmer behindert.

Anm. 5) also: entweder jobben oder selbstorganisierte Tätigkeit oder "aussteigen".

Anm. 6) ganz abgesehen von den höheren Beiträgen, die Berufstätige schon vor der Revolution zahlen können.

Anm. 7) Das Ausmaß, in dein Genossen hier den potentiell subversiven Gehalt von Wissenschaft verkannten und damit die Geschichte ihrer eigenen Mobilisierung verdrängten, benötigte einen eigenen Artikel.

Anm. 8) vergl. von Greiff a.a.O., S. 57 unten

Anm. 9) vergl. von Greiff a.a.O., S. 57 unten

Anm. 10) PL/PI heißt Proletarische Linke/Parteiinitiative

Anm. 11) Das Konzept scheiterte im Sommer 71; die Gruppe fiel buchstäblich längs der Linie ihres inneren Widerspruchs auseinander in Parteianhänger, die zur AO oder KPD/ML gingen und autonome Betriebs- und Basisgruppen.

DISKUSSION des ARTIKELS

„WAS SOLLEN WIR EIGENTLICH MIT EINEM BÜRGERLICHEN BERUF?“

von Esta, Maya, Thomas.

Wir, Erlanger, haben uns in den Weihnachtsferien besucht und nochmal diesen Aufsatz diskutiert. An der Entstehung der in diesem Artikel ausgedrückten Gedanken waren wir bereits im Zusammenhang einer Veranstaltung an der Uni beteiligt. Anlaß dazu gaben uns die vom Kumi Bayern angedrohten und bereits praktizierten Berufs- und Berufungsverbote.

Nochmal: was wollen wir eigentlich mit einem bürgerlichen Beruf? Unser Antworten überraschten und überraschen uns immer wieder. Da tauchen Gedanken, Träume und Wünsche und bereits auch viel Resignation bei jedem von uns auf, betreffend unser Leben bzw. Nicht-Leben nach dem Examen. Bei uns in der Küche hängt mittlerweile ein Zettel, auf den jeder seine 'aber eins bin ich sicher, dieses Land ist es nicht'- Wünsche schreiben kann (übrigends: an erster Stelle rangiert Neuseeland).

Wir wollen Berufsverbote erklären, wir wollen uns ihre gesellschaftspolitischen Auswirkungen vergegenwärtigen, wir wollen auch versuchen, diese zu verhindern. Dazu ist im Artikel bereits einiges gesagt worden. Aber solange wir uns nicht auch gegenseitig erzählen, wie jeder einzelne von uns sich davon betroffen fühlt und was für Konsequenzen er für sein eigenes Leben daraus zieht, kennen wir uns nicht und bleiben voneinander isoliert. Letztlich allein auf sich gestellt, taucht die Frage nach radikalen alternativen Arbeits- und Reproduktionsmöglichkeiten überhaupt nicht mehr auf, geschweige denn planen wir eine gemeinsame - gegenmodellartige - Berufspraxis. Treffen wir uns in einigen Jahren wieder, so stellen wir fest, daß jeder von uns die Zeit eher über-lebt, denn gelebt hat. Für diejenigen von uns, die es doch ein wenig geschafft haben, bleibt nur noch ein Schulterklopf-Gehabe übrig.

Gerade an diejenigen haben wir Fragen, aber dazu später.

Zunächst noch einige Gedanken und Begründungen, warum wir diesen Schwerpunkt: 'wollen wir eigentlich einen bürgerl. Beruf?' innerhalb der Auseinandersetzung und Bekämpfung des Berufsverbots für so wichtig erachten:

Unter den im Artikel bereits genannten Gründen erscheint uns einer besonders wichtig - wir wollen und müssen uns mit denjenigen auseinandersetzen, die nur jobben. Sie haben auf das Berufsverbot reagiert, begreift man dieses im weitesten Sinne, als Verbot, sich seinen Lebensunterhalt auf eine Weise zu verdienen, daß es auch manchmal Spaß macht. Gerade sie sind oft diejenigen, die sich ihre Empfindsamkeit gegenüber Fremd- und Selbstunterdrückung erhalten haben. Durch

eine Verweigerung, die noch radikale Lebens- und Arbeitsvorstellungen denkbar und träumbar sein läßt. Inwieweit sie gerade durch ihr Jobben kaputt gehen, verzweifelter und resignierter werden, ist uns unklar. (Wir würden gern mal z.B. Tagebuchaufzeichnungen eines Taxifahrers kennenlernen!) Wir wollen sie nicht verlieren, wir meinen von ihnen auch lernen zu können für unsere Lebensvorstellungen, vielleicht für unsere Arbeit an Gegenmodellen, für unser Partisanendasein, für unser Leben in Wohngemeinschaften. Noch ein weiterer Grund, warum wir uns die Frage immer wieder stellen:

Wir denken, daß es bei der Einschränkung unserer Berufs-und Geldverdienmöglichkeiten um viel mehr geht als halt kein Beamter oder Lehrer oder Arzt werden zu dürfen. So lehnen wir doch z.B. ein bestimmtes Lehrerbild ab und werden gerade deswegen verboten. Für uns beinhaltet ein Abwehren des Berufsverbots wesentlich auch Verteidigung und Suche nach Verständnis für unsere Ziele. Diskussion z.B. um den Sinn eines anderen Lehrer - Schüler Verhältnisses, eines anderen Arzt - Patient Verhältnisses, eines anderen Begriffs von Leistung, eines anderen Begriffs von verrückt. Kurz, es geht uns um die Auseinandersetzung und Hinterfragung unserer gesellschaftspolitischen Vorstellungen und Ziele. Wir wollen diese gerade auch mit denjenigen, die nicht schon in der Wiege Sozialisten sind, diskutieren und in Frage stellen. Auf jenen Tenor auf manchen Berufsverbotkampagnen: 'wir wollen doch nur z.B. Lehrer werden dürfen',. reagieren viele nicht selbst vom Berufsverbot Gefährdeten mit Verwirrung und Fragen. So wähnen sie entweder die politischen Parteien unter Verfolgungswahn leidend, was in der Frage zum Ausdruck kommt: Worum geht es den Staatsorganen eigentlich noch, die ehemalig rebellierenden Studenten sind doch ganz brav geworden oder sie wähnen die Linken als Lügner, die eigentlich was ganz anderes wollen, aber was ... ?

Nun unser Fragen an diejenigen, die ihre eigenen Berufe aufbauen:
In dem Artikel werden sie als mögliche und bedenkenswerte Alternativen genannt.
In unserer Diskussion stellten wir fest, wie hoffnunglos wir bereits auch solchen Versuchen gegenüber sind. (Vielleicht liegt das aber auch daran, daß wir zu wenig über diese wissen, dazu noch weiter unten).

Einerseits ob der schwindenden Loyalität solchen Versuchen gegenüber. Oft sterben sie auch an ihren eigenen Kompromissen bzw. es bleibt sowas Verwässertes übrig. (Hier spielt vielleicht aber auch unsere spezifisch bayerische Resignation mit hinein). Zudem hat der Staat momentan mal wieder kaum Geld für Reformen bzw. Reformversuch

Außerdem sehen wir z.B. bei Verlagskooperativen die Gefahr der Kommerzialisierung. Schwerlich können sich diese den kapitalistischen Marktmechanismen entziehen.

Zum dritten befürchten wir, daß einen bei solchen Versuchen das eigene Engagement frißt. Daß wir genauso oder vielleicht sogar noch weitaus leichter ungesellschaftliche Menschen werden. Menschen, die gegenüber allen Problemen, die nicht z.B. ihr Heim für sog. verhaltensgestörte Kinder betreffen, ignorant werden. Auch können wir zu Menschen werden, die keine Zoogänger, keine Musikmacher, keine Maler, keine Reisenden, keine Sich-Liebenden mehr sind.

Gerade letztere Befürchtung verwies uns darauf, wie wichtig die Fähigkeit zur Zusammenarbeit bei solchen Versuchen ist. Wie wichtig ein Kollektiv dabei ist, daß es Be- und Entlastung der einzelnen Mitglieder diskutiert und plant. Wir denken auch, daß die Erfahrung, die wir zum großen Teil in Wohngemeinschaften gemacht haben, und die unsere Weisen, miteinander umzugehen, verändert haben, für die Zusammenarbeit des Kollektivs unerläßlich sind. Wieviel Lebenskräfte und Spaß gehen verloren, wenn wir Angst voreinander haben, voreinander Versteck spielen müssen! Uns ist ein Beispiel eingefallen, wie Projekte auch an der mangelnden Fähigkeit, solidarisch miteinander zu verkehren, scheitern können: In einem Jugendzentrum (selbstverwaltet) können sich die Mitarbeiter ihre Schwlerigkeiten mit Jugendlichen nicht mitteilen, jeder blufft dem anderen etwas vor, um sein sog. Prestige aufrechtzuerhalten.

Zusammenfassend schlagen wir vor, doch mal Erfahrungsberichte von „Gegenberufen" zu schreiben und in den SP zu veröffentlichen. Wir haben unsere Fragen nochmal grob zusammengefaßt:

Welche anderen Lebensmöglichkeiten für uns selber liegen in diesen "Gegenberufen“?

Inwieweit wird die politische und persönliche Identität auch zerstört? Was macht das Gegenmodellartige dieser Arbeit aus?

Ist es möglich, sich damit auch sein Geld zum Leben zu verdienen?

In wieweit ist abgesichert, daß wir nicht in dauernder Unsicherheit leben, kein Geld und / oder sonstige Unterstützung zu bekommen? Wir denken bei dieser Frage auch daran, daß wir älter werden, unsere Kräfte beschränkter werden, d.h. wir nicht nur Krankenkassenbeitrag zahlen müssen, sondern auch die Möglichkeit brauchen, unsere Überzeugungen und Pläne auszuleben zu können, jedenfalls mehr als in einem ständigen von einem Projekt zum anderen Flippen enthalten ist.

Denjenigen, die nicht Lehrer oder andere traditionelle Berufe ergreifen können, denjenigen, die sich noch trauen, vielleicht nicht zu können bzw. nicht zu wollen, geben diese Berichte aus Auseinandersetzungen mit obigen Fragen vielleicht Material und Kraft gerade contra Resignation und Kneipenversackexistenz.

Jedenfalls wollen wir (noch?) nicht, daß unser Menschsein sich in Taxifahren, oder Milchausfahren oder sonst im Freizeitsozialisten oder nur noch Träumen erschöpft.

Anhang zur Diskussion des Berufsverbot-Artikels:

UNSER LEBEN - EINE MISCHUNG AUS DROHENDER MIETGLEITKLAUSEL UND LYRIK?

Gedanken zu unserem politischen Engagement.

Esta: Es ist komisch, wie lange ich gebraucht habe, um mich auf unsere Auseinandersetzung mit Berufsperspektive und Berufsverbot zu konzentrieren und den Artikelentwurf nochmal durchzugehen, und dann ist es uns doch eigentlich allen dreien so gegangen, daß wir - einmal mit der Diskussion angefangen - sehr gern und sehr lange dabei waren. Mir scheint manchmal, daß sich unser früher fast nur gesellschaftspolitisches Engagement umgekehrt hat in ein fast nur auf persönliche Paarbeziehungsprobleme ausgerichtetes Engagement. Das schafft uns zum Teil ganz mächtig, Ich meine, wir sind politisch auch ganz schön gelähmt. Inwieweit ist die Verschiebung unseres Engagements Ursache für diese Lähmung?

Thomas: Also das mit der Lähmung, das ist'n bißchen übertrieben. Meine tägliche Problemauseinandersetzungskapazität ist auch beschränkt. Ich häng auch mal einen Tag mit Beziehungsproblemen durch, aber mein politisches Engagement, mal 'n bißchen verkürzt gesprochen, ist am nächsten Tag wieder voll da.

Maya: Also ich fühl mich auch nicht so gelähmt.

Thomas: Gegen Berufsverbote kann ich mich echt engagieren, weil, die find ich ne Schweinerei, ich war da mal echt empört ... auch die RAF-Geschichte betrifft mich. Ich würde aber momentan keine Aktion starten gegen die Straßenbahn- und Gastariferhöhungen. Dazu sind meine eigenen ökonomischen Probleme nicht groß genug. Wir müssen uns über unsere eigene Betroffenheit wirklich klar werden. Ich würde z.B. momentan keine Arbeit in einem Stadtteil machen, in dem ich nichtselber wohne.

Esta: Also deine Begründung, warum du nicht gegen Straßenbahnerhöhungen kämpfst, ist neu. Ich erinnere mich, bei der ersten Rote-Punkt-Aktion in Hannover solch ein Argument nicht gehört zu haben. Hatter wir damals nicht auch noch ein viel fundamentaleres Interesse an Aufklärung? Das liegt sicherlich nicht nur an den veränderten objektiven Bedingungen für Veränderung und Aufklärung, inwieweit diese anders geworden sind im Sinne von Sich-verschlechtert-Haben, ist mir ziemlich unklar. Wir selber haben unsere Prioritäten verschoben: Beziehungsgeschichten und gemeinsames Leben in Wohngemeinschaften ist uns wichtiger geworden.

Mava: Ich denk an die Geschichte mit den 100 chilenischen Häftlingen, von denen bisher nur 19 Asyl gefunden haben. Mir ist schleierhaft, ob ich mich da noch engagieren solle weil ich denke, die anderen Linken machen da gar nicht mehr mit. Mir selber graust aber auch davor, einen Chilenen in die Wohnung aufzunehmen, hab das Gefühl, überfordert zu sein. Da bin ich mir dann doch selber zu nah, empfind das als Lebenseinschränkung - irgendwie find ich dies Verhalten von mir aber doch kritikwürdig. Ich werde vor mir selber ganz unglaubhaft, einerseits identifizier ich mich sehr mit ihren Zielen, andrerseits nun das ...

Thomas: Deswegen, mein ich, müssen wir politische und persönliche Identität trennen. Ich kann was politisch für sinnvoll halten, es aber selber persönlich nicht machen.

Maya: Mensch, ich halt das nicht nur politisch für sinnvoll.

Thomas: Das ist in Konflikt zwischen Pflicht und Neigung. Wir sollten versuchen, beides miteinander zu verbinden, aber das geht nicht bruchlos.

Esta: „Pflicht und Neigung" - diese Trennung erinnert mich verdammt an das Gerede mancher Lehrer aus meiner Schulzeit. Mit den RAF-Geschichten kann ich mich politisch und persönlich identifizieren. Persönlich, weil ich für mich eine Entwicklung und da, wo die RAF-Genossen heute liegen, nicht vollkommen ausschließen kann. Ich denk an diese Haltung: 'alles oder nichts'.

Thomas: Die RAF -Leute stellen mir mein eigenes Leben in Frage: also ich meine, sowie ich in nächster Zeit leben will. Da ist für mich die Uni, ganz gute WG, 2 Jahre Stipendium, schöne Reisepläne ... Diese Vorstellungen und Pläne müßte ich ändern, wenn sich das, was die RAF- Leute wollen, für mich bzw. uns alle als sinnvoll und richtig herausstellen sollte. Zunächst mal hab ich da noch ein sehr starkes Informations- und Diskussionsbedürfnis und Aktionsbedürfnis gegen manche Schweinereien im Strafvollzug.

Maya: Ich konnte mich nicht engagieren allein in einer Kleinstadt - das ist ein ganz komisches Gefühl, wenn du nur noch liest in der Zeitung und in euren Briefen "was in der Welt geschieht“. Mir kommen in letzter Zeit auch ganz neue Lebensideen: unser Landhaus: ich bin sensibler der Natur gegenüber geworden, les Gedichte, schreib vielleicht mal selber welche, male ... all das haben wir früher als Kitsch abgetan.

Esta: In bissel ignorant und man kann schon ganz gut leben, oder? diese Gesellschaft bietet einem noch viele Möglichkeiten ... erinnert ja irgenwie an Reklame, nicht wahr?

Maya: Also mit dem Asketismus, irgendwie ist das für uns vorbei. Wir entdecken soviel Sachen wieder oder auch neu ...

Thomas: Da hat sich überhaupt einiges für mich verändert. Als jetzt Mieter eines Hauses, bin ich von der Mietgleitklausel betroffen. Damit kann mich die steigende Inflation überhaupt nicht mehr freuen. Früher war das doch anders, da schlossen wir messerscharf: steigende Inflation, die nächste Krise kommt bestimmt, ergo die Kampfbereitschaft steigt - ju hu! Also auch aus dieser Selbstbetroffenheit heraus ist es mit dieser ungeteilten Krisenhoffnung vorbei.

Zu unseren Wünschen, wieder Gefühle zu beschreiben: früher waren unsere spontanen Eindrücke von der Umgebung unwichtig, genauso wie ein lustvolles Verhältnis zur Natur. Es ging uns ziemlich ausschließlich um die Erarbeitung einer Gesellschaftstheorie.

Maya: Ja, wir fanden das alles Gefühlsduselei, verschleiernd, nutzlos in einer Zeit, in einer Gesellschaft mit solch vielen Problemen.

Esta: Die gesellschaftspolitischen Probleme sind doch wirklich alles andere als weniger geworden! Ich denk, daß unser Empfinden, unsere gefühlsmäßigen Zweifel selber zu Argumenten geworden sind in der Diskussion. Z.B. die Angst und Zweifel darüber, das zu machen, was die RAF macht, ist doch wohl nicht nur ein Relikt unserer bürgerlichen Erziehung oder so, sondern enthält im Keim auch einen Lebenswillen und eine andere Vorstellung von Leben zum Teil auch in diesem Land.

HOCHSCHULLEHRER:

Eins teilt sich in zwei - aus zwei wird eins

(ZUR FREIHEIT DER WISSENSCHAFT)

von Hans-Peter K.

> Art. 5, Abs. 3 GG: „Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung."

„Nach § 9 Landesbeamtengesetz kann nur derjenige Beamter werden, der die Gewähr bietet, jederzeit für die freiheitliche demokratische Grundordnung (...) einzutreten. Nach § 18 Landesbeamtengesetz muß der Beamte durch sein gesamtes dienstliches und außerdienstliches Verhalten für die Erhaltung dieser Grundordnung eintreten (...)" [1]. Dies ist die westberliner Version des Beamtenstatus. In Bayern darf in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit nur berufen werden, „wer Gewähr dafür bietet, daß er jederzeit für die freiheitliche demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes und der Bayerischen Verfassung eintritt".[2]

Der Hochschullehrer muß als Beamter jederzeit ..., durch sein gesamtes Verhalten usw., der Beamte als Hochschullehrer darf nach höchstrichterlichem Urteil wissenschaftliche Meinungen selbst dann vortragen, lehren, ja: weiter entwickeln, wenn diese mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung (FdGO) unvereinbar sind. [3] Als Beamter darf er das nicht. Als Wissenschaftler sind ihm Forschung und Lehre frei, als Beamter ist er besonderen Loyalitäts- und Gewaltverhältnissen unterstellt.

Juristen, z.B. in den Kultusministerien, dürfen daher eigentlich seine wissenschaftlichen Arbeiten nicht auf seine Verfassungstreue hin überprüfen. (Aber was ist Wissenschaft? vgl. weiter unten.) Sie können von ihm als Beamten jedoch eine dienstliche Äußerung zu seinen Veröffentlichungen fordern, die dann zum „jederzeit ...", nicht zur „freien Lehre" rechnet. Der Hochschullehrer gibt die Erklärung als Beamter ab, während der Beamte die wissenschaftlichen Arbeiten als Hochschullehrer schrieb. „(...) schützt der Grundsatz der Freiheit der Lehre gemäß Art. 5, Abs. 3 GG den Hochschullehrer nur innerhalb seiner Lehr- und anderen wissenschaftlichen Tätigkeiten. Das bedeutet, das für das sonstige Verhalten eines Hochschullehrers die beamtenrechtlichen Vorschriften genau so gelten wie für jeden anderen Beamten". [4]

Die 'Unvereinbarkeits'-Erlaubnis (s.o.) läßt den Schluß zu, daß es der Gesetzgeber immerhin einmal eingeräumt hatte, daß wissenschaftliche Lehrmeinungen mit der FdGO konfligieren können. (Aber was ist die FdGO? Vgl. weiter unten.)

Sie vorzutragen usw., ist dann als zeitlicher Bestandteil des "jederzeit ...“ dem Beamten untersagt, nicht dem Hochschullehrer, der allerdings Beamter ist. Art. 5. Abs. 3 GG und die ihm lange Zeit hindurch folgende Rechtsauffassung drückten hier sozusagen ein Auge halb zu - das Auge, auf dem die Freiheit der Lehre nicht von der Treue zur Verfassung entbindet; drückten ein Auge halb zu oder nahmen es nicht so genau. Das Beamtengesetz der Bundesländer drückt dagegen dem Grundgesetz ein Auge zu oder aus, das nämlich, mit dem es in Art. 5, Abs.3 auf die Wissenschaften als freie blickt. Als Professor darf der Beamte mehr, als das Landesbeamtengesetz es zuließe, aber als Beamter darf der Professor weniger, als das Grundgesetz ihm garantiert.

In ruhigen Zeiten bleibt es beim Zudrücken des Auges, aber was ist eine ruhige Zeit? Die hochschul- und beamtenrechtlichen Querelen und Berufungsverbote der vergangenen zwei oder drei Jahre geben eine erstaunliche Antwort: ruhige Zeiten, in denen also wissenschaftliche Lehrmeinungen mit dem GG konfligieren dürfen, sind solche, in denen wissenschaftliche Lehrmeinungen nicht mit dem GG konfligieren. Tritt der Konflikt ein oder auf, so wird nicht nur die Doppelnatur des Hochschullehrers deutlich, mit seinem Verfassungsrecht auf Lehrfreiheit und seinem Beamtenrecht auf Pension. Auch aus "Wissenschaft" (aus Lehrmeinung, Theorie) wird mit einem Male zwei. Zwischen dem Grundgesetz Art.5, Abs.3 und den Landesbeamtengesetzen entsteht vor unseren Augen ein Scheidewasser, das es gestattet, Wissenschaft - nach der Seite der Linken - apriorisch einer Entzweiung zu unterziehen. Wissenschaft, wie sie in Art.5, Abs.3 GG geschützt ist (und mit der FdGO konfligieren darf - in ruhigen Zeiten) ist gesichert folgenlos, d.h., sobald Theorien soziale Konsequenzen haben sollen, sobald die Möglichkeit besteht, daß irgendjemand sie, die Theorie, zur Basis seines sozialen Handelns nähme, verliert Theorie mit dem Schutz des Art.5, Abs.3 zugleich ihren Charakter als"Wissenschaft“. Die gesicherte Folgenlosigkeit allein erhält ihr die Grundrechtsgarantie (jedenfalls die uneingeschränkte). [5] Das Bundesverfassungsgericht setzte die Grenze zwischen Wissenschaft (= recte, Grundrechtsgarantie) und Wissenschaft (= konfligierend, mit dem Beamtenrecht unvereinbar) scheinbar hoch an, dort, „wo betrachtend gewonnene Erkenntnisse von zum Handeln Entschlossenen in den Willen aufgenommen, zu Bestimmungsgründen des politischen Handelns gemacht werden.“ [6] Die Obrigkeit hält es jedoch mit FEUERBACH, nur daß sie dort fürchtet, wo FEUERBACH hofft: solange Gedanken der Philosophie nur in einem Kopfe sind, bleiben sie Theorie - in den Köpfen mehrerer sind sie schon Praxis. Die Obrigkeit des Freistaates Bayern hält es mit LICHTENBERG: da sie nun einmal weiß, daß Horst Holzer Mitglied der DKP ist, und daher meint, sie könne seinen Lehrinhalten die Diktatur des Proletariats von hinten ansehen [7], besteht sie auf dem sofortigen Vollzug der Entlassung Holzers aus dem Universitätsdienst, weil seine „Einflußnahme auf die Studierenden (...) als erhebliche Gefahr für die Allgemeinheit angesehen werden muß". Sind die einmal Kommunisten geworden, bleiben sie es immer: „Im Hinblick auf die Irreversibilität einer solchen unzulässigen Einflußnahme kann auch die Berücksichtigung des Interesses des Beamten zu keinem anderen Ergebnis führen.“ [8]

Wissenschaft, die wirklich mit der FdGO konfligieren könnte, jedenfalls in Zeiten, in denen sie nicht mit der FdGO konfligiert, ist keine, weil sie nur über ihre sozialpraktische Seite mit der FdGO konfligieren kann, und was eine sozialpraktische Seite hat, ist keine Wissenschaft. Die wissenschaftstheoretische Kontroverse: werden z.B. Erkenntnisse wirklich und zwangsläufig nur betrachtend gewonnen, wie

das BVG annimmt, ist Theorie nicht selbst ein Moment gesellschaftlich-geschichtlicher Praxis? - die theoretische Kontroverse, die der Professor entweder scheut oder aufsucht , soll jetzt der Beamte in ihm für ihn austragen, andernfalls wird sie an Organe der Staatssicherheit delegiert.

Ein Wissenschaftsverständnis, das sich darin ausdrückte, wissenschaftliche Tätigkeit sei auf emanzipative Veränderungen der Geschichte zu beziehen [9], entpuppt sich dem Beamten im Wissenschaftler als Nicht-Wissenschaft. Die pensionsberechtigte Fraktion des Hochschullehrers bemerkt, daß die Garantie nach Art.5, Abs. 3 GG nur dem herrschenden Verständnis von Wissenschaft, d.h. dem Positivismus und logischen Empirismus, zugute kommt. Diese Fraktion belehrt die wissenschaftliche im Hochschullehrer darüber, daß er im Falle materialistischer Auffassungen von Theorie und Praxis die Demokratie bestenfalls "wissenschaftlich unterläuft“.

Richtig teilen - aus eins wird zwei, dann richtig zusammenfügen: Das Gesetz und seine Ausleger fügen in den Fällen Mandel, Holzer, Lefèvre usw. "politisierte Wissenschaft" zusammen mit politischer Agitation; die Agitation, ganz damit beschäftigt, Handlungsbereitschaften im Tageskampfe zu erwecken und auf ein Ziel hin abzuberufen, im besten Falle auf eine auch wissenschaftlich begründbare Auffassung, im häufigen Falle auf eine <u>Linie</u> gestützt, und eine Sozial- oder Geisteswissenschaft, die als Theorie, etwa: als Theorie einer spezifischen Veränderbarkeit von Mensch, Gesellschaft, Verfassung, Handlungsanweisungen bei sich führt, die jedenfalls, mit dem bürgerlichen Aufklärer Immanuel KANT, den Wert ihrer Wissenschaftlichkeit daran bemißt, ob sie etwas für die Würde des gemeinen Mannes zu tun bereit und in der Lage ist. [10]

Auf die Frage: Was ist Wissenschaft? - wir haben sie eingangs gestellt - gibt es in unruhigen Zeiten, in denen der Hochschullehrer in diesen und in den Beamten auseinandertritt, eine erstaunliche Antwort: <u>nur</u> das, was nicht mit der FdGO konfligiert (alles andere ist, beispielsweise, Agitation). In diesem Kontext gestattet es Art. 5, Abs.3 GG nun, diese Entzweiung des Hochschullehrers wieder aufzuheben: der Nachsatz des Art.5. Abs.3 GG, „... entbindet nicht von der Treue zur Verfassung" [11], leitet nach vollzogener Identifizierung von Wissenschaft im Sinne des GG und Positivismus - das Beamtengesetz sanft und bruchlos hinüber in die Verfassungsgarantie. Wer sich nicht hinüberleiten läßt, fliegt raus. Aber hat nicht jeder Deutsche nach Art. 33 Abs. 2 GG „nach seiner Eignung Befähigung und fachlichen Leistung" gleichen Zugang zu jedem öffentlichen Amt? [12] Ja, gewiß. Die Gewähr der Verfassungstreue, des "jederzeit ...“ <u>ist</u> ein Merkmal seiner "persönlichen Eignung“!

Dieser Staat organisiert sich offensichtlich nach dem Prinzip des Spielcasinos: Es ist dafür gesorgt, daß am Ende immer die Bank gewinnt; die Spieler - auch wenn einer 'mal Schwein hat' - verlieren auf jeden Fall.

Denn was ist schließlich die FdGO? So wie die Freiheit für Forschung und Lehre auf eine ganz bestimmte, staatspositive oder 'neutrale' Auffassung von Wissenschaft beschränkt werden soll, was materialistischen Auffassungen von Wissenschaft ihr Bürgerrecht entzieht, so wird die FdGO mit dem gerade herrschenden, kapitalistischen Produktionsverhältnis identifiziert (mit der "Marktwirtschaft“). Wer das ändern will, bürgert sich aus. Und nicht mehr nur als Beamter.

Anm. 1) Zit. nach: Der Senator für Wissenschaft und Kunst Berlin. Rätesystem, Revolution und Grundgesetz. Warum Ernest Mandel nicht berufen werden konnte; 1972

Anm. 2) Bayerisches Staatsministerium für Unterricht und Kultus, I/5 - 5/11 086 vom 10. Mai 1974 (H. Holzer)

Anm. 3) BVerfGE 5, 145 f, vgl. auch 1, S.4

Anm. 4) in 1, S. 4

Anm. 5) Vgl. „Dauerzensur von Wissenschaft“, Kritische Justiz 4 (1973), S. 44ff

Anm. 6) BVerfGE 5, 145 f.

Anm. 7) Lichtenberg: 'Wenn man weiß, daß einer blind ist, meint man, man könnte es ihm von hinten ansehn.'

Anm. 8) Zum Fall Holzer. Ein Beitrag zur Analyse des Berufsverbots usw. Autorenkollektiv, München, 1974. S. 16

Anm. 9) a.a.O., S. 43

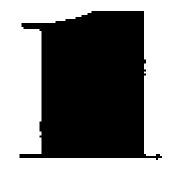
Anm. 10) Vgl. zur"Agitation" das Urteil des VerwG der Freien Hansestadt Bremen (im Falle H. Holzer) vom 16.11.1972, Az. II A 233/1971

Anm. 11) Karl MARX: "Jeder Paragraph der Konstitution enthält seine Antithese, nämlich in der allgemeinen Phrase die Freiheit - in der Randglosse die Aufhebung der Freiheit".

Anm. 12) Die Bayerische Verfassung spricht von charakterlicher Eignung, Art. 94, Abs.2, Art. 116 BV

Diskussion der Nr.9

LESERBRIEFE



Zu "Prolegomena zu einer jeden künftigen militanten Kritik ... Schwarze Protokolle Nr. 9

Ich will nicht hoffen, daß SP eingeht! die neue Prolegomena finde ich sehr gut; wie ihr der NV entnehmen könnt, habe ich sie gleich besprochen (S. 8). Ich halte auch sehr viel von Kant; die Lektüre der neuen Prolegomena hat mich veranlaßt, eine "Kritik der militanten Vernunft" zu skizzieren.

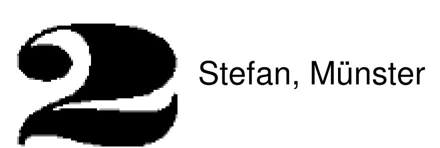
Kritik der militanten Vernunft

Alle militant vorgetragene Kritik war, selbst wenn sie radikal und auf eine totale gesellschaftliche Umwälzung aus war, bisher an ein neues System, an Macht gebunden. Von diesem Standpunkt aus wurde kritisiert; kritisiert nicht im argumentativen Sinne, sondern war ausschließlich an der Durchsetzung des Systems, d.h. Verbindlichmachung des als richtig Erachteten für alle, orientiert. Zwar gebietet uns die Vernunft, die zu gebrauchen allein unsere Freiheit ausmacht, so zu handeln, daß die Maxime unseres Handelns jederzeit zu einer allgemeinen Gesetzgebung taugt; aber im gleichen Atemzug verbietet sie uns, eine solche Maxime nun tatsächlich anders als argumentativ für alle verbindlich zu machen, oder auch nur machen zu wollen. Dies zu tun oder zu wollen wäre Herrschaft und Herrschaft kann Reine Maxime Aller sein, sondern ist immer nur Privileg einiger. Nur wenn die Möglichkeit für Alle besteht, ihre Freiheit, die Vernunft zu gebrauchen, auszuschöpfen, also, nur wenn ein Zustand der gleichen Freiheit Aller besteht, hat die Anwendung von Vernunft und Kritik überhaupt Sinn. Das nennen wir An-Archie. In der Archie, der Herrschaft, beim Staat, im Faustrechtszustand - das alles sind Synonyma - ist dahingegen Kritik und Vernunft äußerstenfalls ein Aushängeschild, ein Mittel, möglichst viele Menschen für seine Sache einzuspannen, ein Manipulationsinstrument zur Verstärkung der Gewalt, die hier das letzte Wort hat. Der Unterschied zwischen einer Despotie - Gewalt und Gesetz ohne Freiheit - und einem Rechtsstaat - Freiheit mit Gesetz und Gewalt ist demnach durch den Unterschied an Manipulationsvermögen der Systeme bestimmt. Jenes vermag die Untertanen <u>nur</u> mit Gewalt vom Vernunftgebrauch abzuhalten, hat ein geringes Manipulationsvermögen, kann also kaum Spielraum gewähren; dieses hat ein großes Manipulationsvermögen, und läßt argumentative Auseinandersetzung unter den Untertanen und sogar mit dem Staate zu, beendet aber diese Auseinandersetzung sofort, wenn eine der Parteien +) die gesetzliche Grenze überschreitet, mit Gewalt, beendet also den Gebrauch von Vernunft nimmt der einen Partei oder sich selbst die Last der Vernunftsargumentation ab und läßt stattdessen die Gewalt sprechen.

Der größte Witz - um nicht zu sagen: Skandal - des demokratischen Staates ist: daß er seine Machtorgane, d.h. Einrichtungen zur Verhinderung des Vernunftgebrauchs, für verschiedene Richtungen und Organisationen offen hält - natürlich nur solchen, die sich in dem von ihm gesteckten Rahmen bewegen -, die ihrerseits Vernunftgründe haben sollen. Die Idee des demokratischen Staates ist, jeder solle die Freiheit erhalten, <u>seine</u> Vernunftmaxime eine Zeit lang für <u>alle</u> verbindlich zu machen, d.h. sich unvernünftig und unfrei verhalten, solle dafür aber die übrige Zeit auf eine Durchsetzung seiner Vernunfterkenntnisse mit Gewalt verzichten,d. h. sich

vernünftig und frei verhalten - damit ist der Zustand der Unfreiheit und Unvernunft festgeschrieben, ohne offensichtlich zu sein wie in der Despotie.

Militanz gebietet uns die Vernunft. Die Militanz, alle Gewalt zu beseitigen. Diese Militanz ist ausschließlich negativ, ausschließlich destruktiv; sie ist konstruktiv nur insofern, als sie Vernunft erst möglich macht, freikämpft. Sie selbst ist nicht Vernunft, ist auch nicht Durchsetzung eines Systems oder eines Prinzips, nicht einmal des Vernunftprinzips - dies mit Gewalt durchzusetzen ist unvernünftig, d.h. ein Selbstwiderspruch -, sie ist Kampforgan der Freiheit. Was in dieser geschieht, ist eben nicht Sache des Kampfes, sondern nur unserer Vernunft.


Stefan, Münster

+) Partei nicht als rechtlicher Verband zur Eroberung der Staatsgewalt, sondern als Interessengruppe verstanden.

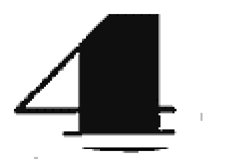
Zu Nr. 5 und Nr. 9

Mir ist erst vor einigen Wochen das erste Heft eurer Reihe in die Hände gefallen: Nr. 5. Und ein paar Tage später gleich Nr.9. Puh, das war (und ist noch) sowas wie ein sanfter Wirbelwind im Kopf, eine Art Hinterfragung alteingefahrener Denkstrukturen in Bezug auf die Strategie - im Sinne der persönlichen gesellschaftsverändernden Praxis innerhalb der wirklichen Bewegung, die der Kommunismus ist, hier und jetzt -, die ich dringend nötig hatte, wie ich immer mehr merke. Seht zu, daß ihr nicht bei der Nr. 9 (dem Ende der Kritik: jede abstrakt organisierte mögliche Form politischer "Arbeit" ist vernichtend kritisiert) stehen bleibt, sondern kommt in Bewegung, in die Bewegung, und hinterfragt die Voraussetzungen abstrakt politischer Arbeit! Sind wirkliche persönliche Beziehungen, der wirkliche Reichtum der Menschen, auf diese Weise herzustellen? Nur dann kann es gelingen, den Kapitalismus zu kippen, ohne in sowas wie Staatssozialismus zu landen, mit Lebens-berufen, -ehen, -länglich, kurz überlebensgroßen Autoritäten wie "vorher", wenn nicht gleichzeitig von uns eine Änderung der Verkehrsverhältnisse (im weitesten Sinne, wie in der Deutschen Ideologie) in Gang gesetzt wird, schon jetzt also.(. . .)

LIEBE FRIEDEN VERNUNFT PRAXIS

Reiner, Göttingen

P.S. Mit dem „durchpusten“ meine ich vor allem den Erfahrungsbericht von Mara und Cham. Toll. Sagt ihnen das, wenn's geht.



Bin seit Nr.1 Leser und fand Eure Selbstdarstellung recht lesenswert. Stimme mit Euch überein, daß nun - nach Dutschkes Buch und den SP - Leninismuskritik nicht mehr konstituierendes Element für die SP sein sollte. Wie wär's mit einer fundierten Kritik sowohl an der herrschenden Spontiideologie - WWA? - und etwa einer Auseinandersetzung mit dem Sozialistischen Büro, die gerade jetzt, wo das SB Mitgliederorganisation werden soll (mit Namen „Sozialistischer Bund") wohl einigen Genossen nützlich werden könnte. Zu anderm Berichte autonomer Gruppen (Wo sind sie). Oder gebt's ganz auf.

Bernd, Köln

Zur Nr. 9

Eure letzten SP sind für mich der Anlaß, Verschiedenes über eure Zeitung, über euch, uns und auch einiges andere etwas ausführlicher zu schreiben als ich das beim letzten Mal tat.

Ihr habt endlich mal was über euch selbst als Menschen geschrieben, nicht nur über euch als ideologiekritische Menschen, wie ihr es bislang in euren Editorial getan hattet. Um der Reihe nach vorzugehen, fang ich darum bei diesem Anlaß an, das weitere wird sich schon ergeben.

1. Obwohl doch, wie ihr selbst schreibt, „die Ergebnisse in den SP 1-5 abstrakt" waren - hatte ich zu euch als Autoren der SP im Laufe der ersten 5 Nummern irgendwie ein weitergehendes Verhältnis gewonnen als dies normalerweise bei reichlich 'theoretischen' Artikeln der Fall ist. Das lag wohl zum einen daran, daß für mich - offenbar im Gegensatz zu vielen anderen Lesern - die ersten 5 SP keineswegs abstrakt waren - im Gegenteil: einmal waren sie für meine damalige 'politische Arbeit' äußerst wichtig und z.T. unmittelbar 'verwertbar' (sowohl als Argumente in Diskussionen als auch zur Entwicklung, was hieß Konkretisierung meiner eigenen Vorstellungen), zum anderen vermochte ich eure Ableitungen und Schlußfolgerungen nicht nur intellektuell nachzuvollziehen, sondern ich hatte irgendwie selbst Spaß dabei, ich freute mich selbst über Inhalt und Form eurer Produkte.

Womit ich zum zweiten komme, weshalb diese SP mir nicht abstrakt vorkamen, nämlich daß ich mich ziemlich schnell mit den SP und damit zugleich irgendwie mit euch identifizieren konnte (und wollte). Das hatte nichts mit irgendeinem Vater- oder Bibel- oder Parteibuchersatz zu tun, was sich am deutlichsten an der Nr. 2 zeigte: es fiel mir anfangs ziemlich schwer, mich von meiner heiligen Mutter Rosa zu trennen und ich bemerkte deutlich, wie ich mich nach einem ähnlich stabilen Ersatz umschaute, den ich aber bis heute nicht mehr fand (zum Glück). Es war die Art, wie ihr die liebe Rosa kritisiertet. Ich (man?) merkte, daß es euch nicht darum ging, „um jeden Preis mit ihr abzurechnen" oder "solidarisch an ihr rumzuzupfen", sondern sie zu kritisieren als ein Mittel, um uns weiterzubringen. Das war wohl auch sehr wichtig für mich, daß ich stets bei euch in den Artikeln bemerkte, daß sie nie bloßer Selbstzweck waren.

Was mir zunächst bei eurer Selbstdarstellung auffiel, waren mehrere Dinge: einmal, daß J und B am meisten sagten bzw. schrieben, wobei mir die Ähnlichkeit zu mehreren euerer früheren Artikel auffiel, zum anderen, daß ihr dort, wo es um den sogenannten persönlichen Bereich ging, sehr viel weniger konkret (offen) wart als bei dem sogenannten theoretischen Bereich. Das fängt damit an, daß ihr euch im Dialog nicht anredet, daß nicht klar wird, wer von euch das Mädchen ist (Das Mädchen ist B, Red.) und hört damit auf, daß ihr euch zum Schluß mit den Anfangsbuchstaben eurer Vornamen euch begnügt. Diese Beispiele sind wohl nur Äußerlichkeiten, gewiß, aber symptomatisch, denn die anderen Beispiele aufzuzählen ist schwierig, da ihr ja gerade bei den "intimeren" Sachen vieles nicht geschrieben habt. Um das genau beurteilen zu können, kenne ich euch zu wenig, aber mir scheint dies ein Ausdruck dafür zu sein, von welcher Warte ihr bei den SP ausgegangen seid, nämlich von der (was den Gegenstand als solchen anbetrifft) theoretischen und nicht von der alltäglich persönlichen. Es ist sehr wichtig (und schön), daß eure Selbstdarstellung trotzdem (vielleicht gerade deswegen bei euch) sehr persönlich ausgefallen ist.

Ich will versuchen zu erklären, warum: eure Darstellung ist vielleicht etwas knapp geraten, sie ist stellenweise, wie gesagt, auch etwas abstrakt, aber sie ist so richtig ehrlich, irgendwie so dufte, weil ihr nichts beschönigt (jedenfalls bewußt), weil ihr einfach so schreibt, wie ihr's denkt. (Mit einigen rhetorischen Schleifstellen - B's „sujet".)

Deshalb will ich es auch so machen. Es tut mir - aus egoistischen Motiven – leid, daß ihr nicht mehr so sicher wegen der SP seid, daß ihr sie wahrscheinlich nicht mehr regelmäßig herausbringt - oder doch? Aber so wie ihr eure Entwicklung und jetzige Situation schildert, ist es müßig, von außen irgendwelche Ratschläge euch zu erteilen, denn bislang war es allein eure Entwicklung, sieht man einmal von der allgemeinen Sponti-Bewegung ab.

Auch bin ich nicht der Meinung, ebenso wie B im Artikel, daß man alle duften Einzelinitiativen vereinheitlichen muß, um "die Bewegung voranzubringen". Ich meine allerdings, daß nicht zuletzt durch eure "öffentliche" Selbstdarstellung euer Problem mit den SP jetzt nicht mehr euer Problem allein ist. Es ist z.B. auch meins. (Zum Glück!) Wenn die 3000 Auflage nicht nur eine Sponti-Eintagsfliege (also eine unverbindliche von seiten der Käufer) war, müßte es doch inzwischen genug Leute geben, die ein ähnlich großes Interesse wie ihr haben, die SP weiter einigermaßen regelmäßig herauszugeben und an ihr aktiv mitzuarbeiten. Das heißt, den SP könnte gerade wegen des erweiterten Leserkreises eine ebenfalls erweiterte Bedeutung zukommen. Z.B. könnte sie zum theoretischen Diskussionsort von allen möglichen Genossen oder auch Gruppen werden, wie das z.B. die Wir Wollen Alles als aktuelles Monatsblatt in kleinem Rahmen bereits geworden ist. Voraussetzung dafür ist natürlich nicht, daß irgendeine Gruppe die SP zum theoretischen Zentralorgan der antiautoritären Linken (!) ernennt, sondern daß sich mehrere Genossen und Gruppen ähnlich angesprochen fühlen wie ich das z.B. bin. Man sollte die Sache nicht überbewerten, aber 2 Jahre regelmäßiges Erscheinen bei ständig zunehmender Auflage und überregionaler Verbreitung, zumal für eine 'theoretische' Zeitschrift, ist innerhalb der 'Sponti-Linken' nicht gerade die Regel. Wenn's nicht geht, läßt sich eh nichts ändern, aber eine solche Möglichkeit, die Öffentlichkeit innerhalb unserer Linken mithilfe einer Zeitschrift wie die SP zu einer wirklichen Öffentlichkeit auszubauen, ist allein doch schon Grund genug, einem solchen Projekt Aufmerksamkeit zu widmen. Warum nicht aus 'euren' SP unsere SP machen?!

Appelle zum Artikel-Schreiben und Einsenden nützen dabei natürlich nichts, es hängt viel eher z.B. von der Resonanz ab, die euren ersten Schritt zur Entprivatisierung der SP, denn das ist eure Selbstdarstellung auch, bei der SP-Leserschaft findet, Sollte sie so groß sein, wie ich es hoffe, wäre es doch z.B. schon möglich, die nächste Nummer der SP ausschließlich der Diskussion innerhalb der ernsthaft an den SP interessierten Leserschaft zu widmen.

Zweitens zur Sponti-Bewegung.

Ihr schreibt, die „Sponti-Bewegung ist in der Tat nicht mehr aktionsfähig“. Genau richtig. Die Praxis der Sponti-Bewegung als solche hat dies selbst bewirkt. Allerdings haben die (zufälligen natürlich - mmh) Avantgarden der ehemaligen Spontis wie z.B. der RK, Häuserrat Frankfurt sich inzwischen selbst vom "Spontitum“ emanzipiert oder sind zumindest gerade dabei. Alle ernstzunehmenden antiautoritären Linken sind mittlerweile dabei, praktisch wie theoretisch, Möglichkeiten zu entwickeln, wie man aus dem Dilemma der Sponti-Bewegung herauskommen kann. Organisationsmöglichkeiten zu schaffen, die sowohl allen die Möglichkeit zur kontinuierlichen Arbeit und zur Koordination vereinzelter Aktivitäten bieten, als auch die Möglichkeit der Hierarchisierung und des Politikantentums von dem Wesen der Organisationsstruktur her auszuschließen. Förderation, schreien natürlich gleich die Anarchisten, womit wir praktisch ebenso natürlich im Augenblick nicht weiterkommen. Nach dem Baukastenprinzip läßt sich das Problem nicht lösen, denn dieses schließt automatisch die Trennung von Revolutionären, die schon die "Notwendigkeit der Organisation erkannt haben" und von den übrigen "Massen, die noch nicht so weit sind“ in den Köpfen der sog. Revolutionäre ein. Die am lautesten von Organisation schreien, haben wahrscheinlich noch nie an wirklichen Kämpfen autonom kämpfender Nichtorganisierter teilgenommen. Die 'revolutionäre Ungeduld' ist nie die Ungeduld der Massen. Die Frage ist nicht, welche Organisation für die 'kämpfenden Massen' (von wem wohl!) zu schaffen ist, sondern wie wir Massen uns in unsern Kämpfen zu organisieren haben.

Am augenfälligsten äußert sich das "Sponti-Dilemma“ aber viel weniger in fehlender Organisation als in dem kaputten Verhältnis der Spontis untereinander, woran sich auch am besten die Ursachen des Dilemmas aufzeigen lassen. Das scheinbar Paradoxe ist, daß die Hauptelemente des Spontitums - Spontaneität, Emotionalität, Bedürfnisbefriedigung hier und jetzt, Antiautorität, Revolutionierung der zwischenmenschlichen Beziehungen, Kollektivität - innerhalb der Spontis gerade zum Gegenteil verkehrt werden. Die Anti-Normen geraten in echte Konkurrenz zu den althergebrachten Normen als Normen. Die Angst, nicht spontihaft zu handeln, der permanente Anspruch, sich keine autoritäre, "abstrakt-theoretische" oder gar offen bürgerliche Blöße geben zu dürfen, der stete Druck von „Emanzipationsbeobachtern", der allerorten auf einem liegt, läßt uns nicht nur hinter die Schwierigkeiten der antiautoritären Revolte zurückfallen, sondern verhindert genau das, was die Spontis erreichen wollen. Das Beispiel mit der Lust, das B in dem Artikel brachte, ist nur eins von vielen. Man muß sich wieder ständig geben, man kann nicht einfach sein. Im internen Sponti-Rahmen wiederholt sich das, was uns die MLer im Großen vorexerzieren: die Revolte wird nicht als Mittel gesehen, um uns gemeinsam von unseren Zwängen und Ängsten zu emanzipieren, als entscheidende, wenn auch nicht erste Voraussetzung zu unserer Emanzipation, sondern unser Ziel wird zur Voraussetzung der Revolte gemacht. Historisch entstanden. bzw. wiedererstanden als Antwort auf die ML-Politikanten, die die Revolution auf den Tag

X und Freiheit und Gleichheit auf den St. Nimmerleinstag verschoben sehen mochten oder möchten, verfiel die Sponti-Bewegung genau ins andere Extrem oder besser: mußte ins andere Extrem verfallen bei den vielen Scheiß-MLern ....

Zu den Spontis noch ein letztes. Die Introvertiertheit kotzt mich an . Wenn ich den Artikel "Prolegomena ..." in Nr.9 lese, so ist das doch eine perfekte Mischung zwischen den Hausmitteilungen des Gänseblümehenzuchtvereins und Parteiitalienisch. Um dies wirklich zu verstehen, muß man schon wieder so "in" sein, daß man das Drumherum wohl nicht mehr wahrnehmen kann. "Das Kapital" ist eine echte Erholung dagegen. Bei solch einem Kauderwelsch ist doch der Weg zur übersichtlichen einfachen absoluten Wahrheit nicht mehr weit entfernt, obwohl das
5 doch wohl das letzte ist, was die Verfasser mit ihrem Artikel bezwecken möchten. Wie wär's mit einem Italienisch- und Französisch-Lehrgang?!

Drittens hab ich für heute genug gequasselt. Wenn das zum Schluß ein bißchen hart geraten ist, dann, weil's mir noch bei keinem Artikel in den SP so schwer gefallen ist, mich durchzukämpfen. Lieber Peter und Co. (war C. in Urlaub?), viel Spaß beim Verreisen und beim Verfassen der 10. Seid alle lieb umarmt und geküßt.

Euer Mario (im Juli)

P.S. Wenn das im Brief noch nicht richtig rausgekommen ist: Für Euch ist die Kritik des ML zu Recht erledigt - für die meisten Spontis ist sie auch erledigt - zu Unrecht - denn sie haben keine ernsthafte Kritik geleistet. Aber für unsere Linke ist das Problem nicht erledigt, was ich mit meinem Beispiel aus Mainz versucht hab, zu illustrieren. Die Entwicklung war ungefähr so: 1. antiautoritäre Revolte - 2. ML - Parteien - 3, Spontiideologie: Wiss. Sozialismus. ML / Wir / Guru. Die permanente fundierte Kritik am ML ist genauso wichtig wie eh und je. Gerade hier zeigt sich nämlich auch die Introvertiertheit vieler Spontis - für sie ist der ML eh Scheiße, ohne sich nur einen Deut um die Genossen zu kümmern, die, frustriert vom Spontitum, sich ihm (dem ML) wieder zuwenden.

Uff, endlich Schluß.

Zweiter Brief von Mario (im Dezember)

... bei uns hat sich auch einiges geändert, wir sind jetzt etwas mehr und denken auch über dies und jenes etwas anderes, z.B. die SP Nr.9, die wir mittlerweile gar nicht mehr Scheiße finden. ...

Also, ich habe die Geschichte von Mara und Cham durchgelesen und war ganz besoffen davon. Als ich beim "Lachen des Bruches" ankam, lachte ich wohl dasselbe. Und seitdem mache ich mir Gedanken über mögliche Konsequenzen für

mich und überhaupt. Zuerst breche ich mal mit Mara und Cham selber. Ich will jetzt gerade nicht mit ihnen die Mechanismen des linken Handelns untersuchen. Mara und Cham kritisieren kann ich nicht, weil ich finde, sie haben recht und Schluß. Ich will nicht die linke Bewegung noch einmal kritisieren, meine auch, es gibt diese oder keine. Vielleicht geht es eines Tages besser ganz ohne sie! Haha, vielleicht sogar ohne den Sozialismus, haha!

Ich war nie konsequent aktiv in der Neuen Linken, habe aber recht engagierte Versuche, mich zu organisieren, gemacht und bin immer wieder zurückgeprallt. Die Ziele wollte ich irgendwie anders haben und die Methoden auch. Möglichkeiten, an meinen Arbeits- und Lebensbedingungen zu scheitern, habe ich weidlich genutzt, mit Hilfe "linker" Erkenntnisse den Spieß herumgedreht und nach außen statt gegen mich selbst gerichtet, allerdings nur in Form von Denken. Also jedenfalls Revolution. Aber mit welchem Inhalt und wie? "Sozialismus" ist bei uns ja sowas Vielfarbiges geworden.

Denn selbst wenn ich definierbare schädliche Verhältnisse abschaffen will, nicht im Sinne kompletter Alternativen, sondern etwa so: in welcher Richtung kann mein total verschüchtertes Lebensgefühl sich Platz verschaffen?

Im Kampf gegen den widerlichen "Klassenfeind“? Ach, illusorische, euphorische Befreiungsgefühle hängen mir zum Hals raus: Demonstrationen, gemeinsames Kochen und Fressen, Feten, bißchen Hasch, Kinder, die alle Lebensmittel in der Küche in einen Topf schütten, umrühren, weil das Ganze doch nicht so schmeckt, in den Hof schütten, wo es sofort gefriert und ich es lachend weghacke. Also was? Ich habe keine Ahnung.

Mein Liebstes ist der Bruch mit dem historischen Kontinuum.

Mein Zweitliebestes ist eine kritische Auseinandersetzung à la Mara und Cham.

Der Bruch

Revolution ohne Bruch scheint mir einWiderspruch, denn sie bleibt bezogen auf das, was sie loswerden will, und sie wird es nicht los. Brechen wir doch mal jede Beziehung zum „Klassenfeind" oder auch sonst zu allem Nichtgewollten ab und beziehen uns auf uns selber! Was machst du eigentlich den ganzen Tag, lieber Leser? Erst ... und dann? Warum?

(Jetzt werde ich großartig): Das mörderische System der Auslöschung des Einzelmenschen lebt davon, daß es anerkannt wird, und sei es in der Form von Ablehnung oder "Kampf gegen". Der hat vielleicht sogar die „gesunde“ Funktion, „abwegige“ Energien abzuleiten. Wenn wir dem System aber nur den kleinen Finger geben würden, um zu überleben, das eigentliche Leben aber völlig in eigene Regie übernehmen würden? Und dann „Nein!“ sagen, wenn das System die ganze Hand will? "Dienst nach Vorschrift“ auf allen Ebenen, auch beim Konsum, auch im emotionalen Bereich? (da liegt wohl der dickste Hund!)

0 könnten wir doch tatsächlich nur das nehmen vom System, was wir nach einer ganz realistischen Rechnung konkret, heute und morgen - nicht übermorgen – kriegen können und den Rest verachten, weil er Illusion ist! Aber wir projizieren ja

diese Illusionen noch auf unseren speziellen Wundersozialismus! Die „unglaubliche Bescheidenheit" vom (kämpferischen) Marcuse müßten wir verwandeln können in eine ganz echte Bescheidenheit, die nach Verachtung der angebotenen Scheiße übrigbleibt und von da aus zu ganz viel unverschämteren Forderungen führt, nein nicht zu Forderungen, es ist ja niemand da, der sie hört, zu unverschämtem Nehmen von immer mehr und immer mehr an Selbstbestimmung. Vielleicht könnte das System vertrocknen, zerbröckeln und zusammengekehrt werden wie der Coopersche Golem, wenn unsere eigenen Augen nicht heute stets größer wären als der Magen. Es gibt halt keinen konkreten Feind, sondern unser System, das wir gegen unseren eigenen Willen täglich mit fast jeder Handlung (aber nur fast jeder) neu wählen und bestätigen, hat sich gegen uns alle verselbständigt, und es ist wahrscheinlich lächerlicher und harmloser als wir in unserer fehlgeleiteten Verzweiflung denken.

Das politische Handeln auf der oben skizzierten Grundlage wäre vielleicht kein aufgesetzter Anspruch mehr. "Politische" Lebensführung und „politische" Weltdeutung wäre: konkrete, an Entbehrungen leidende, definierbare Menschen stehen in Beziehungen zu definierbaren, historisch gewachsenen Bedingungen. Ich suche solche Menschen und habe keine. Mit ihnen möchte ich zu etwas mehr persönlicher Entfaltung und politischem Handeln kommen. Dieses Handeln könnte die ulkigsten Formen haben. Es wäre aber etwas Verlockendes und überhaupt keine Arbeit, weil es eindeutig die Richtung einer Ausweitung und Ausbreitung unserer vorhandenen, aber viel zu geringen Selbstbestimmung und Lebensfreude hätte. Politisches Handeln als einfache Fortsetzung eines politischen Lebensgefühls. "Politisch" meint dann nichts anderes als: Bewußtheit der eigenen Bedürfnisrealität und der umgebenden Bedingungsrealität in der möglichst genau definierbaren wechselseitigen Beziehung. Nur: das Ergebnis dieser Rechnung ist erstmal, zunächst, so unglaublich mager, daß es kaum auszuhalten ist. Wem gebt es auch so?

Klara, Berlin